Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertsiebenundsiebzigste öffentliche Sitzung

Nr. 177

Mittwoch, den 6. September 1950

VI. Band

	Seite		Seite
Geschäftliche Mitteilungen	815, 841, 842, 866	9. Haushaltsmittel zur Fortsetzung der Schulspeisung	
Mündliche Anfragen gemäß § 44 Absatz 2 der Geschäftsordnung		Dr. Beck (SPD)	818
1. Mißstände im Flüchtlingslager Seligenstadt, Landkreis Rißingen (Abg. Bauer Hannshein (SPD), 173. Sitzung, S. 720)		Dr. Antermüller, Staatsminister	818
Dr. Antermüller, Staatsminister	815	10. Illegale Einwanderung von Ausländern aus dem südosteuropäischen Raum, politische Überprüfung (Abg. v. Knoeringen (SPD), 173. Sitzung, Seite 725)	
2. Kredite an die Lederfabrik Treusch in Dachau (Abg. Köhlig (FDP), 173. Sitzung S. 721)		Dr. Antermüller, Staatsminister	819
Jaenide, Staatssekretär	815	11. Gehalt des Leiters des Holzwirtschaftsreferats, Dr. Maier	
3. Verpachtung einer Lagerhalle in Forchheim für Industriezwecke statt zur Lagerung von Getreidereserven		Wilhelm (SPD)	819
Hemmersbach (FDP)	815, 816	Dr. Schögl, Staatsminister	819, 820
Dr. Schögl, Staatsminister	816	12. Das Bergener Moos als Naturschutzgebiet, Verbot landwirtschaftlicher Nutzung	
4. Gefährdung des Verkehrs auf der Mangfallbrücke, Schaffung ausreichender Parkplätze für Autobusse		Kiene (SPD)	820
Hemmersbach (FDP)	816	Dr. Antermüller, Staatsminister	820
Fischer, Staatssekretär	816	13. Behandlung der Forstrechte; Stellungnahme des Kultusministeriums	
5. Freimachung des Wohnblocks am Willibaldplatz in München (Abg. Dr. Beck (SPD), 173. Sitzung, Seite 725)		Kiene (SPD)	820
Dr. Antermüller, Staatsminister	816	Dr. Hundhammer, Staatsminister	820
6. Zögerliche Behandlung von Flüchtlingskredit-Anträgen aus dem Adenauer-Schwerpunktprogramm		14. Bildung von Sprengeln für landwirtschaftliche Berufsschulen; Erteilung von Unterricht durch Volksschullehrkräfte im Nebenamt; Vorlage des Entwurfs eines Berufsschulgesetzes	
Weidner (FDP)	816	Scharf (FPO)	820
Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor	817	Dr. Hundhammer, Staatsminister	820
7. Amtsenthebung des Professors Dr. Koch, Universitäts-Frauenklinik Erlangen, Berufung des Prof. Dr. Dyroff		15. Fortführung der Ausstellung „1000 Jahre christliche Kunst“; Errichtung eines Kunsthauses, Staatsbürgerschaft	
Dr. Rief (FPO)	817	Wimmer (SPD)	821
Dr. Hundhammer, Staatsminister	817, 823	Dr. Hundhammer, Staatsminister	821
8. Homogen-Holzwerk Bayern in Eichbühl, ERP-Mittel für Bayern		16. Konkurs der Thermometerfabrik des Dr. Werner in Dittingen, Kreis Nördlingen, Flüchtlingskredit an diesen, Staatsbürgerschaft	
Brechtel (CSU)	817	Dr. Huber Franz Josef (SPD)	821
Dr. Seidel, Staatsminister	817	Dr. Müller, Staatssekretär	822
		17. Übergriffe des Steuerfahndungsdienstes	
		Dr. Huber Franz Josef (SPD)	822
		Dr. Müller, Staatssekretär	822

	Seite		Seite
18. Weitergewährung der Teuerungszulagen an mittlere und untere Beamte		Geschäftliche Behandlung	
Donsberger (CSU)	825	a) des Initiativgesetzentwurfs Dr. Beck und Fraktion betr. die Ausbildung der Lehrer an Volksschulen ,	842
Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor	825	b) des Dringlichkeitsantrags der SPD-Fraktion betr. Durchführung des Ausbaues des Generalkommandos in Nürnberg zu einem Justizgebäude und Bereitstellung der Mittel aus dem außerordentlichen Haushalt	842
19. Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen entfernten Beamten		Interpellation der Abg. Bitom, Stöck u. Gen. betr. Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Pöfzenhofen (Beilage 4161) — Fortsetzung der Aussprache —	
Donsberger (CSU)	825	Jaenicke, Staatssekretär	842
Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor	825	Zietzsch (SPD)	843
20. Einrichtung von Befehrischulen in Gemeinden, in denen bisher nur Gemeinschaftsschulen bestanden, nach Beginn des Schuljahres		(Die Besprechung wird unterbrochen.)	
Haas (SPD)	825	Bericht des Untersuchungsausschusses zum Fall Mühllein (Beilage 4001)	
Dr. Hundhammer, Staatsminister	826	Kurz (CSU), Berichterstatter	844, 853
21. Durchführung der Landtagswahl getrennt nach Geschlechtern		Dr. Hoegner (SPD)	846
Haas (SPD)	826	Scheffbeck (CSU)	847
Dr. Anfermüller, Staatsminister	826	Weinzierl Alois (CSU)	847
22. Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe bei Eintritt des Winters		Weidner (FDP)	849
Zillibiller (CSU)	826	Baumeister (CSU)	849
Dr. Anfermüller, Staatsminister	826	Feld (CSU)	849
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Maier Anton und Dr. Hoegner betr. vorgreifweise Genehmigung von Stellen bei Einzelplan XIII zur Erhöhung des Personals des Landesentschädigungsamtes (Beil. 3846)		Bezold Otto (FDP)	851
Maier Anton (CSU), Berichterstatter	827	Gräßler (SPD)	852
Abstimmung	827	Abstimmung über den Antrag Dr. Hoegner	853
Dringlichkeitsantrag der Abg. Stöck u. Gen. betr. Stabilisierung des Preisniveaus und Preisüberwachung		Interpellation der Abg. Bitom, Stöck u. Gen. betr. Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Pöfzenhofen (Beilage 4161) — Fortsetzung der Aussprache —	
Abstimmung	827	Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor	854, 857
Interpellation der Abg. Hauffe, Stöck und Gen. betr. Vorlage des Entwurfs eines bayerischen Baugesetzes (Beilage 4160)		Zietzsch (SPD)	855
Hauffe (SPD), Interpellant	828	Kiene (SPD)	857
Fischer, Staatssekretär	828, 830	Jaenicke, Staatssekretär	858
Interpellation der Abg. Bitom, Stöck und Gen. betr. Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Pöfzenhofen (Beilage 4161)		Abstimmung über den Antrag Zietzsch	859
Bitom (SPD), Interpellant	831	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abg. Weinzierl Georg, Stöhr, betr. Belegung des Arbeitshauses Reddorf mit Strafgefangenen (Beilage 4146)	
Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor	833, 839	Scheffbeck (CSU), Berichterstatter	859
Zietzsch (SPD)	836	Dr. Müller, Staatsminister	860
Allwein (FDP)	837	Abstimmung über den Antrag Hagen Georg	861
Hauffe (SPD)	838	Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten	
Gräßler (SPD)	838	a) Dr. Hoegner und Genossen betr. Neuregelung der Unterhaltszuschüsse an Referendare (Beilage 4127);	
Interpellation der Abg. Bezold Otto u. Gen., Stöck u. Gen., Dr. Hundhammer u. Gen. betr. Beschluß des Sozialrats der Vereinten Nationen hinsichtlich der Heimatvertriebenen (Beilage 4162)		b) Dr. Hoegner betr. Bereitstellung von Mitteln für die Gewährung von Unterhaltszuschüssen an Referendare (Beilage 4200)	
Schneider (FDP), Interpellant	839	Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter	861
Dr. Anfermüller, Staatsminister	840	Dr. von Brittwitz und Gaffron (CSU)	865
		Abstimmung	865

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag des Abg. Dr. Hoegner betr. vorgriffsweise Genehmigung von Mitteln für die Erstaussstattung des neuen Justizgebäudes in München sowie zur Erneuerung der Kesselanlage der Strafanstalt Amberg (Beilage 4188)	Seite
Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter	865
Abstimmung	866
Nächste Sitzung	866

Die Sitzung wird um 9 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident Dr. Stang: Ich eröffne die 177. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Gentmair, Huth, Michel, Pabstmann, Piechl, Dr. Kindt, Köhlig und Melchner.

Wir treten nun in die Beratung der Gegenstände der heutigen Tagesordnung ein.

Wir hatten gestern beschlossen, den Dringlichkeitsantrag Stoc und die Anträge auf vorgriffsweise Besetzung von Stellen an erster Stelle zu behandeln. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Herr Ministerpräsident und vielleicht auch der eine oder andere Minister eher weggehen muß, um dringlichen anderen Geschäften nachzugehen, möchte ich doch vorschlagen, die Fragestunde an erster Stelle zu halten. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich rufe also auf:

Mündliche Anfragen gemäß § 44 Absatz 2 der Geschäftsordnung.

In der letzten Fragestunde blieb zunächst die Anfrage des Abgeordneten Bauer Hannsheinz betreffend Mißstände im Flüchtlingslager Seligenstadt, Landkreis Rißingen, unerledigt. Der Herr Staatsminister des Innern beantwortet sie heute.

Dr. Unterkmüller, Staatsminister: Hohes Haus! In den fünf Baracken des Lagers **Seligenstadt**, die nach der Freigabe des amerikanischen Notlandeplatzes durch die Militärregierung von der Flüchtlingsverwaltung nicht übernommen wurden und der Verwaltung des Finanzministeriums unterstehen, wohnen zur Zeit 122 Personen. Sie wurden seinerzeit durch das Landratsamt Rißingen eingewiesen, ohne daß die erforderliche Instandsetzung der Baracken vorher erfolgt wäre. Mietverträge mit den Insassen bestehen heute noch nicht. Die Verantwortung für diese Verhältnisse trifft zunächst das **Landratsamt Rißingen**. Ein Auftrag an dieses, die Bewohner der Baracken anderweitig unterzubringen, wäre aber in absehbarer Zeit nicht auszuführen. Auch wird nicht außer Betracht bleiben dürfen, daß das Landratsamt seinerzeit unter dem **Druck** der Befehlsmacht gehandelt hat, die eine Räumung der sogenannten Reichsiedlung in Rißingen anordnete und auch durchsetzte. Es wird sich nicht umgehen lassen, bei der Aufbringung der Mittel für die vordringlichsten

Instandsetzungsarbeiten an den Baracken auf eine finanzielle Beteiligung des Landkreises und der Stadt Rißingen hinzuwirken und von den Bewohnern der Baracken auch einen Mietzins zu erheben. Das Staatsministerium des Innern hat in diesem Sinn sich bereits am 2. August 1950 mit dem Staatsministerium der Finanzen in Verbindung gesetzt.

Präsident Dr. Stang: Weiter ist in der letzten Fragestunde die Anfrage Köhlig betreffend Kredit an die Lederfabrik Treusch unerledigt geblieben. Ich bitte Herrn Staatssekretär Jaenicke, diese Anfrage zu beantworten.

Jaenicke, Staatssekretär: Hohes Haus! Der Fall Treusch hat seit meinen Ausführungen, die ich vor dem hohen Haus am 7. März dieses Jahres gemacht habe, folgende Entwicklung genommen: Nach eingehender Überprüfung hat sich das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und mit der Flüchtlingsverwaltung entschlossen, die **Lederfabrik Treusch** fertigzustellen und das Unternehmen unter Staatsbeteiligung zu führen. Dafür sprachen folgende Gründe.

Die Fabrik ist nahezu fertiggestellt. Die Verzögerung der Inbetriebnahme ist gerade in Dachau mit Rücksicht auf die dort herrschenden Verhältnisse, die dem hohen Hause ja bekannt sind, Gegenstand ständiger Erregung unter den Flüchtlingen. Das Unternehmen verspricht, wenn es entsprechend finanziert und auf eine gesunde Kapitalbasis gestellt wird, eine **ausreichende Rentabilität**. Es kommt hinzu, daß ein privater Geldgeber gefunden wurde, der 100 000 DM zur Verfügung stellt, wenn der Plan der Staatsbeteiligung zustande kommt. Zur Fertigstellung und für die Inbetriebnahme des Unternehmens ist die Firma mit einem Kredit von 400 000 DM in das Abenauer-Sofortprogramm eingeplant. Dieser Kredit ist sowohl vom interministeriellen Ausschuß der Bundesregierung als auch von der Kreditanstalt für Wiederaufbau grundsätzlich genehmigt worden. Voraussetzung ist jedoch eine Beteiligung des bayerischen Staates, weil es sonst der Firma an den nötigen Sicherheiten mangelt. Das Finanzministerium hat daher den Fall am 30. August dem Prüfungsausschuß für Kreditfragen des Bayerischen Landtags zur Entscheidung über die Übernahme der für den Kredit erforderlichen **Staatsbürgschaft** vorgetragen. Der Prüfungsausschuß konnte mit Rücksicht auf die Kompliziertheit des Falles in dieser Sitzung keine Entscheidung fällen, sondern hat beschlossen, das Unternehmen zu befristigen und danach seine Entscheidung zu treffen. Diese Befristigung hat nun stattgefunden. Es ist nunmehr Aufgabe des Ausschusses, seine Entscheidung zu fällen.

Präsident Dr. Stang: Wir kommen nun zu den heute einzubringenden Anfragen. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Hemmersbach zwei Anfragen zu stellen. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Hemmersbach (FDP): Meine Damen und Herren! Ich bin beauftragt, an Stelle meines Freundes Brunner, der von einem Auto leicht angefahren wurde und heute im Landtag nicht erscheinen kann, zwei Anfragen zu stellen.

(Hemmersbach (FDP))

Meine Anfrage richtet sich an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ist der Staatsregierung bekannt, daß die Lagerung der Getreidereiserven für eine Vorratshaltung heute schon auf große Schwierigkeiten stößt? Ist ihr weiter bekannt, daß das Finanzministerium an die Firma Loeßch, Forchheim, eine große Lagerhalle, die sich zur Einlagerung von Getreide eignet, für Industriezwecke verpachtet hat? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den an sich schon sehr knappen Lageraum ausschließlich für die unbedingt notwendigen Getreidelagerungen zur Verfügung zu halten?

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage beantwortet der Herr Staatsminister Dr. Schlögl.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Die Angelegenheit, die hier zur Sprache gebracht wurde, ist dem bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wohl bekannt. Wir haben, als wir erfuhren, daß die Lagerhalle in Forchheim anderen Zwecken zugeführt werden soll, sofort Erhebungen gepflogen. Ich möchte das Haus bitten, das Ergebnis der Erhebungen abzuwarten, zumal auch das Staatsministerium der Finanzen mit der Angelegenheit befaßt ist. Ich werde es in einer der nächsten Sitzungen bekanntgeben.

Präsident Dr. Stang: Die endgültige Beantwortung der Anfrage des Herrn Kollegen Hemmersbach wird also auf eine der nächsten Fragestunden zurückgestellt.

Das Wort hat zu einer zweiten Anfrage der Herr Abgeordnete Hemmersbach.

Hemmersbach (FDP): Meine zweite Anfrage richtet sich an das Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

Ist der Staatsregierung bekannt, daß auf der Autobahn München—Salzburg in der Nähe der Mangfallbrücke rund 200 Meter vor und hinter der Brücke Halteverbots-Tafeln stehen, die zur Folge haben, daß Personenomnibusse vor diesen Tafeln parken und ihre schaulustigen Insassen sich dann zu Fuß auf der Autobahn zur Brücke begeben, um dort die Aussicht zu genießen. Da sie dabei zu mehreren nebeneinander gehen und oft weit in die Autobahn hineinlaufen, bilden sie eine Gefahrenquelle, die vermieden werden könnte, wenn schon kurz vor der Brücke ausreichende Parkgelegenheit geschaffen würde.

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage beantwortet der Leiter der Obersten Baubehörde, Staatssekretär Fischer.

Fischer, Staatssekretär: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß die Autobahnbrücke über die Mangfall zwei Tage, nachdem die Besatzungstruppen über die Brücke hinweg waren, noch durch ein paar junge — ich darf sagen — Gausbuben zerstört wurde. Die Wiederherstellung der Brücke erfolgte zu einer Zeit, wo wir hinsichtlich der Beschaffung der Baustoffe noch in der allergrößten Not-

lage waren. Die damalige Militärregierung hatte von uns verlangt, die Brücke mit einer Fahrbahnbreite von 3.50 Metern wieder aufzubauen. Wir haben diese Aufgabe im Laufe der Zeit vermeiden können, und es wurden zwei Fahrbahnen statt der ursprünglichen vier errichtet. Es ist nur ein ganz schmaler, 50 Zentimeter breiter Gehsteig auf die Länge der Brücke vorhanden. Nach der Bau- und Betriebsordnung der Autobahnen haben Fußgänger auf der Autobahn nichts zu tun. Nun ist richtig, daß gerade die Aussicht auf die Mangfall dazu verlockt, dort zu halten. Es fehlen uns aber die Mittel, dort Parkplätze usw. anzulegen. Außerdem sind wir ja nur noch Vollzugsbehörde, da die Autobahnen hinsichtlich der Finanzierung auf den Bund übergegangen sind. Wir sind vom Bund angewiesen, nur Bauten durchzuführen, die vom Bund finanziert werden können. Ich glaube aber nicht, daß es in der nächsten Zeit möglich sein wird, auf der rechten und linken Seite der Brücke Parkplätze anzulegen.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Staatsminister des Innern wird nun zu der in der Sitzung vom 16. August gestellten, aber noch nicht beantworteten Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Beck betreffend Freimachung des Wohnblocks am Willibaldplatz Stellung nehmen.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Dem Herrn Antragsteller ist ja bekannt, daß sich die Staatsregierung schon seit langem für eine Freimachung des von der IRO belegten Wohnblocks am Willibaldplatz in München bemüht hat. In der letzten Entscheidung des Amtes des Landeskommissars vom 3. Mai wurde uns mitgeteilt, daß die beschlagnahmten Wohnungen im Block am Willibaldplatz bei der Knappheit an Häusern im Gebiet von München nicht freigegeben werden können. Es laufen aber zur Zeit noch Verhandlungen, über deren Abschluß augenblicklich noch nicht berichtet werden kann.

Präsident Dr. Stang: In der Reihe der Fragesteller folgt der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Ich habe eine Anfrage an das Finanzministerium, an das Innenministerium und an das Wirtschaftsministerium. Sie betrifft die Flüchtlingskredite aus dem Adenauer-Schwerpunktprogramm. Es wird mir aus Kreisen der Heimatvertriebenen-Wirtschaft berichtet, daß eine starke Verschleppung der Flüchtlingskredite aus dem Schwerpunktprogramm in Bayern eingetreten ist. So sollen die Richtlinien für die Vergabung der Kredite in Ansbach bis heute noch nicht vorliegen.

Darüber hinaus herrscht größte Besorgnis in diesen Flüchtlingskreisen deshalb, weil die Staatsbürgerschafts-Urkunden für Anträge nicht nur vom interministeriellen Ausschuß in Bonn, von der Wiederaufbaubank in Frankfurt, vom Wirtschaftsministerium in München, vom Kreditreferat des Finanzministeriums und vom Kreditausschuß des Bayerischen Landtags genehmigt werden müssen, sondern darüber hinaus neuerdings noch einer besonderen Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer des Finanzministeriums unterliegen. Ich möchte besonders das Finanzministerium fragen, wie es sich unter diesen Umständen eine rasche Erledigung derartiger Kreditansuchen vorstellt.

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage wird vom Herrn Ministerialdirektor Dr. Ringelmann beantwortet.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die kurze Anfrage, die Sie soeben gehört haben, liegt in der Richtung der kurzen Anfrage, die der Herr Abgeordnete Moske heute stellen wollte, die er aber im Hinblick darauf zurückgezogen hat, daß ich ihm zeigen konnte, daß die Dienst-anweisung für die Regierungen und für die Bürgerschaftsausschüsse, die zur Sicherstellung des Ganges der Flüchtlingskredite notwendig ist, bereits ergangen ist. Die Dienst-anweisung ist am 1. September den Regierungen, den Oberfinanzpräsidien und deren Zweigstellen mitgeteilt worden. Es ist nunmehr möglich, die bei den Ausschüssen schwebenden sowie die an die Regierungen und an die Ministerien gelangten Kreditanträge zu verbescheiden.

Daß sich die Hinausgabe der Bürgerschaftsrichtlinien und der Dienst-anweisung verzögert hat, ist sehr bedauerlich. Wir selbst bedauern es am meisten. Wenn Sie aber bedenken, wie viele Stellen mit der Bewilligung und Verausgabung dieser Kredite befaßt sind, so werden Sie dafür Verständnis haben, daß es solange gedauert hat, bis die Richtlinien und die Dienst-anweisung ergehen konnten. Es war außerordentlich schwierig, mit den Banken ins Reine zu kommen. Sie betrachten die Sache natürlich von ganz anderen Gesichtspunkten aus als die Kreditinteressenten. Deshalb mußten mit den Banken sehr eingehende Verhandlungen stattfinden. Die Verhandlungen, die zu einer Einschaltung der Bankaufsichtsbehörde geführt haben, wurden durch Bedenken der Bankaufsichtsbehörde verzögert. Diese Bedenken sind aber nunmehr behoben und wir hoffen, daß jetzt die vorliegenden Kreditanträge in raschster Zeit erledigt werden können.

Wenn die kurze Anfrage weiterhin dahin geht, ob es notwendig ist, daß auch Prüfer des Finanzministeriums eingeschaltet werden, so muß ich daran festhalten, daß das Finanzministerium, das ja die Bürgerschaft zu leisten hat, sich für diese Kredite auch ein Prüfungsrecht vorbehalten muß. Gerade das Finanzministerium muß vor Ihnen, meine sehr verehrten Herren, für die Bürgschaftserklärungen geradestehen, und es nützt nichts, wenn wir eine Bürgschaftserklärung einfach auf das hin unterzeichnen, was uns andere sagen. Sie, meine Damen und Herren, würden uns dann mit Recht den Vorwurf machen, daß wir selbst hätten prüfen sollen. Die Prüfung, die wir durchführen, ist übrigens eine ganz andere als diejenige, die von der Wiederaufbaubank und von den Hausbanken vorgenommen wird. Die eine Prüfung läuft darauf hinaus festzustellen, ob sich ein Kredit betriebswirtschaftlich überhaupt rechtfertigen läßt. Die Prüfung durch die Hausbanken untersucht, ob die nötigen Sicherungen für die Kreditgewährung gegeben sind. Die Prüfung schließlich, die das Finanzministerium anstellt, geht dahin, ob der Kreditnehmer so wirtschaftet, daß die Rückzahlung des Kredits nachhaltig gesichert ist. Diese Prüfungen ergänzen sich gegenseitig; sie sind notwendig und liegen im Interesse jedes berechtigten Teiles, sowohl der Kreditanstalt für Wiederaufbau wie der betreffenden Hausbank und wie des Staatsministeriums der Finanzen, das die Bürgerschaft erteilt. — Ich glaube, damit die kurze Anfrage ausreichend beantwortet zu haben.

Präsident Dr. Stang: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rief das Wort zu einer Anfrage.

Dr. Rief (FVG): Ich möchte den Herrn Kultusminister ersuchen, uns darüber Auskunft zu geben, inwieweit der Bericht in der neuesten Nummer des Hamburger illustrierten Blattes „Stern“ die Angelegenheit **Rech** und **Dyhoff** bewußt falsch und wie weit er sie richtig darstellt.

Präsident Dr. Stang: Diese Anfrage beantwortet der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Ich werde mir sofort die aktenmäßigen Unterlagen zur Beantwortung dieser Anfrage vom Ministerium herüberbringen lassen und die Anfrage am Schluß der Fragestunde beantworten. Ich darf um die Illustrierte bitten, die mir nicht zur Hand ist.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Minister wird also die Anfrage zu einem späteren Zeitpunkt beantworten.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Noch am heutigen Tag!)

Ich erteile das Wort zu einer Anfrage dem Herrn Abgeordneten Prechtl.

Prechtl (CSU): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Wirtschaftsminister. Ist der Herr Wirtschaftsminister in der Lage, dem Landtag darüber Auskunft zu geben, warum das Homogen-Holzwerk Bayern in Eichbühl, vormals Muna Schilling, für welches der Landtag die Ausfallbürgschaft genehmigt hat, nicht zum Stehen gekommen ist?

Zweitens: Trifft es zu, daß das gleichgeartete Homogen-Holzwerk Triangel in Rheinland-Westfalen mit bestem Erfolg arbeitet?

Drittens: Besteht die Absicht, in Eichbühl wenigstens ein Homogenwerk in kleinerem Umfang als ursprünglich geplant zu errichten?

Viertens: Sind die für Bayern auf dem Sektor Holz bestimmten ERP-Mittel auch für Bayern erhalten geblieben?

Präsident Dr. Stang: Die Frage beantwortet der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel.

Dr. Seidel, Staatsminister: Ich darf auf die Anfrage folgendes sagen: Die Gesellschafter der **Homogen-Holzwerke Bayern GmbH.** haben nach einer Information, die mir zugegangen ist, die **Liquidation** der Gesellschaft beschlossen,

(Hört! Hört! bei der SPD)

da sich einzelne Gesellschafter an der Errichtung des Homogen-Holzwerks desinteressiert zeigten.

(Abg. Stock: Ei, ei!)

Einer der Hauptgesellschafter soll seine Beteiligung zurückgezogen haben, da er Naturholz in Zukunft wieder aus dem Ausland einführen will. Der bayerische Staat hat deshalb **keine Bürgschaft** geleistet.

(Abg. Stock: Gut!)

(Dr. Seidel, Staatsminister)

Zur zweiten Frage: Wie mir von maßgeblichen Herren, in der Hauptsache Dr. Weißer, die der norddeutschen Homogen-Holzgesellschaft Triangel nahe stehen, mitgeteilt wurde, ist die dort inzwischen ange laufene Produktion durchaus zufriedenstellend. Sie ist für das Jahr 1950 ausverkauft. Die aus Bayern eingegangenen Bestellungen von Wohnungsbauunternehmungen, die sich dem sozialen Wohnungsbau widmen, konnten daher nicht mehr berücksichtigt werden.

(Abg. Brechtel: Hört, hört!)

Zur dritten Frage: Ich stehe zur Zeit in Verhandlungen, um einen neuen Träger für ein in Bayern zu errichtendes Homogen-Holzwerk zu finden. Die norddeutsche Homogen-Holzgesellschaft hat sich bereit erklärt, gegebenenfalls den technischen Aufbau des Werkes unter Verwertung ihrer Erfahrungen zu übernehmen. Ob die Anlage in Eichbühl errichtet werden kann, hängt von dem Ergebnis dieser Verhandlungen ab. Die Verhandlungen werden mit Energie geführt, weil wir aus arbeitsmarktpolitischen Gründen besorgt sein müssen, in Schilling ein gut fundiertes Unternehmen anzufiedeln.

Zur vierten Frage habe ich folgendes zu sagen: Es ist mir durch persönliche Vorstellungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gelungen, vorerst 2 Millionen D-Mark für ein noch zu errichtendes Homogen-Holzwerk zurückstellen zu lassen. Die übrigen 3 Millionen wurden inzwischen an andere bayerische Firmen vergeben.

(Abg. Dr. Rief klatscht Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Ein weiterer Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Beck.

Dr. Beck (SPD): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Ministerpräsidenten.

Herr Ministerpräsident! Am 19. April 1950 hat das hohe Haus folgendem von mir gestellten Antrag zugestimmt:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Fortsetzung der **Schulspeisung** unter Verwertung der bisher gemachten Erfahrungen sicherzustellen und die entsprechenden Mittel im Haushalt 1950/51 wieder vorzusehen.

Die Schule hat seit 1. September begonnen. In dieser Angelegenheit wurde dem Landtag bisher immer wieder geantwortet: „in Bälde“. Ich möchte nun wissen, welcher Termin mit „in Bälde“ konkret gemeint ist.

Präsident Dr. Stang: Herr Staatsminister Dr. Anfermüller beantwortet diese Anfrage.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Wie Sie bereits aus der Presse wissen, ist am 4. September eine entsprechende Weisung seitens der zuständigen Stelle des Innenministeriums hinausgegangen. Die Sachlage ist ungefähr folgende: Nach langen Verhandlungen mit den sonst beteiligten Staatsministerien und mit den kommunalen Spitzenverbänden habe ich die Regierungen und die sämtlichen Fürsorgeverbände in einer Verfügung vom 4. September 1950 davon unterrichtet, daß trotz der Besserung der Er-

nährungslage ein dringendes Bedürfnis bestehe, die **Schulspeisung** unter Verwertung der bisher gemachten Erfahrungen fortzusetzen. Eine endgültige Entscheidung darüber, welche Kinder an einer kostenlosen oder verbilligten Schulspeisung teilnehmen können, ist zwar zur Zeit noch nicht möglich, da eine bindende Mitteilung von Bonn über die Kostenbeteiligung des Bundes bis heute trotz aller Bemühungen noch nicht zu erlangen war. Da das neue Schuljahr jedoch bereits begonnen hat, hat das Staatsministerium des Innern wenigstens für die Kinder Hilfsbedürftiger ab 4. September eine vorläufige Regelung getroffen. Danach sollen in den Gemeinden, in denen an der Schulspeisung weiterhin ein Bedürfnis besteht, die Kinder von Empfängern der öffentlichen Fürsorge und die Kinder sonstiger Bedürftiger, deren Einkommen das der Fürsorgeempfänger nur geringfügig übersteigt, kostenlos gespeist werden. Gedacht ist bei der letzteren Gruppe vor allem an Rentenempfänger, an Empfänger von Arbeitslosenfürsorge und von Unterhaltshilfe nach dem Soforthilfegesetz.

Ob in der betreffenden Stadt oder Landgemeinde so viel hilfsbedürftige Kinder vorhanden sind, daß ein Bedürfnis besteht, eine Schulspeisung durchzuführen, soll der Stadt- oder Gemeinderat entscheiden. Für die Durchführung dieses vorläufigen Programms kann mit etwa 80 000 Schulkindern gerechnet werden, die die Schulspeisung kostenlos erhalten. Der Staatsanteil für die entstehenden Aufwendungen bis zum Ablauf des Haushaltsjahres ist auf etwa eine Million D-Mark geschätzt. Soweit es sich um die Kinder von Empfängern öffentlicher Fürsorge handelt, erfolgt die **Verrechnung der Aufwendungen** ebenso wie bei sonstigen Fürsorgeleistungen durch den Bezirksfürsorgeverband. Für die Kinder der weiter zugelassenen bedürftigen Personengruppe gewährt der Staat einen **Staatszuschuß** von 85 Prozent je Speisung. Da die Speisung auf 20 Pfennig zu stehen kommt, beträgt der Staatszuschuß somit 17 Pfennig pro Speisung. Den Rest von 3 Pfennigen hätte die Gemeinde zu tragen. Die Bereitstellung des zusätzlich erforderlichen Staatsanteils von 1 Million wird noch durch Besprechungen zwischen den beteiligten Ministerien gesichert und in den Haushaltsplänen vorgeschlagen werden. Der Kreis der an der kostenlosen Schulspeisung teilnahmeberechtigten Kinder mußte somit wegen der **Finanzierungsschwierigkeiten** zunächst noch verhältnismäßig eng gezogen werden. Ob es möglich ist, die Staatszuschüsse zu erhöhen und damit den Kreis noch zu erweitern, wird sich erst übersehen lassen, wenn in **Bonn** die Verhandlungen darüber abgeschlossen sind, in welcher Höhe der Bund den Ländern Mittel zur Fortführung der Schulspeisung zur Verfügung stellt. Die Entscheidung in Bonn ist nun wohl in aller nächster Zeit zu erwarten. Wir werden laufend drängen. Dann werden den Gemeinden, die die Schulspeisung weiterführen, auch noch genauere Richtlinien im Zusammenwirken mit dem Landesauschuß für Schulspeisung an die Hand gegeben werden können.

Präsident Dr. Stang: Vielleicht ist Herr Staatsminister Dr. Anfermüller jetzt auch in der Lage, die Anfrage des Herrn Abgeordneten von Knoeringen aus der Sitzung vom 16. August 1950 bezüglich der **DP's und deren Charakter als politische Flüchtlinge** zu beantworten. Diese Anfrage ist vom Herrn Staatsminister am 16. August wohl beantwortet worden, die Antwort bedarf aber noch einer Ergänzung.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Ich glaube, die Anfrage war vom Herrn Abgeordneten von Knoeringen gestellt und befaßte sich mit der Übernahme von Ausländern, die keine DP's sind, und mit der Frage, wie weit diese eventuell als politisch unzuverlässig abgewiesen werden können.

Ich habe zu dieser Frage bereits in der Sitzung vom 16. August 1950 kurz Stellung genommen, sie bedarf aber, wie schon der Herr Präsident sagte, noch einer **Ergänzung**. Ich möchte diese Ergänzung hiermit geben:

Es ist richtig, daß Bayern von 1945 bis 1950 rund 53 000 Ausländer aufgenommen hat. Darunter befinden sich Ausländer, die ehemals DP's waren, aber ihren DP-Status verloren haben, ferner Ausländer, die niemals DP's waren, sondern direkt aus dem Herkunftsland neu zugewandert sind. Es entspricht auch den Tatsachen, daß im Durchschnitt täglich noch 10 bis 15 Personen aus der Tschechoslowakei und aus dem Südostraum illegal die bayerische Grenze überschreiten und dann durch die IRO der deutschen Verwaltung überstellt werden. Dieses Verfahren der Aufnahme entspricht den wiederholt gegebenen Weisungen der Hohen Kommissare. Es ist nicht möglich, eine Auskunft darüber zu geben, wie viele von diesen Personen als politische Flüchtlinge gelten, da den deutschen Behörden bis jetzt seitens der Hohen Kommissare nicht gestattet war, Ausländer daraufhin zu überprüfen.

Bei der letzten Besprechung der deutschen Regierungsstellen mit den Vertretern der Hohen Kommissare war es unter anderem seitens der deutschen Stellen als vordringliche Forderung bezeichnet worden, daß eine **Überprüfung von undurchsichtigen Elementen** vorgenommen werde. Wiederholt wiesen auch bei Besprechungen in Bonn die Vertreter der bayerischen Staatsregierung darauf hin, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, um festzustellen, **welche Ausländer als politische Flüchtlinge zu gelten haben**. Es wurde gebeten, entsprechende Anträge bei den Hohen Kommissaren zu stellen.

Die Vertreter des Landeskommissariats haben jedoch bei Besprechungen ebenfalls wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß auch die Ausländer, die bei einer solchen Überprüfung nicht als politische Flüchtlinge festgestellt werden, nicht in die Herkunftsländer zurückverwiesen werden dürfen, sondern daß sie ebenfalls hier im westdeutschen Raum aufzunehmen sind. Bis jetzt werden die von der deutschen Verwaltung aufzunehmenden Ausländer bei ihrer Aufnahme im Lager erkennungsdienstlich behandelt, sodann werden ihnen nach den Bestimmungen der Kennkartenverordnung vom 1. April 1946 und der Meldeordnung Kennkarten ausgehändigt. Nach § 1 der Kennkartenverordnung vom 1. April 1946 sind alle Personen deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit verpflichtet, sich polizeilich zu melden. Nach § 4 erhält auf Grund der Meldung nach § 1 der Meldepflichtige von Amts wegen die deutsche Kennkarte.

Es besteht sonach keine rechtliche Möglichkeit, den Ausländern die Aushändigung der **Kennkarte** zu verweigern. Es wird als selbstverständlich angenommen, daß sich unter diesen Ausländern auch **Agenten öffentlicher Mächte** befinden können, genau so wie unter den aus dem Ausland oder aus der Ostzone zuwandernden Deutschen. In den wenigsten Fällen dürfte es möglich

sein, diese Agenten rechtzeitig als solche festzustellen, weil gerade sie durchwegs im Besitz bester Unterlagen für ihre Aufnahme im Bundesgebiet sind. Diese Lage ist unbefriedigend, um nicht zu sagen **gefährlich**. Herr Staatssekretär Jaenicke hat erst in den letzten Tagen dem Herrn Landeskommissar Shuster persönlich Vortrag gehalten und auf die Unmöglichkeit und die Gefährlichkeit dieser Lage hingewiesen. Ich hoffe, daß diese Vorstellung bald zu einem entsprechenden Erfolg führt.

Präsident Dr. Stang: In der Reihe der Fragesteller hat der Herr Abgeordnete Wilhelm das Wort.

Wilhelm (SPD): Meine Anfrage richtet sich an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Seit zwei Jahren ist bereits die **Holzbewirtschaftung** aufgehoben, doch besteht heute noch eine Holzbewirtschaftungsstelle, die durch einen Herrn **Dr. Maier** besetzt sein soll.

Ich frage nun an: Ist es richtig, daß Herr Dr. Maier Sägewerksbesitzer ist und daß er als Leiter der Holzwirtschaftsstelle noch das Gehalt als Oberlandforstmeister bezieht? Wenn diese Information richtig ist: Was gedenkt der Herr Landwirtschaftsminister zu tun, um diesem Mißstand abzuhelpfen?

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage wird vom Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Schlögl beantwortet.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Haus! Die Bezirksbüros der Holzwirtschaftsstelle wurden bereits zum 1. Oktober vergangenen Jahres aufgelöst, die **Holzwirtschaftsstelle** selbst zu diesem Termin stark reduziert und zum 1. April 1950 aufgelöst. Entsprechend der Organisation beim Bund und bei den übrigen Ländern wurden an Stelle der Holzwirtschaftsstellen bei den einzelnen Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Referate für Holzwirtschaft ab 1. April 1950 eingerichtet. Das Aufgabengebiet des Holzwirtschaftsreferats gliedert sich in die fortbestehenden Arbeiten, die von der bisherigen Holzwirtschaftsstelle zu übernehmen waren, zum Beispiel die Bearbeitung sämtlicher holzwirtschaftlicher Fragen, Produktion und Vorrat, Erhebung und Statistik, Holzlieferungen an die Besatzungsarmee, eventuell notwendige Lenkungsmaßnahmen für die Sicherstellung des Grubenholzbedarfs usw. Dazu kommen die holzwirtschaftspolitischen Aufgaben, die sich aus der Wirtschaftsentwicklung ergeben, zum Beispiel Holzleitungs- und -ausfuhrfragen, Marshall-Plan, Investitionen usw. Die Stärke des Holzwirtschaftsreferats beläuft sich zur Zeit auf vier Köpfe.

Was die Sonderfrage wegen des Herrn **Dr. Maier** anlangt, so kann ich hier nur erklären, daß dieser niemals das Gehalt eines Ministerialrats bezogen hat.

(Zuruf: Oberforstmeisters!)

— Sie wissen, was gemeint ist.

Präsident Dr. Stang: Herr Minister, Sie müssen sich schon deutlicher ausdrücken.

Dr. Schlögl, Staatsminister: — Das ist also un- wahr. Ich weiß, daß um die Person dieses Herrn Maier außerordentlich viel Gerüchte gehen. Ich werde die Einzelheiten dessen, was vorgebracht wurde, in der nächsten Fragestunde beantworten, weil ich mir erst die Personalunterlagen vorlegen lassen möchte.

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage bezüglich des Herrn Dr. Maier wird bis zur nächsten Fragestunde zurückgestellt.

Ich erteile nun zu einer weiteren Anfrage das Wort dem Herrn Abgeordneten Kiene.

Kiene (SPD): Ich habe zwei Anfragen. Die erste Anfrage richtet sich an den Herrn Innenminister.

Bekanntlich ist das **Bergener Moos** mit einem Aufwand von mehreren Millionen Mark zum größten Teil trockengelegt worden. Nun beabsichtigt das Innenministerium, einen wesentlichen Teil dieses Geländes, das Siedlungszwecken und der Verbesserung der Landwirtschaft dienen sollte, zum **Naturschutzgebiet** und zum Landschaftsschutzgebiet zu erklären. Es ist beabsichtigt, den Privateigentümern dieser Moorgrundstücke die landwirtschaftliche Nutzung zu verwehren; es soll ihnen nur noch gestattet sein, Schilf zu mähen. Auch der Torfstich soll in den nächsten Jahren eingestellt werden.

Ich möchte den Herrn Innenminister fragen, ob es nicht gut wäre, die Eigenmächtigkeit seines **Naturschutzreferenten** etwas einzudämmen, damit er sich nicht nur auf das Göringsche Naturschutzgesetz berufen kann.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Staatsminister Dr. Anfermüller beantwortet diese Frage.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Ich glaube, daß es in Bayern wohl eine besondere Aufgabe der Staatsregierung ist, die **Naturschönheiten** in diesem **Fremdenverkehrsland** zu erhalten und darüber hinaus noch zu fördern. Wie weit in diesem Falle der **Naturschutzreferent** vielleicht zu weit gegangen ist, kann ich im Moment nicht sagen. Die Anfrage wird mir Anlaß geben, den Fall selbst nachzuprüfen. Ich werde entweder dem hohen Hause oder dem Herrn Anfrager Antwort erteilen.

Präsident Dr. Stang. Der Herr Abgeordnete Kiene hat zu einer weiteren Anfrage das Wort.

Kiene (SPD): Meine zweite Anfrage betrifft die **Forstrechte**.

Ich habe in der letzten Fragestunde am 16. August 1950 den Herrn Kultusminister und den Herrn Finanzminister gefragt, welche Stellung zu den Forstrechten das Kultusministerium und das Finanzministerium einnehmen. Eine solche Stellungnahme ist bis jetzt nicht erfolgt. Der Herr Kultusminister hat erklärt, sein Ministerium sei am Stiftungswald im Zusammenhang mit der Gemeindeordnung interessiert.

Herr Kultusminister, die Gemeindeordnung ist seit zwei Jahren Gegenstand ausführlicher Beratungen. Welche Stellungnahme hat das Kultusministerium zu der Gemeindeordnung im Zusammenhang mit den Forstrechten vertreten?

Präsident Dr. Stang: Herr Staatsminister Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Die Stellungnahme des Kultusministeriums geht dahin, daß die **bestehenden Rechte** nicht ohne weiteres aufgegeben und abgelöst, sondern **erhalten bleiben sollen**. Im übrigen wird, wie der Herr Ministerpräsident gestern erklärt hat, der Entwurf der Gemeindeordnung mit der Stellungnahme der Staatsregierung im ganzen dem Landtag in der allernächsten Zeit vorgelegt werden.

(Abg. Zietzsch: In der nächsten Woche, Herr Minister!)

— Das ist Sache des Herrn Ministerpräsidenten.
(Heiterkeit.)

Präsident Dr. Stang: Ich frage das Landwirtschafts- und Forstministerium, ob es eine Antwort erteilen will. —

(Zuruf des Abg. Dr. Hoegner.)

— Wünscht das Finanzministerium zu dieser Frage noch Stellung zu nehmen?

(Staatssekretär Dr. Müller: Nein!)

Dann erteile ich das Wort zu einer weiteren Anfrage dem Herrn Abgeordneten Scharf.

Scharf (FFG): Ist dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus bekannt, daß die **Bildung von Schulpflegeln für landwirtschaftliche Berufsschulen** und die **Übernahme des Unterrichts** durch nunmehr ausgebildete Fachkräfte in vielen Fällen von **Volkschullehrkräften erschwert**, ja oft unmöglich gemacht wird, welche bisher diesen Unterricht nebenamtlich gegen Vergütung erteilten? In diesen Fällen werden die Gemeinderäte negativ mit dem Argument beeinflusst, daß hier ein Sachbedarf entstehe, dessen Kosten für die Gemeinden untragbar seien. Offensichtlich nützt das beteiligte Volksschullehrpersonal den Mangel einer gesetzlichen Grundlage, nämlich des von uns längst geforderten Berufsschulgesetzes, aus egoistischen Motiven aus.

Ich frage deshalb: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um solchen Zuständen sehr bald scharfen Einhalt zu gebieten, und bis wann kann mit der **Vorlage des Berufsschulgesetzes** gerechnet werden?

Präsident Dr. Stang: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Tatsachen darüber, daß einzelne Lehrkräfte die Bildung von Berufsschulpflegeln aus eigennützigen Gründen sabotieren, sind mir bisher nicht bekannt geworden. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Scharf, mir **Unterlagen** dafür vorzulegen. Ich bin bereit, für Abhilfe zu sorgen.

Das **Gesetz über die Berufsschulen** wird dem Landtag vorgelegt werden, sobald sich der Landesschulbeirat und dann der Ministerrat damit befaßt haben. Ich nehme an, daß dies wohl gegen Ende der jetzigen Landtagsession möglich sein wird. Ich nehme aber nicht an, daß der gegenwärtige Landtag, der bis zu seiner Auflösung vielleicht noch 20 Sitzungstage vor sich hat, in der Lage sein wird, auch noch dieses Gesetz zu beraten.

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort zu einer Anfrage dem Herrn Abgeordneten Wimmer.

Wimmer (SPD): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Kultusminister beziehungsweise an den Herrn Finanzminister.

In der Haushaltsausschussitzung des Bayerischen Landtags vom 31. August dieses Jahres wurde auf Grund eines Antrags betreffend Bereitstellung weiterer Mittel für das Offenhalten und den Betrieb der Ausstellung „1000 Jahre christliche Kunst“ in Oberammergau bis zum Ende des Passionsspiels auch die Frage des Baus des Kunsthauses selbst besprochen. Dabei wurde bekannt, daß die Baukosten auf Grund der Forderungen der Firmen 253 000 DM betragen. Bauherr ist, wie festgestellt wurde, der Bayerische Gewerbebund. Das Finanzministerium hat bekanntlich die Bürgschaft für einen Kredit der Bayerischen Volksbank in Höhe von 50 000 DM übernommen. Der Kredit läuft bis zum 1. Januar 1951; doch soll schon vor diesem Zeitpunkt ein Teil durch die Einnahmen beim Betrieb des Kunsthauses abgedeckt werden. Die am Bau des Hauses beteiligten Firmen haben, wie ebenfalls bekannt wurde, nur geringe Anzahlungen erhalten. Für den Rest der Forderung laufen zahlreiche Wechsel, die nicht eingelöst werden können. Aussteller der Wechsel ist der Bayerische Gewerbebund.

Nachdem der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer seinerzeit das Ehrenprotektorat über dieses Kunsthaus übernommen hat und auch über die Angelegenheit sehr informiert sein dürfte, stelle ich die Anfrage, ob über die Finanzierung des Kunsthauses Auskunft gegeben werden kann, damit allmählich die am Bau beteiligten Firmen erfahren, wann sie zu ihrem Geld kommen können. Sollte der Herr Kultusminister hierzu nicht in der Lage sein, stelle ich die gleiche Anfrage an den Herrn Finanzminister.

Präsident Dr. Stang: Das war keine kurze, sondern eine lange Anfrage.

(Abg. Wimmer: Ja, aber ich mußte sie begründen!)

Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Hundhammer, beantwortet die Anfrage.

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Das Kunsthaus in Oberammergau ist entstanden aus der Initiative und unter der Verantwortung des Bayerischen Gewerbebundes. Soweit die kulturelle Seite in Frage kommt, an der der Kultusminister interessiert ist, kann heute festgestellt werden, daß das Unternehmen und die Ausstellung als solche sehr gut durchgeführt sind. Die Kunstausstellung ist ein Erlebnis für jeden, der sie gesehen hat, und trägt sehr viel dazu bei, auch bei den ausländischen Besuchern Verständnis für die bayerische Kunst und die großen Werke zu wecken, die auf diesem Gebiet in unserem Volke geschaffen und bis heute bewahrt worden sind. Die finanzielle Seite des Unternehmens ist nicht so solide vorbereitet worden durch die Unternehmer, wie es notwendig und richtig gewesen wäre. Das mag allerdings auch damit zusammenhängen, daß der Bau in einer Frist von wenigen Wochen geplant und fertiggestellt worden ist.

(Abg. Wimmer: In 40 Tagen!)

— Innerhalb von 40 Tagen, eine technisch ganz ungewöhnliche Leistung! Der Bayerische Landtag hat sich seinerzeit in meiner Abwesenheit schon einmal im Haushaltsausschuß mit der Angelegenheit befaßt und, soviel mir bekannt ist, eine Staatsbürgschaft bewilligt, die dann auch vom Finanzministerium in Höhe von 50 000 DM übernommen wurde. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Schütte von der SPD hat sich dafür eingesetzt; ich selbst bin ja nicht da gewesen.

Nun ist in der vorigen Woche ein Antrag des Abgeordneten Dr. Bedt vorgelegt worden, der dazu dienen sollte, die finanziellen Schwierigkeiten beheben zu helfen. Der Antrag ist dahin gegangen, 60 000 DM, die für Werbezwecke für Oberammergau im Rahmen des Etats des Wirtschaftsministeriums bereitgestellt waren und über die nicht verfügt wurde, die also verfügbar wären, für Zwecke des Kunsthauses als Kredit nutzbar zu machen. Das Kunsthaus trägt sicherlich zur Werbung für Oberammergau und damit für Bayern im ganzen wesentlich bei, vielleicht viel mehr als manches Zeitungsinserat, das mit diesem Geld sonst hätte finanziert werden können.

Dann ist ein zweiter Antrag des Abgeordneten Dr. Bedt einschlägig gewesen, die derzeitigen Eintrittsgelder nicht zur teilweisen Abdeckung des Kredits zu verwenden, den das Finanzministerium mit seiner Bürgschaft unterstützt hatte, sondern zur Wegfertigung laufender Aufwendungen und bestehender Schulden. Die Anträge sind nicht angenommen worden.

In der Zwischenzeit habe nun ich meinerseits vom Kultusministerium aus zunächst mit einem Zuschuß von 5000 DM eingegriffen, um die Fortführung der Ausstellung für die Dauer der Passionsspiele vorerst zu sichern. Die endgültige finanzielle Lage ist mir in Einzelheiten nicht bekannt. Ich mußte auch nichts von Wechseln, werde mich aber über die Angelegenheit noch entsprechend informieren, um dann dem Fragesteller persönlich darüber Auskunft geben zu können.

Präsident Dr. Stang: Zu einer Anfrage hat das Wort der Abgeordnete Dr. Huber.

Dr. Huber Franz Josef (SPD): Ich habe zwei Anfragen an das Finanzministerium.

Die erste Anfrage lautet: Der angebliche Auslandsdeutsche Dr. Werner in Sttingen, Kreis Nördlingen, erhielt zum Betrieb einer Thermometerfabrik einen Flüchtlingskredit von insgesamt 725 000 DM. Das Unternehmen befindet sich seit einiger Zeit in Konkurs. Durch die Unfähigkeit und die unkorrekten Machenschaften des Dr. Werner dürfte der größte Teil des Geldes verloren sein.

Wie war es möglich, daß ein so großer Kredit ohne Sicherung gegeben wurde? Was wurde bisher zur Rettung des Kredits getan und wie soll in Zukunft ein solcher Mißgriff verhindert werden?

Präsident Dr. Stang: Ich höre, daß die Angelegenheit bereits im Wege eines Antrags behandelt wurde.

Das Wort zur Beantwortung der Anfrage nimmt Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Dr. Müller, Staatssekretär: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorausschicken möchte ich, daß natürlich nicht alle Firmen, die eine Staatsbürgerschaft in Anspruch nehmen, ohne weiteres sichere und gute Firmen sind; sonst hätten wir keine Bürgschaften nötig. Daraus ergibt sich, daß in zahlreichen Fällen, jedenfalls aber in einem gewissen Prozentsatz, der augenblicklich noch nicht sehr hoch ist, gewisse Ausfälle entstehen.

(Abg. Bezold Otto: Sehr vorsichtig ausgedrückt: Augenblicklich!)

Daher wird immer vorsichtig vorher geprüft, unter Einschaltung von Gutachtern oder sonstigen geeigneten Personen, wieweit die Staatsregierung in ihren Bürgschaften gehen kann. Dies ist natürlich nicht immer ganz einfach, wie wir in vielen Fällen gesehen haben, wo eine Firma Gutachter bringt, die den Betrieb ausgezeichnet beurteilen, während andere Leute — teilweise, wie immer behauptet wird, die Konkurrenz — den Betrieb herunterreißen. Im Fall Werner handelt es sich um einen besonders gelagerten Fall. Die an die Firma Thermometer- und Präzisions-Glasfabrik Dr. Werner in Öttingen gewährte **Staatsbürgerschaft** ist hinsichtlich ihrer Auswirkung als ein **Ausnahmefall** zu bezeichnen.

(Hört, hört! links.)

Es wäre falsch, daraus verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen,

(Abg. Bezold Otto: Dreiviertel Millionen — eine Ausnahme?)

zumal erst in letzter Zeit vorgenommene Betriebsprüfungen bei Firmen, die mit Staatsbürgschaften ausgestattet sind, ein sehr günstiges Ergebnis gezeitigt haben. Bei einer Gesamtzahl von 6958 Staatsbürgschaften aus dem Sektor der Flüchtlingsproduktivkredite, also bei beinahe 7000 Firmen mit einem Betrag von 71 843 595 DM Bürgschaftssumme ist es unermesslich, daß Ausfälle entstehen.

(Abg. Bezold Otto: Bei der hohen Summe!)

— Ich komme darauf noch zu sprechen, Herr Abgeordneter! Die Angelegenheit der Firma Dr. Werner haben der interministerielle Bürgschaftsausschuß und die beteiligten Ministerien in häufigen Sitzungen und Besprechungen beraten und sie haben alle nur möglichen Schritte unternommen, um die Angelegenheit zu einem guten Ende zu führen. Die Firma ist wiederholt von verschiedenen Seiten geprüft worden. Zur sachlichen Darstellung beziehe ich mich auf eine kürzliche Besprechung mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Huber: Es sind fünf oder sechs positive Gutachten dem Finanzministerium vorgelegen. Zur Überwachung des hingegebenen Kredits wurde schließlich auf Verlangen der Ministerien ein Bankbeauftragter der Bayerischen Gemeindebank, Girozentrale in München, eingesetzt. Wenn sich das Unternehmen trotzdem nicht halten ließ, so ist das in erster Linie auf die Haltung von Dr. Werner zurückzuführen, dessen Person bei der Gewährung des ersten Kredits, die nach alten Richtlinien erfolgte, **nicht ausreichend geprüft** wurde. Darüber schwebt noch eine **Untersuchung** beim Obersten Rechnungshof und beim Korruptionsdezernat der Generalstaatsanwaltschaft.

Die Bürgschaft ist, wie in allen Fällen, im Rahmen des Möglichen abgesichert worden. So ist in diesem Falle vor allem eine Grundschuld auf dem der Firma

gehörigen Grundstück in Höhe von 500 000 Mark eingetragen. Das zur Zeit schwebende Konkursverfahren muß erst zum Abschluß kommen, bevor eine Realisierung der vorhandenen Sicherheiten erfolgen kann. Für das vorhandene Gebäude haben sich jedoch jetzt schon eine Anzahl von Interessenten gemeldet, mit denen Verhandlungen gepflogen werden. Eine neuerlich erfolgte Überprüfung durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft, Aktiengesellschaft, bestätigt ausdrücklich, daß die Firmengebäude ohne weiteres auch für andere Fertigungen verwendet werden können.

Da sich die Angelegenheit infolge ihres Umfangs im Rahmen einer kurzen Anfrage weder in ihren oft nicht unwichtigen Einzelheiten noch auch nach der grundsätzlichen Seite hin erschöpfend behandeln läßt, wäre zu empfehlen, sie in den zuständigen Ausschüssen zu erörtern.

Präsident Dr. Stang: Zu einer zweiten Anfrage der Herr Abgeordnete Dr. Huber!

Dr. Huber Franz Josef (SPD): Meine zweite Anfrage richtet sich auch an das Finanzministerium.

Seit einiger Zeit wird in der Presse und auch von verschiedenen Verbänden eine sehr heftige Aktion gegen den **Steuerfahndungsdienst** durchgeführt. Es wird von Übergriffen, von Brutalität, von Eingriffen in Staatsbürgerrechte gesprochen. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat sogar geglaubt, die Zuschrift eines Lesers veröffentlichen zu müssen, in der dem Steuerfahndungsdienst Gestapomanieren vorgeworfen wurden. Es würde mich interessieren, was das Finanzministerium von diesen Angriffen hält und was es dagegen zu unternehmen gedenkt.

Präsident Dr. Stang: Die Anfrage beantwortet der Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Dr. Müller, Staatssekretär: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Huber, daß er mir Gelegenheit gibt, auch vor diesem hohen Hause zu der **Frage des Steuerfahndungsdienstes** kurz Stellung zu nehmen. Aus Kreisen außerhalb meiner Verwaltung ist mir bereits vor längerer Zeit bekannt geworden, daß die Absicht besteht, die angeblichen Gestapomethoden des Steuerfahndungsdienstes zu behandeln. Ich habe mich hierzu vor kurzem bereits im Haushaltsausschuß geäußert, möchte aber heute zu dieser Frage hier folgende Erklärung abgeben:

1. Der Steuerfahndungsdienst dient ebenso wie die Betriebsprüfung und die Betriebsnachschau der **Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit**. Es besteht in allen Ländern des Bundesgebietes Übereinstimmung darüber, daß gewissen, in den letzten Jahren eingerissenen Geschäftsgewohnheiten nicht durch Betriebsprüfung oder Betriebsnachschau, sondern nur durch Fahndung beizukommen ist. Diese Erkenntnis und das Interesse, das der weitaus größte Teil der Bevölkerung, nämlich alle ehrlichen Steuerzahler und alle diejenigen, bei denen die Steuer im Abzugsverfahren einbehalten wird, an dem Bestehen einer durchgreifenden Steuerfahndung haben, haben überall im Bundesgebiet zu einer Verstärkung des Fahndungsdienstes geführt. Der

(Dr. Müller, Staatssekretär)

Wunsch nach einer Vermehrung der Fahndungsbeamten ist wiederholt auch in den Ausschusssitzungen und im Plenum des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Senats zum Ausdruck gebracht worden. Auch die verantwortungsbewußte Presse hat bisher den gleichen Standpunkt eingenommen.

2. Die **Methoden**, nach denen bei der Steuerfahndung vorgegangen wird, sind durch Gesetz und, soweit es sich um Maßnahmen der Durchsuchung handelt, durch Grundgesetz und Verfassung geregelt. Das bayerische Finanzministerium wacht sorgsam darüber, daß von den Steuerfahndern die ihnen zustehenden Befugnisse nicht überschritten werden. Es vertritt den Standpunkt, daß auch gegenüber schweren Steuerhinterziehern die Gebote der Menschlichkeit und der Höflichkeit beachtet werden müssen. Soweit im Zuge einer Fahndung Steuererschätzungen erforderlich werden, ist eine verständnisvolle Zurückhaltung hinsichtlich der Höhe der Schätzung schon deshalb geboten, weil die geprüften Steuerpflichtigen in Anbetracht der immer noch hohen Steuerätze gar nicht imstande wären, allzu hohe Steuernachforderungen einschließlich etwaiger Steuerstrafen zu tilgen. Es ist noch kein Fall bekannt geworden, in dem ein Betrieb durch Betriebsprüfung oder durch Steuerfahndung zum Erliegen gebracht worden wäre. Soweit dem Finanzministerium Einzelfälle bekannt werden, in denen die vorstehenden Grundsätze nicht beachtet sein sollten, wird sofort auf das energischste eingegriffen. Hierzu ist aber erforderlich, daß etwaige Beschwerden dem Finanzministerium unter genauer sachlicher Darstellung bekanntgegeben werden.

3. Bei der **Auswahl der Fahnder** wird mit besonderer Sorgfalt vorgegangen. Auf eine gründliche Ausbildung und Fortbildung der im Fahndungsdienst beschäftigten Personen wird größter Wert gelegt.

4. Es ist bei der Aufdeckung schwerer Steuerhinterziehungen bei den Betroffenen zur Gewohnheit geworden, die Steuerfahndung mit dem billigen **Schlagwort der Gestapomethoden** zu verdächtigen. Das Oberfinanzpräsidium München hat bereits in einem vor kurzem vorgelegten Bericht die Absicht geäußert, in einem dergleichen Fall gemäß § 196 des Strafgesetzbuches Strafantrag zu stellen. Ich habe das Oberfinanzpräsidium nochmals gebeten, zunächst von diesem Vorgehen Abstand zu nehmen. Das Finanzministerium wird sich aber nicht dauernd dem berechtigten Verlangen verschließen dürfen, die ohnehin schweren Belastungsproben ausgesetzten Beamten und Angestellten des Fahndungsdienstes vor Berührungspfunden auf jede nur mögliche Weise zu schützen.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Hundhammer, ist nunmehr in der Lage, auf Grund des inzwischen herbeigeholten Materials die Anfrage bezüglich des Dr. Rech zu beantworten.

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Beim Zusammenbruch des Dritten Reichs im Jahr 1945 wurde eine große Zahl von Universitätsprofessoren ihrer Stellen enthoben, darunter auch wegen seiner schweren politischen Belastung der Professor für Frauenheilkunde und Direktor der Frauenklinik in

Erlangen Dr. Wing. Daraufhin verließ der nichtbeamtete außerordentliche Professor der Universität München, Dr. Rech, die Klinik. Aber er wurde selbst zunächst wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP von den Besatzungsbehörden wieder aus dem Amte entfernt, nach einiger Zeit als einfacher Arzt zugelassen und schließlich am 5. November 1947 als Angestellter mit der kommissarischen, also zwischenzeitlichen Vertretung der Professur und der Leitung der Klinik beauftragt. Die einschlägige Entschließung enthielt die ausdrückliche Bestimmung, daß mit der Beauftragung zur kommissarischen Vertretung keinerlei Anrecht irgendwelcher Art auf eine endgültige Übertragung der Professur verbunden sei.

Am 8. August 1947 hat die medizinische Fakultät der Universität Erlangen die Wiederbesetzung der Professur beantragt. Auf der Vorschlagsliste stand Dr. Rech an letzter Stelle nach Rnaus und Cordua. Die Befetzung der Professur verzögerte sich, so daß das Ministerium am 4. Februar 1949 einen neuen Vorschlag von der Universität einverlangte. Bevor dieser Vorschlag vorgelegt wurde, kam an das Ministerium eine **Beschwerde** von Assistenten der Frauenklinik Erlangen über Professor Rech. Daraufhin wurde durch das Consilium Decanale der Universität Erlangen selbst eine Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis dieser Untersuchung verlangte vom Ministerium, die kommissarische Beauftragung Rechs aufzuheben.

(Abg. Bezdold Otto: Warum?)

— Ich werde nachher einiges über die Gründe sagen. Die medizinische Fakultät arbeitete nun einen neuen Vorschlag aus, in dem Rech an erster Stelle genannt war. Der Senat der Universität Erlangen sprach sich aber einstimmig bei vier Stimmenthaltungen gegen Rech aus und erklärte, er habe ernste Bedenken, daß Professor Rech unter den besonderen Umständen, wie sie sich durch die monatelange Krißis herausgebildet haben, als Vorstand der Universitätsfrauenklinik in Erlangen berufen werde. Rech hat nunmehr vor dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof auf Übertragung der Professur geklagt, ein ganz ungewöhnlicher Vorgang. Das ist der äußere Tatbestand.

Was hat nun das Ministerium zur Aufhebung des Kommissariats veranlaßt? Ich könnte mich zunächst darauf beschränken, den **Artikel im „Spiegel“** vom 20. Jun 1950 hier zu zitieren und vorzulesen. Wenn ein akademischer Lehrer solche Wege geht, um sich eine Professur zu sichern, so muß ich sagen, das ist eine Methode, die auf dem Niveau der Hochschullehrer bisher nicht üblich war.

(Abg. von Rudolph: Einverstanden! — Weiterer Zuruf: Sehr wahr!)

Nun einige **Einzelheiten**, die für das Ministerium und für mich bei meiner Haltung maßgebend waren, warum ich dieses Kommissariat beendet und eine endgültige Besetzung für notwendig erachtet habe:

1. Auf einem Faschingsball, der in der Frauenklinik selbst stattfand, hat Rech Bilder anbringen lassen, die bei Teilnehmern Anstoß erregt haben. Eine Nachprüfung konnte nicht stattfinden, da Professor Rech die Bilder nicht vorlegte, sondern sie einem Anwalt zu treuen Händen in Verwahrung gegeben hat.

(Abg. Dr. Franke: Hat das mit Wissenschaft zu tun?)

(Dr. Hundhammer, Staatsminister)

— Aber mit dem Verhalten eines Professors, der eine Frauenklinik leitet, wenn sich die Vorgänge innerhalb der Klinik abspielten.

(Abg. Bezold Otto: Lieber Gott, was hat sich Sauerbruch alles geleistet!)

2. Man hat in der Klinik selber Anstoß genommen an dem Verhalten von Professor Koch gegenüber einer Patientin, die im Zimmer Professor Kochs im Morgenrock den Kaffee servierte.

Es kommen noch krassere Dinge. Professor Koch hat in seiner Klinik Zustände geduldet, die ein Klinikleiter nicht dulden darf. Eine der Zeuginnen hat ausgesagt:

„Als Fräulein E., eine bekannte Seiltänzerin, als Patientin auf der A-Station lag, war im ganzen Haus bekannt, daß bei der Patientin abwechselnd zwei Amerikaner zu Besuch kamen und einer der beiden auch dort badete — in der Frauenklinik! — und öfters übernachtete. Die Stationschwester bemerkte damals, es gehe gegen ihre Schwesternehere, was sie hier mitansehen müsse.“

Eine andere Zeugin erklärte:

„Meine Nachbarin wurde eines Abends plötzlich aus ihrem Bett auf eine Couch in ein Nachbarzimmer verlegt, um der Freundin eines amerikanischen Soldaten, einem jungen Mädchen, Platz zu machen. Dieses nahm neben mir Platz in dem Bett, wo die andere Patientin gelegen war, und empfing hier allabendlich die Besuche mehrerer amerikanischer Freunde. Es wurde dabei gezechet — im Krankenzimmer in Gegenwart von anderen Patienten — geraucht und ein Benehmen an den Tag gelegt, an dem ich Anstoß nehmen mußte; so sagt die betreffende Frau. Unter anderem mußte ich es mitansehen, wie sich einer ihrer Freunde seiner Kleider entledigte und sich zu der Patientin ins Bett legte. Ich verließ unter Protest das Krankenzimmer, um mich bei der Stationschwester zu beschweren, welche die Vorgänge mit Kopfschütteln zur Kenntnis nahm. Sie äußerte sich dahingehend, daß die Schwestern nichts unternehmen können, weil der Chef der Klinik in dieser Hinsicht sehr großzügig sei. Am Tag nach dem angeführten Ereignis verließ ich, angewidert von den Zuständen und ohne abgeschlossene Heilbehandlung, die Klinik. Professor Koch erklärte, er habe keine Machtmittel besessen, dagegen einzuschreiten.“

Professor Koch hätte nach meiner Meinung solche Dinge nicht dulden dürfen. Wenn er sich selbst nicht getraute, Abhilfe zu schaffen, dann hätte er mindestens dem Rektor der Universität Meldung machen müssen, damit dieser bei der zuständigen Stelle der Militärregierung vorstellig geworden wäre.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Militärregierung solche Dinge nicht geduldet hätte.

(Abg. Bezold Otto: Da habe ich berechnigte Zweifel.)

Ich bin der Auffassung, daß hier das Ethos fehlt, das von einem Professor für Frauenheilkunde und Leiter einer Klinik verlangt werden muß.

Die Bibliothekarin der Klinik sagte aus — das wird auch manchen interessieren —, sie habe die eingereichten Dissertationen zensiert und korrigiert; sie habe die Referate verfaßt und die Arbeiten zensiert. Die von ihr festgelegten Benotungen seien von Professor Koch niemals geändert worden. Hohes Haus, ich bin der Meinung, daß das nicht der Haltung des kommissarischen Vertreters eines Lehrstuhls und Leiters einer Klinik entspricht, die der Kultusminister und auch der Landtag verlangen müssen.

(Abg. Zietsch: Wann war das alles?)

— In der Zeit, während der Koch dort die Leitung hatte; die einzelnen Tage kann ich im Augenblick nicht angeben. Es war zwischen 1947 und 1949, bis er enthoben wurde.

(Abg. Dr. Beck: Wann sind die Sachen dem Ministerium zur Kenntnis gekommen?)

— Als mir die Dinge zur Kenntnis kamen, habe ich Professor Koch enthoben.

Nun komme ich zu anderen Dingen. Zunächst setzte ein Versuch ein, den Minister Hundhammer umzustimmen. Professor Koch ist zu diesem Zweck mit einem Jesuitenpater als Fürsprecher bei mir erschienen. Als das nichts fruchtete, ist die Tour anders geworden. Eines Tages kam jemand zu mir und sagte, Professor Koch habe Material niedergelegt, es werde im „Spiegel“ erscheinen; ich habe es — so hat der Betreffende erklärt — drei Tage zurückhalten können; Sie haben die Möglichkeit, die Dinge zu bereinigen, dann wird nichts veröffentlicht werden. Ich habe entgegnet, bei mir verfangen solche Dinge nicht.

(Abg. Dr. Franke: „Soweit sollten Sie Hundhammer kennen!“ — Zurufe: Sehr gut! — Laute Zustimmung, vor allem bei der CSU.)

— Jawohl, das habe ich gesagt. Die Veröffentlichungen sind tatsächlich im „Spiegel“ und jetzt in einer anderen Zeitschrift erfolgt, die das anfragende Mitglied des Hauses zum Anlaß genommen hat, die Sache aufzugreifen. „Jetzt wird die Sozialdemokratie gegen Hundhammer angehen“, das war der letzte Clou.

(Abg. Dr. Beck: Wer hat das gesagt?)

— Sie haben es nicht getan; aber das waren die Drohungen, mit denen man glaubte, auf mich Eindruck machen zu können.

(Abg. Bezold Otto: Wer hat jetzt die Stelle?)

— Die Frage der Neubesezung ist dann geprüft worden; ich habe dabei insbesondere — hier darf ich ausnahmsweise einen Kollegen zitieren — Herrn Strathmann, der als Erlanger Professor die Verhältnisse an Ort und Stelle kennt, zur Beratung herangezogen, habe mit dem einen oder anderen Erlanger, so auch mit dem Rektor der Universität, die Dinge besprochen und mich entschlossen, Professor Dr. Dyroff, der in Erlangen als ausgezeichnete Frauenärztin bekannt ist, einen Ruf und eine große Praxis hat, mit der Leitung der Klinik zu betrauen.

Nun wird eingewendet, Professor Dyroff sei mit Bundesminister Schäffer verwandt; das ist der Anlaß

(Dr. Hundhammer, Staatsminister)

des Angriffs hier. Fürsprachen für irgendwelche Persönlichkeiten werden oft und von verschiedenen Leuten eingelegt. Auch für Rech ist das geschehen; ich habe schon erwähnt, daß er mit einem Jesuitenpater als Fürsprecher bei mir erschienen ist. In allen diesen Fällen kann man es keinem Menschen verdenken, wenn ein anderer eine Fürsprache für ihn einlegt. Für mich sind aber immer **sachliche Gründe** entscheidend, deren möglichst eingehende Kenntnis ich mir stets anzueignen suche. Ich glaube nach der bisherigen Erfahrung sagen zu dürfen, daß jetzt die Leitung der Klinik in Erlangen richtig ist und funktioniert. Es darf aber auch nicht dazu kommen, daß irgend jemand eine Stellung deswegen nicht bekommt, weil er zufällig mit einer bekannten Persönlichkeit verwandt oder verschwägert ist.

(Sehr richtig!)

So darf das jedenfalls auch nicht sein.

(Abg. Dr. Beck: Wie ist das mit § 218?)

— Sie wissen, daß ich in diesen Dingen eine besonders strenge Haltung einnehme. Wenn aber das Gericht die Angelegenheit überprüft und untersucht hat —

(Abg. Dr. Beck: Bei Rech?)

— Bei Rech habe ich in diesem Zusammenhang dazu nicht Stellung zu nehmen und es sind mir diese Dinge auch nicht bekannt. Ich wiederhole: Wenn bei dem anderen Kandidaten das Gericht die Tatsache untersucht hat und zu einem bestimmten Ergebnis gekommen ist, so glaube ich mich auf dieses Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung stützen und es zur Grundlage meiner Entscheidung machen zu dürfen. Ich muß hier öffentlich feststellen: Die Art, wie hier versucht wird, die Übertragung einer Professur an jemand, der kommissarisch diese Stelle bekleidet hat und dem bei Beginn des Kommissariats gesagt und schriftlich erklärt worden war, daß er daraus keine Ansprüche auf den Lehrstuhl herleiten könne, zu erzwingen, ist ein im akademischen Leben ungewöhnlicher Vorgang, der die betreffende Persönlichkeit nicht gerade dazu qualifiziert, den Lehrstuhl zu bekommen.

Im übrigen ist die Sache beim Gericht anhängig. Wir werden die gerichtliche Entscheidung abwarten, und dann wird der Minister Hundhammer zu der Angelegenheit noch einmal sprechen.

(Beifall bei der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Es liegen jetzt noch drei Anfragen vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann lasse ich diese drei Anfragen noch stellen. Ich bitte aber die Herren Anfrager, sich möglichst kurz zu fassen.

(Zuruf: Und die Herren Beantworter!)

— Es folgt Herr Abgeordneter Donsberger; ich erteile ihm das Wort.

Donsberger (CSU): Meine zwei Anfragen richten sich an das bayerische Staatsministerium der Finanzen.

Nach den derzeitigen Bestimmungen erhalten untere und mittlere Beamte zu ihrem Gehalt **Teuerungszulagen**. Die Frist zur Gewährung der Teuerungszulagen läuft am 30. September 1950 ab. Ich frage nun das bayerische Staatsministerium der Finanzen,

ob und gegebenenfalls wann es einen **Gesetzentwurf über die Weitergewährung** dieser Teuerungszulagen über den 30. September 1950 hinaus dem Landtag in Vorlage bringen wird.

Vizepräsident Hagen: Die Anfrage beantwortet Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Auf diese Anfrage kann ich antworten, daß das Finanzministerium in der letzten Woche dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf in Kürze an den Landtag gelangen wird.

Vizepräsident Hagen: Zu einer zweiten Anfrage Herr Abgeordneter Donsberger!

Donsberger (CSU): Im Juli dieses Jahres hat das hohe Haus einstimmig einen Antrag angenommen, durch den die bayerische Staatsregierung ersucht wird, umgehend einen **Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen entfernten Beamten** dem Landtag vorzulegen.

Ich bitte den Vertreter der Staatsregierung um Mitteilung, bis wann mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfs zu rechnen ist.

Vizepräsident Hagen: Die Anfrage beantwortet Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Auf diese Anfrage kann ich folgendes erwidern: Das Staatsministerium der Finanzen hat dem Ministerrat zunächst einen Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf abzielte, die Leistungen des Staates auf Grund der Verordnung Nr. 113 und der weiteren Verordnung vom Juli 1948 weitergewähren und nach den aufgehobenen Verordnungen weiterhin verfahren zu können.

Der Landtag hat dieses Gesetz in abgeänderter Fassung beschlossen; es wurde gestern nach Ablauf der Einspruchsfrist im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Das Gesetz läuft darauf hinaus, daß bereits gewährte Bezüge weitergewährt werden können. Darüber hinaus ist aber noch eine Reihe weiterer Fragen, die in der Verordnung Nr. 113 und in den späteren Verordnungen geregelt waren, offengeblieben. Zur Regelung dieser Fragen arbeitet das Finanzministerium zur Zeit einen Gesetzentwurf aus, der wohl in Bälde über den Ministerrat an den Bayerischen Landtag gelangen wird.

Vizepräsident Hagen: Zu einer Anfrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Haas das Wort.

Haas (SPD): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Kultusminister.

Am 1. September hat das neue Schuljahr begonnen. Ist es richtig, daß erst **nach Beginn des Schuljahres**, am 2. September, Gemeinden, in denen bisher nur Gemeinschaftsschulen bestanden — niemand hatte nach einer Bekenntnisschule gefragt —, angewiesen wurden, sofort **Bekenntnisschulen einzurichten**? Die Eltern mußten sich in wenigen Tagen entscheiden und die Gemeinden kommen in Schwierigkeiten, weil die notwendigen Schulräume zur Trennung der Klassen nicht zur Verfügung stehen.

Vizepräsident Hagen: Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Hundhammer hat das Wort.

Dr. Hundhammer, Staatsminister: Eine generelle Verfügung, nach Schulbeginn noch Änderungen der bezeichneten Art vorzunehmen, ist mir nicht bekannt und wurde von mir nicht unterzeichnet. Ob in einzelnen Landkreisen und Regierungsbezirken lokal solche Dinge vorgekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn Sie mir die Unterlagen geben, werde ich die Fälle nachprüfen lassen.

Vizepräsident Hagen: Zu einer zweiten Anfrage hat der Herr Abgeordnete Haas das Wort.

Haas (SPD): Meine zweite Anfrage richtet sich an den Herrn Innenminister.

Die Sozialdemokratische Partei Nürnberg hat an den Stadtrat das Ersuchen gerichtet, die kommende Landtagswahl getrennt nach Geschlechtern durchzuführen. Der Stadtrat Nürnberg hat sich an das Innenministerium gewandt und folgende Mitteilung erhalten:

„Eine getrennte Abstimmung nach Geschlechtern ist im Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949 nicht vorgesehen. Bei der Beratung des Landeswahlgesetzes im Rechts- und Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags wurde diese Frage erörtert mit dem Ergebnis, daß von der Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Gesetz im Interesse der Geheimhaltung der Wahl abgesehen wurde. Es ist also keine Festlegung getroffen, weder nach der einen noch nach der anderen Seite.“

Hält der Herr Minister diese Auffassung für richtig, nachdem in anderen Ländern des Bundes Wahlen ohne Gefährdung der Geheimhaltung getrennt nach Geschlechtern stattgefunden haben? Oder sind andere Gründe ausschlaggebend?

Vizepräsident Hagen: Der Herr Innenminister beantwortet diese Anfrage.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Bei der Beratung des Entwurfs des Landeswahlgesetzes wurde diese Frage besprochen; man hat aber dann bei der Abfassung des Gesetzes und bei der Beschlussfassung davon abgesehen, eine solche Regelung aufzunehmen. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß diese Regelung mit Recht nicht aufgenommen wurde, weil mindestens die Geheimhaltung dadurch etwas gefährdet ist.

(Abg. Zietsch: Was nicht verboten ist, ist erlaubt!)

Ich bekenne mich zu der Entschliebung, die von meinem Ministerium hinausgegangen ist.

(Scheffbeck: So etwas ist doch nicht Gegenstand einer Anfrage; das erledigt man auf andere Weise!)

Vizepräsident Hagen: Zu einer Anfrage gebe ich dem Herrn Abgeordneten Zillibiller das Wort.

Zillibiller (CSU): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Innenminister.

Hat die Staatsregierung Überlegungen darüber angestellt, wie einer etwa noch vor Wintereinbruch drohenden **Arbeitslosigkeit im Baugewerbe** begegnet werden kann?

Vizepräsident Hagen: Die Anfrage beantwortet der Herr Innenminister.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Im Gegensatz zum vergangenen Jahr, in dem die Wohnungsbaumittel erst Mitte des Jahres zur Verfügung standen und der Höchststand der Beschäftigung im Baugewerbe in Bayern im Oktober erreicht wurde, konnte in diesem Jahr, nicht zuletzt durch den Landtagsbeschluß über die Vorfinanzierung, der Wohnungsbau sofort nach Beendigung der Frostperiode anlaufen. Es trifft also keineswegs zu, wie vielerorts behauptet worden ist, daß durch Verschulden der Länder der Beginn der Bautätigkeit in diesem Frühjahr verzögert worden sei. Bayern hat Ende März bereits insgesamt mehr als 100 Millionen D-Mark zur Erteilung von Bewilligungsbescheiden für staatliche Wohnungsbaudarlehen den Bewilligungsbehörden zur Verfügung gestellt. Diese Behörden haben trotz Schwierigkeiten durch die erst im April, Mai und zum Teil Juni eintreffenden Richtlinien der Bundesbehörden bereits bis zum 30. Juni 1950 für insgesamt 74 Millionen D-Mark, mit denen 20 000 Wohnungen gefördert wurden, die endgültigen Bewilligungsbescheide erteilt. Für den Rest der Summe wurden vorläufige Bescheide erteilt und der Baubeginn freigegeben. Da das bayerische Bewilligungsverfahren die Auszahlungen der Darlehen an den Baufortschritt knüpft, haben sich Bauherren und Bauunternehmer bemüht, die Bauarbeiten möglichst rasch voranzutreiben, um Anspruch auf Auszahlung der Darlehen zu erhalten. Dies hat die erfreuliche Folge, daß der Großteil aller in diesem Frühjahr geförderten Wohnungen vor Ende des Jahres bezugsfertig sein wird. Der damit aber verbundene Nachteil ist, daß die Rohbauerstellung bereits in diesen Wochen im wesentlichen zu Ende geht und damit die **Gefahr einer vorzeitigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zweifellos vorhanden** ist. Da jedoch von meinem Ministerium diese Gefahr rechtzeitig erkannt wurde, sind sofort **Schritte eingeleitet worden, um dieser Entwicklung zu begegnen**. Ich kann heute dem hohen Hause mitteilen, daß nach langwierigen Verhandlungen diese Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben sind. Es konnte mit dem **Hauptamt für Soforthilfe** eine **Vereinbarung** dahingehend getroffen werden, daß Mittel von etwa 8,5 Millionen D-Mark, die während der Wintermonate in Form von Wohnungsgeldzuschüssen und Ergänzungsdarlehen für das nächste Baujahr bereitgestellt werden sollen, sofort für das Land Bayern verfügbar werden und damit in diesen Wochen ein Kleinsiedlungsbauprogramm mit 2000 Wohnungen in 1000 Siedlerstellen zur Durchführung gelangt. Bei dieser Baumaßnahme ist besonders darauf geachtet, daß Bauvorhaben, deren erstfällige Finanzierung und Restfinanzierung gesichert ist, berücksichtigt werden, die in Notstandsgebieten und Gebieten liegen, die im Sinne der Arbeitsbeschaffung als besonders gefährdet angesehen werden müssen. Ferner sind zur Zeit noch Verhandlungen im Gange, die ebenfalls ein günstiges Ergebnis erhoffen

(Dr. Anfermüller, Staatsminister)

lassen, um einen Teil der im nächsten Jahr verfügbaren bayerischen Haushaltsmittel bereits jetzt über Vorbescheide den Bauherren von fertig vorbereiteten Baumaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Allerdings können Zahlungen auf diese Vorbescheide erst im kommenden Haushaltsjahr geleistet werden, so daß also nur Bauherren von dieser Maßnahme Gebrauch machen können, die bereit und in der Lage sind, eine Zwischenfinanzierung bis zum Fälligwerden der Mittel zu übernehmen oder sich zu beschaffen.

Sofern sich diese beiden Maßnahmen in Kürze voll auswirken können, dürfte eine Vollbeschäftigung der Bauwirtschaft, soweit der Wohnungsbau in Frage kommt, bis zum Wintereinbruch gesichert sein.

Vizepräsident Hagen: Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Maier Anton und Dr. Hoegner betreffend vorgriffsweise Genehmigung von Stellen bei Einzelplan XIII zur Erhöhung des Personals des Landesentschädigungsamtes (Beilage 3846).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Maier Anton. Ich erteile ihm das Wort.

Maier Anton (CSU), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Staatshaushaltsausschuß befaßte sich in seiner 171. Sitzung vom 22. Mai 1950 mit diesem Antrag der Abgeordneten Maier Anton und Dr. Hoegner.

Der Berichterstatter gab als Begründung die Stellungnahme des Präsidenten des Landesentschädigungsamtes bekannt: Durch die Inkraftsetzung des Entschädigungsgesetzes seien dem bayerischen Landesentschädigungsamt zu seinen seitherigen Aufgaben, die vom Nationalsozialismus Geschädigten als solche zu überprüfen, nach Anerkennung zu betreuen und ihnen durch Beihilfen, Stipendien, Heilfürsorge, Heimbehandlung usw. aus der größten Not zu helfen, weitere Aufgaben dadurch erwachsen, daß die gesetzlich festgelegte Wiedergutmachung vorzubereiten und durchzuführen sei. Mit Entschließung des Finanzministeriums vom 7. November 1949 sei deshalb zunächst genehmigt worden, 27 Aushilfskräfte bis längstens 31. März 1950 bei der Zentralstelle des bayerischen Landesentschädigungsamtes zu beschäftigen. Außerdem seien für die Einstellung von weiteren Personen zur Erledigung der ersten Vorbereitungsarbeiten der Wiedergutmachung Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden. Die Stellenmehrung werde damit begründet, daß eine große Anzahl von Anträgen eingereicht worden sei. In der Hauptsache handle es sich um die erste Erfassung, Überprüfung und Registrierung der Wiedergutmachungsanträge. Insgesamt seien bis zum Tag der Behandlung des Antrags im Haushaltsausschuß 116 800 Wiedergutmachungsanträge registriert. Hieron seien 42 278 formlose Anmeldungen. Statistisch erfasst seien 21 300 Anträge, der Kommission übergeben 2137 politische und 2855 rassische Haftanträge, insgesamt 4992 Anträge. Davon seien rechtskräftig erledigt 4032 Anträge. 935 An-

träge mit 30 231 Haftmonaten seien bisher zuständigkeitshalber nach Hessen und Württemberg/Baden überwiesen worden. Außerdem seien aber schon über 6000 Anträge in Sachbearbeitung genommen und annähernd 3000 entscheidungsreif der Feststellungskommission zugeleitet, wovon bisher 2000 mit rechtskräftigem Feststellungsbescheid ihre endgültige Erledigung gefunden hätten. Durch die Entwicklung des Entschädigungswesens sei für das Landesentschädigungsamt und die Außenstellen eine so große Aufgabe entstanden, daß die Durchführung des Gesetzes mit dem vorhandenen Personal zu lange dauern würde.

Der Mitberichterstatter bezeichnete die endliche Regelung der Wiedergutmachung als überfällig und verwies darauf, daß die ersten Gesetzentwürfe der Militärregierung bereits im Sommer 1945 überreicht wurden und daß in Stuttgart jahrelang um diese Gesetze gerungen worden sei. Es sei ganz unmöglich, daß die Durchführung des Gesetzes auch nur annähernd so viel Zeit in Anspruch nehmen dürfe, wie seine Schaffung leider in Anspruch genommen habe. Den Schaden der Verzögerung erlitten die in diesem Fall Betroffenen; denn erstens habe sich die Volksmeinung wesentlich gewandelt — es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Ansichten über eine notwendige Wiedergutmachung in den Jahren 1945 bis 1947 anders waren als heute — und zweitens sei nunmehr die Tatsache zu verzeichnen, daß sich die früheren Nationalsozialisten zum größten Teil wieder ihres Besitzes erfreuen, während ihre Opfer vielfach ohne Entschädigung und zum Teil als Arbeitslose herumlaufen. Dieser Zustand könne auf die Dauer nicht geduldet werden. Er sei deshalb auch der Meinung, daß man alles Erforderliche tun müsse, um die beschleunigte Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten. Aus diesem Grunde schließe er sich den Ausführungen und dem Antrag des Berichterstatters an.

Der Antrag Maier Anton und Dr. Hoegner wurde im Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

Vizepräsident Hagen: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stod und Genossen.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. bei der Bundesregierung sich mit allen Mitteln und mit größter Entschiedenheit für die Stabilisierung des Preisniveaus, insbesondere für sozial tragbare Preise bei den wichtigsten Lebensmitteln einzusetzen;
2. die Preisüberwachungsbehörden anzuweisen, die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen Verbrauchsgüter schärfstens zu überwachen und gegen Preisverstöße energisch einzuschreiten;

(Vizepräsident Hagen)

3. bis zum 10. Oktober 1950 dem Landtag zu berichten, welchen Erfolg die ergriffenen Maßnahmen gehabt haben.

Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Gestern ist über den Gegenstand eingehend gesprochen worden. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung.

Wer für den Dringlichkeitsantrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung fest.

Ich rufe dann auf die

Interpellation der Abgeordneten Hauffe, Stod und Genossen betreffend Vorlage des Entwurfs eines bayerischen Baugesetzes (Beilage 4160).

Die Interpellation verliest der Herr Abgeordnete Hauffe; ich erteile ihm das Wort.

Hauffe (SPD): Meine Damen und Herren! Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Ist die bayerische Staatsregierung bereit

1. den Entwurf für ein bayerisches Baugesetz nun endlich auch den Abgeordneten des Bayerischen Landtags, zumindest soweit sie Mitglieder des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau sind, auszuhändigen, damit sie die Stellungnahmen zu diesem Entwurf vergleichen und sich selbst in die Materie einarbeiten können?
2. den Abgeordneten die Begründung zum Baugesetz zugänglich zu machen, die dem „Bund deutscher Architekten“ in Aussicht gestellt wurde?
3. die unzutreffende Antwort des Herrn Staatssekretärs Fischer auf die „kleine Anfrage“ des Abgeordneten Georg Bezold in der 157. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 18. April 1950 zu widerrufen und eine Antwort zu geben?

Vizepräsident Hagen: Ich stelle an den zuständigen Herrn Staatsminister — in diesem Fall wird es wohl der Herr Staatssekretär Fischer sein — die Frage, ob er gewillt ist, diese Interpellation sofort zu beantworten.

Fischer, Staatssekretär: Ich werde sie sofort beantworten.

Vizepräsident Hagen: Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort der Herr Abgeordnete Hauffe.

Hauffe (SPD): Seit dem Jahre 1947, also seit rund drei Jahren, wird in den verschiedenen Ausschüssen über die Notwendigkeit des Bau- und Bodengesetzes diskutiert. Von Tag zu Tag mehrten sich die Anfragen nach gesetzlicher Regelung der Baulandverhältnisse in den Gemeinden. Immer wieder wurde gesagt, das demnächst kommende bayerische Baugesetz enthalte alle einschlägigen Bestimmungen. Jetzt rufen die Großstädte Würzburg, Nürnberg, Augsburg und München auf Grund der fehlenden gesetzlichen Regelung nach einer Sondergesetzgebung. Hierbei möchte ich auf die Verhandlungen im Bayerischen Senat hinweisen, in denen der Herr Senator Joseph als Berichterstatter unter anderem folgendes ausführte:

„Wichtig ist, hier noch einmal festzuhalten, daß bereits am 30. Januar 1946 30 bayerische Städte den Entwurf eines Wiederaufbaugesetzes vorgelegt haben.“

Weiter sagte der Herr Senator Joseph:

„In den zerstörten Altstädten zeigt sich bereits, daß Notlösungen gesucht werden, von welchen die späteren Geschlechter einmal feststellen werden, daß die Verantwortlichen dieser Zeit, Parlament und Staatsregierung, etwas versäumt haben, was nicht wiedergutzumachen ist.“

Um endlich zu diesem Baugesetz oder mindestens zu den wichtigsten Bestimmungen auf diesem Gebiet zu kommen, hat meine Fraktion am 2. November des vergangenen Jahres einen Antrag eingebracht, der die Vorlage des Gesetzes beziehungsweise mindestens die Regelung der Frage der Baulandumlegung und Baulandbeschaffung verlangt. Am 5. Dezember 1949 wurde dieser Antrag im Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau und am 13. Dezember im Plenum des Landtags angenommen. Am 9. Januar 1950 sagte ein Vertreter der Obersten Baubehörde im Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau, daß das Gesetz, von dem wir einige Exemplare des ersten Referentenentwurfs inzwischen erhalten hatten, in vier bis sechs Wochen endgültig fertiggestellt sei und dann zur Beratung vorgelegt werde. Diese Vorlage ist aber bis heute noch nicht erfolgt. Inzwischen sind acht Monate vergangen, und wir warten immer noch vergeblich auf die Fertigstellung beziehungsweise Vorlage. Sollte man hierbei etwa Monate und Wochen nicht auseinanderhalten können? Auf meine Anregung, die ersten Abschnitte des umfangreichen Gesetzes, so, wie sie in der Überarbeitung fertig werden, dem Landtag beziehungsweise dem zuständigen Ausschuß sofort zur Beratung zuleiten, wurde von der Obersten Baubehörde eine Zusage gemacht, doch sind inzwischen wiederum drei Vierteljahre vergangen, ohne daß etwas geschah. In seiner Rede zum Etat des Innenministeriums in der 150. Vollsitzung vom 28. März 1950 hat der Herr Abgeordnete Zietsch wiederum auf die schon oftmals versprochene, aber immer noch ausstehende Gesetzesvorlage hingewiesen; er erhielt daraufhin vom Herrn Staatssekretär Fischer sinngemäß dieselbe Antwort, wie sie in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 26. Januar gegeben wurde, nämlich: Das neue Baugesetz ist in der zweiten Fassung seit Januar 1950 fertig; das Staatsministerium des Innern will in kürzester Zeit die Besprechungen mit den anderen Ministerien zu Ende führen und dann den Entwurf dem Ministerrat vorlegen; der Ministerrat wird dann den Entwurf verabschieden und dem hohen Haus zuleiten. Auf meine erneute Anfrage an den Herrn Staatssekretär Fischer in der 14. Sitzung des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau am 13. März 1950 erklärte er, daß die Baufachleute mit diesem Gesetzentwurf bereits fertig seien und daß es jetzt lediglich an der Überarbeitung des Innenministeriums liege, wann der Gesetzentwurf endgültig vorgelegt werde. Der Herr Staatssekretär Fischer sagte in dieser Sitzung, er könne eine weitere Auskunft nicht geben. Ich war allerdings damit nicht ganz zufrieden und habe, als der Herr Staatssekretär die Sitzung verlassen hatte, den Herrn Ministerialrat von Miller nach dem Stand der Dinge gefragt, der mir

(Hauffe [SPD])

daraufhin erklärte, er sei dafür nicht zuständig. In der Zwischenzeit hat ein Vertreter der Obersten Baubehörde in einer Sitzung des Haushaltsausschusses eine sehr merkwürdige Äußerung zu der Frage gemacht, nämlich die, daß der Gesetzentwurf, sobald er fertig sei, den Fachorganisationen und der Presse zugeleitet werde und, wenn diese Organisationen und die Presse dazu Stellung genommen hätten, diese Stellungnahmen verarbeitet würden und dann das Gesetz nach der Überarbeitung auch dem Landtag zugänglich gemacht werde. Ich protestierte gegen eine solche Art der Sachbehandlung, daß man der Öffentlichkeit und insbesondere der Presse Gesetzentwürfe zugänglich mache, den Abgeordneten aber die entsprechenden Entwürfe zur Einarbeitung in die Materie vorenthalte. Daraufhin wurde mehr oder weniger, so halb und halb, zugesagt, daß auch wir den Gesetzentwurf erhalten sollen. Ich stelle aber fest, daß inzwischen die Diskussion in den Fachorganisationen stattgefunden hat, daß der Aufbaurat, der „Bund deutscher Architekten“ und andere Organisationen den Entwurf erhalten und dazu auch — in vielen Fällen negativ — Stellung genommen haben und uns die Stellungnahmen übermittelt wurden, daß wir aber den inzwischen geborenen **dritten Entwurf** des bayerischen Baugesetzes bis heute noch nicht in Händen haben.

Auf die wiederholten Vorstöße, die ich unternommen habe, um endlich in die Materie einsteigen oder mindestens den ersten Entwurf beraten zu können, wurde immer wieder erklärt, dieser erste Entwurf sei der feinerzeitige Referentenentwurf und eigne sich nicht zur Beratung. Daraufhin habe ich verlangt, daß uns die anderen Entwürfe, der zweite und dritte Entwurf, zugänglich gemacht werden, aber immer wieder ohne Erfolg. Inzwischen ist es mir allerdings durch die Großzügigkeit eines der Leute, die zur Beratung bisher ausserkoren wurden — ich wurde als Abgeordneter hiezu anscheinend nicht für fähig gehalten —, gelungen, einen derartigen Entwurf in die Finger zu bekommen. Ich habe nun den ersten mit dem dritten Entwurf verglichen und dabei feststellen müssen, daß all das, was uns im ersten Entwurf wertvoll erschien, inzwischen von den Leuten, die vielleicht als sture Verwaltungsbeamte im Rahmen des Innenministeriums an die Arbeit gegangen sind, herausgestrichen wurde und daß alle demokratischen Kontrollen bei der Abwicklung der Dinge gefallen sind und hierbei die Verwaltungsbürokratie systematisch eine gewaltige Stellung eingeräumt bekam, so daß ich mich des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß diese Leute, die da am Werk waren — vielleicht als gute Verwaltungsbeamte der Vergangenheit —, ihre Tätigkeit in einer Zeitepoche nicht ganz vergessen konnten, von der wir annehmen, daß sie als überlebt zu gelten hat. Das ist der Stand der Dinge bis heute.

Wenn ich mir nun die Frage vorlege, wie die Dinge weitergehen sollen, dann muß ich zunächst erklären: Die Krone ist doch die Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Georg Bezold in der Sitzung des Bayerischen Landtags vom 18. April 1950 durch den Herrn **Staatssekretär Fischer**. Ich möchte mir erlauben, diese Anfrage und die Antwort des Herrn Staatssekretärs zu verlesen.

Der Herr Abgeordnete Georg Bezold führte damals aus:

In der letzten Zeit wurden erhebliche Geldmittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt, besonders auch für den Wohnungsbau. Die Geldmittel sind vorhanden, aber zum großen Teil fehlen die Baupläge. Seit Jahren wird vom Innenministerium und von verschiedenen Ausschüssen ein Gesetzentwurf zur Beschaffung von Bauland beraten. Von Tag zu Tag mehrten sich die Anfragen von Landräten und Bürgermeistern der Gemeinden und Städte, bis wann eine gesetzliche Regelung der Beschaffung von Baugelände erfolgt. Es werden dringend Baupläge für Wohn- und Schulhausbauten benötigt. Die Mittel können zum Teil nicht eingesetzt werden, weil die Planungen wegen Mangels an Bauland nicht durchgeführt werden können. Soviel mir bekannt ist, liegt im Innenministerium bereits ein Gesetzentwurf vor.

Ich frage deshalb: Bis wann gedenkt die Regierung den Gesetzentwurf zur Beschaffung von Bauland dem Landtag zur Beratung in Vorlage zu bringen?

Hierauf antwortete Herr Staatssekretär Fischer:

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten, die der Herr Abgeordnete aufgezeigt hat, sind uns wohlbekannt. In längerer Arbeit hat die Oberste Baubehörde ein neues Baugesetz ausgearbeitet. Es wurde dem Landtag bereits zur vorläufigen Kenntnis zugeleitet

— das ist das Wesentliche der Antwort! —

mit der Bitte, möglichst bald in die Beratung dieses Gegenstandes einzutreten.

Ich stelle fest, daß **dieser Gesetzentwurf dem Landtag bis zum heutigen Tage noch nicht zugeleitet** wurde. Bezüglich des Entwurfs, den wir einmal zur Kenntnisnahme erhalten haben, hat man immer wieder erklärt, daß er sich nicht zur Beratung eigne. Auf meine wiederholten Anfragen wurde jeweils erwidert, das Innenministerium müsse sich erst mit den anderen Ministerien in Verbindung setzen, es müsse erst eine Überarbeitung stattfinden, dann erst könne der Entwurf dem hohen Hause zur Beratung zugeleitet werden. Ich stelle demzufolge fest, daß uns der Herr Staatssekretär eine Auskunft gegeben hat, die nicht den Tatsachen entspricht.

In der letzten Sitzung des Bau- und Siedlungsausschusses vor etwa acht Tagen stand nun auf Grund eines Beschlusses des Bayerischen Senats, den **Antrag der vier Großnorkstädte zum Initiativgesetzentwurf** zu erheben und dem hohen Hause zuzuleiten, die Frage wiederum zur Diskussion. Da war es nun etwas merkwürdig, daß aus den Kreisen der Regierungspartei gerade die Leute, die seinerzeit, als ich den Antrag meiner Fraktion im Ausschuß begründete, die Baulandbeschaffung und Baulandumlegung vorwegzunehmen, erklärt hatten, wir könnten nicht einen Teil aus diesem Gesetz herausnehmen, sich nunmehr auf den Standpunkt stellten, die gesamte Materie sei zu umfangreich, man sollte doch lieber die dringendsten Fragen herausgreifen und für sich behandeln.

(Hauffe [SPD])

Somit darf ich feststellen, daß wir nach genau einem Jahr wieder gerade so weit sind wie vor einem Jahr und daß die in der Zwischenzeit, im April, vom Herrn Staatssekretär Fischer erteilte **Auskunft nicht den Tatsachen entsprach**.

Vor acht Tagen haben wir nun von der Obersten Baubehörde wiederum zu hören bekommen, daß im Verlauf der am letzten Samstag zu Ende gegangenen Woche der Gesetzentwurf, der bereits in der Abziehmaschine sei, samt Begründung dem Landtag zugehen werde. Ich darf auch hiezu feststellen, daß das bis zum heutigen Tage nicht geschehen ist. Auf Grund dieser Erklärung haben wir die Sitzung des Bau- und Siedlungsausschusses auf den nächsten Montag festgelegt, um zu entscheiden, ob wir in die Beratung des Initiativgesetzentwurfs des Senats zum Antrag der vier Großnrostädte oder in die Beratung der gesamten Materie eintreten sollen. Ich bin neugierig, ob bis zum kommenden Montag der nun schon oft versprochene Gesetzentwurf beim Landtag eingelaufen ist. Um darüber Klarheit zu erhalten, haben wir uns entschlossen, diese Interpellation einzubringen und wir warten auf eine entsprechende Beantwortung.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Hagen: Herr Staatssekretär Fischer beantwortet die Interpellation.

Fischer, Staatssekretär: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu der Interpellation darf ich folgendes sagen. Die Aufstellung eines Entwurfs für ein **bayerisches Baugesetz** war, das dürfte von allen Seiten wohl zugegeben werden, eine unendlich **schwierige Aufgabe**. Vorbilder für ein solches Baugesetz waren noch nirgends vorhanden. Ich darf insbesondere darauf hinweisen, daß der Entwurf, der von uns in Zusammenarbeit mit dem Gesetzgebungsreferat des Innenministeriums ausgearbeitet wurde, nicht weniger als rund 150 Artikel umfaßt. Es ist richtig, daß eine ganze Reihe von Entwürfen erstellt wurde. Der erste Entwurf für ein bayerisches Baugesetz wurde schon gemacht, ehe das Bonner Grundgesetz in Kraft getreten ist.

(Zuruf von der SPD: Von wem? — Abg.

Wimmer: Preis hat schon 1945 eines vorgelegt!)

— Damals war nicht die Oberste Baubehörde zuständig, sondern das Arbeitsministerium.

(Abg. Hagen Lorenz: Darum hat man seinerzeit die Abteilung VI aus dem Arbeitsministerium herausgenommen!)

Auf Grund des Bonner Grundgesetzes mußte der **erste Entwurf notwendigerweise umgearbeitet** werden. Dies ist nicht nur einmal, sondern öfter geschehen, und der Entwurf wurde dann auch den einzelnen Ministerien und sonstigen Stellen, vor allem auch den Berufsorganisationen mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Wir waren der Auffassung und sind es heute noch, daß ein so großer Entwurf möglichst weit zur Diskussion gestellt werden soll, damit alle Fragen geklärt werden können, die von der einen oder anderen Seite an uns herangebracht werden. Das Staatsmini-

sterium für Arbeit und soziale Fürsorge hat diesem Entwurf seinerzeit zugestimmt, während die anderen Ministerien noch die Begründung dazu abwarten wollten. In der Zwischenzeit wurde auch die **Begründung** für diesen Entwurf eines Baugesetzes fertiggestellt. Sie umfaßt etwa **90 Seiten**. Eine Verzögerung in der Fertigstellung der Begründung ist vor allem dadurch eingetreten, daß der Abschluß der Beratungen über den Entwurf eines Grundenteignungsgesetzes abgewartet werden mußte und Teile dieses Entwurfs in den Baugesetzentwurf aufzunehmen waren. Der Entwurf für das Grundenteignungsgesetz wurde nicht von der Obersten Baubehörde aufgestellt, sondern von der Verwaltungsabteilung des Innenministeriums.

Der für das Grundenteignungsgesetz ausgearbeitete Entwurf ist jetzt auch fertiggestellt und wurde vom Innenministerium den einzelnen Ministerien zur Stellungnahme zugeleitet. Nach Verarbeitung der eingehenden Äußerungen wird er, wenn der Ministerrat darüber Beschluß gefaßt hat, dem Landtag durch den Herrn Ministerpräsidenten vorgelegt werden.

Ich habe schon ausgeführt, daß der Entwurf für ein bayerisches Baugesetz fertiggestellt ist und daß wir auch die Begründung in der Zwischenzeit fertiggestellt haben. Der Ministerrat muß aber aus verfassungsrechtlichen Gründen zu dem Entwurf Stellung nehmen, bevor er an den Landtag weitergeleitet werden kann. Ich glaube, daß wohl auch dieser Entwurf in einer der nächsten Ministerratsitzungen verabschiedet werden kann.

Bei der Beantwortung der kurzen Anfrage in der Landtagsitzung vom 18. April 1950 ist mir — ich gestehe das ganz offen, meine Damen und Herren — in gewissem Sinn ein **kleiner Irrtum** unterlaufen. Dazu darf ich aber als Begründung folgendes sagen: Vor dieser Sitzung des Landtags war bei meiner Dienststelle abgeprochen, daß der Entwurf dem Ausschuß zur vorläufigen Kenntnisaufnahme unterbreitet werden sollte. Die für den Versand notwendigen Anschriften waren bereits fertiggestellt und lagen, von mir schon unterschrieben, auf meinem Tisch. Sie waren allerdings noch nicht ausgelassen. Nun ist mir nach dieser Sitzung bekannt geworden, daß mein Ministerium, insbesondere die Abteilung Gesetzgebung (das Generalreferat), noch die Stellungnahmen der einzelnen Ministerien abwarten sollte, um diese bei der Vorlage an den Landtag mitverwerten zu können.

Die einzelnen Ministerien haben in der Zwischenzeit ihre Stellungnahmen abgegeben. Ich glaube daher, daß der ganze Entwurf eines bayerischen Baugesetzes und der Entwurf eines bayerischen Grundenteignungsgesetzes — wie ich vorhin schon so nebenbei erwähnt habe — in einer der nächsten Ministerratsitzungen verabschiedet werden kann und daß dann die gesamten Entwürfe dem Landtag zugeleitet werden.

Allerdings laufen zur Zeit auch noch **beim Bund** Gesetzentwürfe für Baugesetze, für Grundenteignungen usw. In den nächsten Tagen werden in **Bonn** wiederum Verhandlungen stattfinden. Was dort beschlossen werden wird und ob wir dann von seiten der bayerischen Regierung noch neue diesbezügliche Gesetzentwürfe vorlegen oder ergänzen können, entzieht sich natürlich heute meiner Kenntnis. — Ich glaube, damit die Interpella-

(Fischer, Staatssekretär)

tion so beantwortet zu haben, daß das ganze Haus über den Stand der Angelegenheit orientiert ist.

(Abg. Zietsch: Wir sehen also das Gesetz vorerst noch nicht!)

— Es liegt beim Herrn Ministerpräsidenten.

Vizepräsident Hagen: Ich möchte anfragen, ob in eine Besprechung der Interpellation eingetreten werden soll.

(Abg. Zietsch: Nein!)

— Das ist nicht der Fall; damit ist auch dieser Punkt erledigt.

Ich rufe auf:

Interpellation der Abgeordneten Bitom, Stod und Genossen betreffend Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Poffenhofen (Beil. 4161).

Der Herr Abgeordnete Bitom verliest die Interpellation.

Bitom (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Interpellation hat folgenden Wortlaut.

Ist der Staatsregierung bekannt, daß in Poffenhofen, Gemeinde Pöcking, Landkreis Starnberg, feste Wohnbaracken mit vorzüglichen sanitären und sonstigen Einrichtungen mit erst im Jahre 1949 aus Mitteln des Arbeitsministeriums gebauten Asphaltstraßen abgerissen wurden?

Ist der Staatsregierung ferner bekannt, daß diese festen Wohnbaracken für ein Spottgeld verkauft worden sind?

Ist der Staatsregierung weiter bekannt, daß in der Gemeinde Pöcking allein ca. 300 Wohnungs-Elendsfälle vorhanden sind?

Billigt die Staatsregierung diese vom Finanzministerium durchgeführten, dem Volk unverständlichen Maßnahmen bzw. was gedenkt sie zu tun, um die für diese unverantwortliche Verschleuderung von Steuer-geldern Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

Vizepräsident Hagen: Ich stelle an den zuständigen Herrn Staatsminister die Frage, ob er bereit ist, diese Interpellation zu beantworten?

(Staatsminister Dr. Anfermüller:
Herr Dr. Ringelmann, bitte!)

— Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Begründung geben?

(Abg. Bitom: Jawohl!)

— Ich erteile Ihnen dazu das Wort.

Bitom (SPD): Meine Damen und Herren! In Poffenhofen, Landkreis Starnberg, bestand bis zum 1. April dieses Jahres ein Krankenhaus für Kriegs-verwehrte. Viele der aus der Behandlung entlassenen Verwehrten, die inzwischen heimatlos geworden waren, blieben notgedrungen in Poffenhofen, das zur Gemeinde Pöcking gehört, und zogen später auch noch ihre Familienangehörigen nach. Die noch in Behandlung Befindlichen wurden an diesem Termin in eine andere Heilstätte verlegt. Die so frei gewordene **Barackenunterkunft**, die auf einem parkartigen Gelände in unmittel-

barer Nähe des Starnberger Sees gelegen ist, wurde vor knapp einem Jahr mit neuem Dachpappenbelag versehen, und es wurden aus Mitteln des Arbeitsministeriums neue Leerstraßen dort angelegt. Die Baracken hatten elektrisches Licht, Wasser, Kanalisation, Spülklosetts und waren, was wohl in der traurigen Geschichte der Barackenunterkünfte einmalig sein dürfte, mit Waschbecken, mit bis in Mannshöhe gelackelten Bädern, eingebauten Badewannen und mit einer Zentralheizung ausgestattet.

(Abg. Dr. Hille: Ungeeignet für Heimatvertriebene!)

Die wohnungsuchenden, in Elendsquartieren hausenden Menschen nicht nur der Gemeinde Pöcking, sondern des ganzen Kreises Starnberg glaubten durch die Räumung des Verwehrtentraktes endlich eine Möglichkeit zu haben, menschenwürdig unterzukommen. Sie wurden aber bitter enttäuscht.

Der Landrat und sein Kreisbeauftragter für das Flüchtlingswesen haben im angeblichen Auftrag der Vermögensverwaltung des Finanzministeriums die noch in gutem Zustand befindlichen 17 Baracken für die unglaubliche Summe von 17 000 DM verkauft.

(Abg. Wimmer: Samt Inventar! — Abg. Helmerich: Hört, hört!)

Diese mir zugegangene Beschwerde erschien mir unglaublich, und ich machte meinem Gewährsmann gegenüber aus dieser Skepsis auch kein Hehl. Man forderte mich daraufhin auf, diesen Skandal — als etwas anderes kann ich diesen Vorgang nicht bezeichnen — an Ort und Stelle anzusehen. Bevor ich aber nach Poffenhofen fuhr, erschien es mir ratsam, mich zunächst einmal bei der Vermögensverwaltung in der Ismaningerstraße zu erkundigen. Dort wurde mir von Herrn Oberregierungsrat Dr. Hauser bestätigt, daß tatsächlich der **Landrat von Starnberg ermächtigt** worden war, den **Barackenverkauf zu tätigen**, nachdem sein Landbauamt und er die Baracken als höchst abbruchreif bezeichnet hatten. Die Baracken wurden dann an eine Firma Bagusek in München verkauft, die angeblich ein Flüchtlingsunternehmen ist, eine Textilproduktion hat und die Baracken für die Erweiterung ihres Betriebes notwendig brauchte.

Ich begab mich dann nach Poffenhofen und hatte dort — wenn ich so sagen darf — das Glück, dem Architekten der Firma zu begegnen, die die Baracken dort abreißen läßt. Als ich ihn darauf hinwies, daß uns von Sachverständigen der Obersten Baubehörde immer versichert worden sei, man bringe günstigstenfalls aus drei Baracken, vielleicht aber aus zwei Baracken an einem andern Ort nur eine wieder zusammen, lachte mich der Herr sehr freundlich an und lud mich ein, die Baracken nach ihrer Aufstellung in München zu besichtigen. Dort würde ich dann Stück für Stück in alter Schönheit wiederfinden. Ich konnte ihm daraufhin versichern, daß nicht nur er, sondern auch die Käufer der Baracken große Künstler seien, bei denen die Oberste Baubehörde und auch die Vermögensverwaltung des Finanzministeriums in die Lehre gehen könnten. Ich habe dann zu meinem fassungslosen Erstaunen feststellen müssen, daß nichts von dem mir Geschilderten übertrieben war. Einen Teil der Baracken, und zwar die schlechtesten, hat dieser menschenfreundliche Landrat — wahrscheinlich wohl in Erinnerung an seine

(Bitom (SPD))

Zeitraum im tausendjährigen Reich — mit Wohnungslosen belegt, die sich dann ihre Bogen noch selbst abteilen mußten. Die guten Baracken, die zum Teil in Zimmer von ca. 18 bis 20 Quadratmetern aufgeteilt und zum Teil mit Terrazzo-Fußböden ausgestattet waren, werden nun ausgeschlachtet und abmontiert. Allein das, was dort an sanitären Anlagen, aus den Bädern und aus der aus drei großen Kesseln bestehenden Zentralheizungsanlage ausgeschlachtet wird, bringt den größten Teil des Kaufpreises wieder ein. Allerdings hat nach Meinung des Herrn Oberregierungsrats Hauser der Kaufvertrag für den Käufer insofern einen Pferdefuß, als sich dieser verpflichtet hat, den Boden, auf dem die Baracken stehen, wieder urbar zu machen, das heißt also, die im vorigen Jahre angelegte Leerstraße jetzt wieder herauszureißen.

(Unruhe bei der SPD.)

Die Kosten dürften nach Meinung des Herrn Oberregierungsrats den Kaufpreis um ein Erhebliches übersteigen. Ich glaube das nicht. In unserer Wirtschaft schließen ja zu unserem und ihrem Glück Kaufleute die Geschäfte ab und nicht die bei der Staatsverwaltung tätige, wirklichkeitsfremde Bürokratie.

Als ich meinen Parteifreunden die unerhörte Verschleuderung von Volkvermögen darlegte, war man, wie ich, zuerst sehr skeptisch und wollte sich durch Augenschein überzeugen, was am anderen Tage auch geschah. Inzwischen schien mein Besuch beim dortigen Landrat rühmlich geworden zu sein. Als wir die erste Baracke besichtigen wollten, stellte sich einer der Landratsangestellten mit ausgebreiteten Armen in die Barackentür, als ob er sagen wollte: Nur über meine Leiche! Ich habe ihm aber bedeutet, daß wir an Leichnamen nicht interessiert seien. Er entfernte sich mit der furchtbaren Drohung, den Landrat zu benachrichtigen und herbeizurufen. Nun, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen versichern: So schnell ist wohl noch nie ein Landrat zur Stelle gewesen wie hier. Wir haben das sehr begrüßt; denn wir konnten somit gleich hören, was ihn und den um das Wohl der Heimatvertriebenen und Wohnungslosen so sehr besorgten Kreisbeauftragten zu dieser unverständlichen Maßnahme veranlaßt hat.

Ein Teil der Baracken, etwa ein Drittel, steht auf staats eigenem Grund, der zu dem dortigen alten Schloß Pöffenhofen gehört. Im Schloß befindet sich eine Verfehrtenwerkstätte, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die 63 Arbeitnehmer beschäftigt, von denen 64 Prozent Heimatvertriebene und 57 Prozent der beschäftigten Männer Schwerbeschädigte sind. Weiter befindet sich dort eine orthopädische Werkstätte mit 28 Arbeitnehmern, von denen 95 Prozent Heimatvertriebene und wieder 60 Prozent Schwerbeschädigte sind. Ferner sind darin die Wohnungen des Personals des ehemaligen Verfehrtenkrankenhauses, das anderwärts noch keine Wohnungen gefunden hat, und die Wohnungen von 13 Betriebsangehörigen der Verfehrtenwerkstätte sowie das gesamte Personal der orthopädischen Werkstätte überhaupt.

Nun behauptet der Landrat, dieser alte Kasten koste dem Staat ein Heidengeld an Unterhaltung, das durch die Belegung mit Heimatvertriebenen nicht herausgewirtschaftet werde. Da der Landrat diese Belastung

den Steuerzahlern aber nicht zumuten kann, haben sich er und besonders sein Kreisbeauftragter nach einem Käufer umgesehen. Diesen wollen sie nun gefunden haben. Entweder wird daraus ein Prießnitz-Sanatorium, dessen Leitung das Schloß und das Gelände erwerben will und damit nicht nur Pöffenhofen, sondern dem ganzen Kreis einen ungeheueren wirtschaftlichen Aufschwung bringen wird, wie das in der Heimat dieser Heilstätte, in Freiwaldau (Niederschlesien) der Fall war, oder aber — eine Spielbank. Beide Vorhaben vertragen aber keinen Armen-Leute-Geruch, und daher müssen die Baracken verschwinden.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Grund!)

Die Besitzer des restlichen Barackengrundes, ein Gasthausbesitzer und ein Bauer, assistieren dem Landrat sehr eifrig und fordern den Abbruch; denn der Pachtvertrag, der seinerzeit mit der Militärverwaltung geschlossen worden ist, läuft in diesem Jahre ab. Sie denken nicht daran, ihn zu erneuern oder zu verlängern, denn sie sehen den Preis ihres Grundes schon in schwindelnde Höhen steigen, wenn das Sanatorium oder die Spielbank kommen.

Nun glaube ich nicht an ein Sanatorium. Ich glaube nicht, daß es unter den Heimatvertriebenen ein Konsortium gibt, das aus eigenen Mitteln das Areal und das Schloß Pöffenhofen erwerben könnte. Geschieht das aber mit geliehenem Kapital, dann dürfen Sie versichert sein, daß postwendend ein Antrag auf einen Flüchtlingskredit in Millionenhöhe hier eingeht und daß das Konsortium Pleite macht, wenn es den Kredit nicht bekommt.

Das war der Stand der anrühmlichen Angelegenheit, von der wir uns durch Augenschein überzeugt haben.

Am Tage nach unserem Besuch habe ich auch dem Herrn Kollegen Weinzierl, dem derzeitigen Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses, über die Lage berichtet und ihn ersucht, sich mit seinen Fraktionskollegen ebenfalls durch Augenschein von dieser Ungeheuerlichkeit zu überzeugen. Er hat das leider nicht getan. Ich bedauere das; denn ich glaube, auch den Kollegen von der CSU hätten sich angesichts eines solchen Wahnsinns die Haare gestäubt.

Inzwischen sind aber bei uns und wahrscheinlich auch bei der Regierung zwei **Resolutionen** eingegangen, die vom Bürgermeister und vom Flüchtlingsvertrauensmann gezeichnet sind. Ich möchte Ihnen diese Resolutionen zur Kenntnis geben, damit Sie verstehen, was ich nachher noch ausführe.

Die heutigen Versammlungsteilnehmer protestieren auf das schärfste gegen die Niederreißung der Baracken des Verfehrtenkrankenhauses Pöffenhofen und stellen fest, daß diese unsoziale Handlungsweise aufs schärfste angeprangert wird.

Trotzdem die Gemeinde über 300 Wohnungsuchende verfügt und nebenbei noch Glendswohnungen hat, wurde ohne Anhörung des Gemeinderats Pöcking der Verkauf durchgeführt und somit die Unterbringungsmöglichkeit vereitelt.

Die Versammlungsteilnehmer kennen diese Baracken und wissen, daß im Herbst 1949 noch neue Asphaltstraßen und die Dächer hergerichtet wurden. Außerdem waren Bäder, Waschkücheln

(Bitom (SPD))

und Wasserpflungen in den Klosetts, Zentralheizung und auch Wasserleitung vorhanden.

Die Empörung ist deshalb so groß, weil hier ohne finanzielle Ausgabe viele Wohnungsuchende Unterkunft gefunden hätten. Es ist auch unverständlich, daß dieses baureife Gelände eingeebnet werden soll, obwohl Licht, Wasserleitung, Straßen und auch Kanalisation vorhanden sind und die Erschließung eines Baugeländes neuerlich dem Steuerzahler und dem Staat viel Geld kosten wird.

Wir fordern vom Bayerischen Landtag, daß sich dieser der Verschwendung von Steuergeldern annimmt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht und Vorzeige trifft, daß der Gemeinde Böcking wenigstens mehrere Baracken zur Unterbringung von Wohnungsuchenden überlassen werden, bis neue Wohnhäuser durch die Gemeinde errichtet werden können.

gez. Friedinger, Bürgermeister

gez. Philipp, Flüchtlingsvertrauensmann

Die zweite Resolution lautet:

Wir fordern die Abberufung des Leiters des Heimatvertriebenenamtes Dr. Furch, weil derselbe trotz guter Kenntnis der Wohnungsnot in Böcking den Verkauf der Baracken und die Behinderung der Unterbringung von wohnungsuchenden Heimatvertriebenen kräftigst unterstützt hat.

Wir lehnen jede weitere Zusammenarbeit mit dem unföralen Leiter des Heimatvertriebenenamtes ab, weil dieses Vorgehen gegen das soziale Empfinden gerichtet ist.

Wir werden Sorge tragen, daß dieses Verhalten in den Kreisen der Heimatvertriebenen entsprechend gebrandmarkt wird.

gez. Friedinger, Bürgermeister

gez. Philipp, Flüchtlingsvertrauensmann

Nun, meine Damen und Herren, erhielt ich gestern die interessante Mitteilung, daß inzwischen auch das Schloß Pöffenhofen verkauft sein soll, und zwar an die vom Landrat erwähnte Prießnitz-Gesellschaft. Der vom Finanzministerium beauftragte Verkäufer, der derzeitige Kreisbeauftragte Dr. Furch, tritt als Geschäftsführer dieser Gesellschaft gleichzeitig auch als Käufer des Schlosses auf.

(Abg. Ziefich: Sehr interessant! — Hört, hört! bei der SPD.)

Der Berater der Liegenschaftsabteilung, ein Oberbaurat Lehmann, ist Gesellschafter dieses Konsortiums. Ich habe mir wegen der Kürze der Zeit heute nur durch telefonische Feststellung im Finanzministerium bestätigen lassen können, daß tatsächlich Dr. Furch als Verhandlungsmann dieses Konsortiums auftritt.

Meine Damen und Herren! Wenn das nicht Korruption in Reinkultur ist, dann weiß ich nicht, was man noch als solche bezeichnen kann.

Ich frage deshalb die Staatsregierung: Ist das Wohnungselend in Bayern schon so weit behoben, daß wir auf solche Objekte verzichten können, wie es diese Ba-

rackenunterkunft ist? Haben wir nicht genug Glendslager, die wir mit viel Geld unterhalten müssen und die beseitigt werden müßten, weil die Verhältnisse dort unerträglich sind? Erst am Donnerstag voriger Woche hat der Staatssekretär Jaenike auf die Gefahr hingewiesen, daß er aus gewissen Gründen wahrscheinlich in nächster Zeit Kasernen werde räumen müssen, die mit großen Unkosten zu Unterkünften für Heimatvertriebene ausgebaut waren.

Der Verkauf dieser Barackenunterkunft durch das Finanzministerium und die Wiederurbarmachung des baureifen, erschlossenen Geländes ist eine Verschleuderung von Staatsgeldern, für die die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das Abreißen dieser Unterkünfte aber ist nach meinem Dafürhalten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bezug auf die ca. 50 000 Heimatvertriebenen, die heute noch in den Glendslagern unseres Landes dahinvegetieren müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Hagen: Die Interpellation beantwortet der Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Ausführungen des Abgeordneten Bitom hört, so müßte man zu der Annahme kommen, daß das Finanzministerium in leichtfertigster Weise Staatsgut verschleudert und dabei noch privaten Interessenten Vorschub leistet. Gegen eine derartige Darstellung verwahre ich mich namens des Finanzministeriums.

(Zuruf von der SPD: Wenn sie aber der Wahrheit entspricht?)

— Wenn sie der Wahrheit entspräche, dann würde ich hier erklären: Pater, peccavi. Aber sie entspricht nicht der Wahrheit. Es sind hier Dinge aufgezeigt worden, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen absolut nicht decken.

Der Interpellation ist eine Versammlung im Landkreis Starnberg vorausgegangen, in der der Abgeordnete Bitom den Landrat von Starnberg, der bei der Bewertung der Baracken eingeschaltet war, auf das heftigste angegriffen hat.

(Zuruf von der SPD: Mit Recht!)

— Warten Sie ab! — Es fand dann am 17. August 1950 in Böcking eine Versammlung zur Aufklärung der Verhältnisse statt, in der der Landrat von Starnberg zu den vom Abgeordneten Bitom aufgestellten Behauptungen eingehend Stellung nahm. Der Abgeordnete Bitom war nach meiner Kenntnis der Verhältnisse aufgefordert worden, an dieser Versammlung teilzunehmen; er hat aber nicht teilgenommen. Das ist Nummer 1.

Nummer 2: Die Staatsregierung war bezüglich dieser Baracken in einer kolossalen Zwangslage. Die Baracken beim Schloß Pöffenhofen waren während des Krieges zum größten Teil auf privatem landwirtschaftlichen Grundbesitz errichtet worden. Das Schloß hat im Jahre 1940 die ehemalige NSW als Müttererholungsheim erworben. Während des Krieges diente es als Luft-

(Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor)

waffenlazarett und zur Aufnahme von Kranken. Darüber hinaus hat die Luftwaffe im Jahre 1940 und in der Folgezeit ungefähr 20 Baracken errichtet, die teilweise auf massiven Fundamenten und teilweise auf Pfählen erbaut worden sind. Der Grund und Boden, auf dem diese 20 Baracken standen, gehört zum größten Teil zwei Landwirten, einem Landwirt Gebhart und einem Gastwirt und Landwirt Karl Schauer. Mit diesen Grundeigentümern hat der Luftgau VII Pachtverträge abgeschlossen, die bis zum 30. September 1950 beziehungsweise bis zum 30. September 1951 befristet und von Seiten der Grundstückseigentümer unkündbar waren. In diesen Verträgen hat sich die Luftwaffe, also das Reich, verpflichtet, bei Beendigung des Vertragsverhältnisses den früheren Zustand wiederherzustellen oder den Grundstückseigentümern eine entsprechende Entschädigung in Geld zu leisten.

Nun wurde das Schloß Pöffenhofen nach dem Zusammenbruch vom Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge als Schwerfverehrtenkrankenhaus weitergeführt. Im April 1950 wurden aber die noch verbliebenen Patienten in das Verehrtenkrankenhaus in Bayreuth verlegt. Man hat damals noch nicht gewußt, daß sich durch das Freiwerden der ehemaligen Gesundheitsburg in Bayreuth diese rasche Lösung ergeben werde. Damit ist also das Schloß Pöffenhofen samt den Baracken vollkommen frei geworden.

Nun gedachte die Staatsregierung, die Baracken zur Unterbringung der Verehrtenbetriebe in Burtenbach — das ist eine Genossenschaft von Kriegsverehrten, die aus dem ehemaligen geschlossenen ausgesiedelten Reichsberger Krüppelheim hervorgegangen ist — zu verwenden. Die Verhandlungen verliefen aber erfolglos. Der Landrat von Starnberg hat dann vorgeschlagen, die Baracken zur Unterbringung von Flüchtlingen zu verwenden, die zur Zeit noch in gewerblichen Beherbergungsräumen wohnen.

Die beiden Vorhaben, sowohl das der Staatsregierung wie das des Landrats, erwiesen sich als undurchführbar, weil nunmehr die beiden Grundstückseigentümer die Rückgabe ihrer Grundstücke im früheren Zustand forderten und nicht bereit waren, in eine Verlängerung der Verträge einzuwilligen.

(Abg. Wimmer: Und die Not ist diesen Menschen wurst!)

— Herr Abgeordneter, die Möglichkeit einer Beschlagnahme dieser Grundstücke nach dem Reichsleistungsgesetz haben wir geprüft. Aber Sie kennen ja wahrscheinlich das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 27. November 1948. Es ist auch im Gesetz- und Verordnungsblatt abgedruckt. Dieses Urteil hat eine Reihe von Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes, darunter auch die Generalklausel des § 3 a, als verfassungswidrig aufgehoben. Die Folge ist, daß wir nach dieser Richtung nunmehr machtlos sind.

(Abg. Wimmer: Das ist das Übelste! Die Menschen haben kein Verständnis für die Not!).

— Das ist zweifellos das Übel. Aber ich garantiere Ihnen, meine Herren Abgeordneten: Wenn wir nun erklären, nein, wir beugen uns diesem obersten Gerichtsurteil nicht, dann erheben die Beteiligten sofort

Schadensersatzklage, und dann zahlen wir Beträge, mit denen wir gar nicht vor die Volksvertretung treten können.

(Zurufe von der SPD.)

Das ist die Schwierigkeit unserer Situation gewesen. Beurteilen Sie nicht uns, sondern gehen Sie zunächst einmal von diesen Entscheidungen aus, die nach meiner Anschauung weltfremd sind und die auch von der Volksmeinung auf keinen Fall verstanden werden. Aber wir waren und sind in dieser Situation und konnten uns diesem Verlangen auf Räumung bis zum 30. September 1950 unmöglich entziehen.

(Zuruf des Abg. Wimmer.)

Nun zu einer anderen Frage. Diese Baracken sind nicht so ideal, wie sie der Herr Abgeordnete Witom hinstellen will. Ich habe hier Gutachten vorliegen und ich lese Ihnen nur aus einem Gutachten, das das Landbauamt — —

(Zuruf: Wer hat Ihnen das Gutachten erstellt?)

— Ich habe nicht nur die Gutachten der anderen Seite gewürdigt. Sie werden uns im Finanzministerium keinen Fall nachweisen können, in dem wir eine Entscheidung auf Gutachten des Interessenten gegründet haben. Dafür haben wir unsere Landbauämter, dafür haben wir die Regierungsbaureferenten und dafür haben wir die Oberste Baubehörde im Ministerium des Innern. Wenn der Herr Staatssekretär Fischer hier im Hause sitzt, wird er Ihnen bestätigen, daß das Finanzministerium in allen diesen Fällen ein Gutachten der staatlichen Baubehörde einholt. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf einer Verschleuderung ohne gerechtfertigte Gutachten.

(Zuruf von der SPD: Fahren Sie doch nach Pöffenhofen und sehen Sie sich das an!)

Nun ist folgendes zu beachten: Wir haben auch die Verträge, in denen wir verpflichtet sind, den früheren Zustand wieder herzustellen. Der Landrat hat außerdem auch prüfen lassen, was die Sache gekostet hätte, wenn man nun zur Unterbringung von Flüchtlingen beziehungsweise zur Behebung der Wohnungsnot in Pöcking diese Baracken hätte verwenden wollen. Wir haben die Wohnungsverhältnisse in Pöcking erhoben und nach dem Ergebnis dieser Erhebungen bestehen hier nicht etwa 300, wie der Herr Abgeordnete Witom aufführt, sondern nur 10 sogenannte Elendsfälle. Außerdem sind acht Wohnungen überbelegt. Die Beseitigung dieser Wohnungselendsfälle war aber erstens wegen der Rechtslage, die hinsichtlich der Freimachung dieser Grundstücke gegeben war, dann auch wegen der Kosten nicht möglich. Aus dem Gutachten des Bauamts und der übrigen Sachverständigen wissen wir, daß die Fundamente des größten Teils der Baracken, die auf Pfählen, Lagerhölzern, ruhen, durchgefaut sind.

Es heißt hier in einem Gutachten, daß die Fußbodenlager stark angefault sind, verrotzt, vermodert, in einzelnen Fällen auch schon vom Schwamm angegriffen. In einer Baracke ist der Schwamm so weit vorgeschritten, daß sie nicht mehr bewohnbar wäre. Um die dadurch eingetretene Senkung der Barackenböden und darüber hinaus einen Einsturz zu vermeiden, wurden von Fall zu Fall in den letzten Jahren die Holzfundierungen ausgewechselt, teilweise die Holzpfähle

(Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor)

durch betonierte oder gemauerte Pfeiler ersetzt und in einzelnen Fällen massive Betonfundamente eingezogen.

(Abg. Bitom: Und die neue Straße dort eingebaut!)

— Einen Augenblick, ich werde auch darauf kommen. Die Erhebungen haben ergeben, daß wir für den Umbau, das heißt für die Instandsetzung der Baracken durch Erneuerung der Pfosten, die allmählich in Moorgrund versinken, und der Fundamente, für die Ausbesserung der Dächer — es ist nur bei einzelnen etwas gemacht worden —, für den Einbau von Kaminen, für die Einziehung von Wänden usw. einen Kostenaufwand von 150 000 bis 200 000 DM gehabt hätten.

Das Staatsministerium des Innern, Flüchtlingsverwaltung, das Staatsministerium für Wirtschaft und das Staatsministerium der Finanzen kamen daher nach reiflichster Überprüfung überein, diese Baracken zu verkaufen, und zwar erfolgte der Verkauf an die Flüchtlingsfirma Bagusak in München, die die Baracken abbricht, um sie in München zur Unterbringung ihres Betriebes wieder aufzubauen.

(Abg. Hauffe: Eine Flüchtlingsfirma aus Berlin und Wien!)

— Flüchtlinge sind es; sonst sind Sie doch nicht so, daß Sie unterscheiden, woher die Flüchtlinge kommen. Die Firma Bagusak räumt ihre bisherigen Geschäftsräume in der Zielstattstraße, damit ein Unternehmen Williger & Söhne unterkommen kann. Dieses Unternehmen kann dann 1000 Leute beschäftigen. Andererseits erhält die Firma Bagusak die Möglichkeit, 500 Flüchtlinge zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen auch etwas wirtschaftlich denken und dürfen uns nicht von Erwägungen, die vielleicht von rein örtlichen Interessen mehr oder minder einseitig beeinflusst werden, beeinflussen lassen. Wir müssen von der höheren Warte aus betrachten: Was dient dem Besten des Volkes, was erfordert die wenigsten Kosten und wie wird der beste Nuzeffekt erzielt? Infolgedessen mußten wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir für verhältnismäßig wenige Leute nunmehr einen derartigen Kostenaufwand nicht übernehmen können. Auf der anderen Seite besteht eine Möglichkeit der Mehrbeschäftigung von Flüchtlingen und von Leuten in der Großstadt. Von diesem Standpunkt aus erschien es doch ganz naturgemäß, daß wir den Verkauf vornahmen.

Das Landbauamt hat den Abbruchswert der Baracken auf 17 300 DM geschätzt. Bei der Ermittlung dieses Wertes mußte berücksichtigt werden, daß die Erwerber den früheren Zustand der Grundstücke wieder herzustellen haben und daß sie außerdem auch die Kanäle und die Straßen wieder zu beseitigen haben, damit das Grundstück landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann. Diese Beseitigungs- und Wiederherstellungskosten sind genau berechnet worden, einschließlich der Arbeiten, die für die Verlegung notwendig sind. Die Kosten bewegen sich zwischen 80 000 bis 90 000 DM. Die Verpflichtung zur Wiederherstellung und damit zur Tragung dieser Kosten mußte der Erwerber übernehmen.

Es wurde auf die Einrichtung Bezug genommen. Die Einrichtungsgegenstände sind nicht in diesem Preis von 17 300 DM enthalten, sondern die **Einrichtungsgegenstände** müssen **gesondert** bezahlt werden. Das steht in dem Vertrag, der mir hier vorliegt. Nun wird mir eingewendet: Ja, das Arbeitsministerium hat erst im Jahre 1949 die Lagerstraßen instandsetzen lassen. Das ist richtig, aber im Jahre 1949 konnte kein Mensch ahnen, daß nun plötzlich in Bayreuth diese Gesundheitsburg freigegeben wird und benutzt werden kann, um das ganze Verfehrtenlager Possenhofen dort hinaufzubringen. Es konnte kein Mensch ahnen, daß eine anderweitige Unterbringung eines Verfehrtenlagers in diesem für diesen Zweck eingerichteten Schloß nicht möglich war. Infolgedessen war der Staat vor die Zwangslage gestellt, zu verkaufen, ohne Rücksicht darauf, daß im Vorjahr diese Lagerstraße instandgesetzt worden war.

Es wurde nun noch vom Schloß Possenhofen gesprochen. Der Herr Abgeordnete widerspricht sich hier. Zunächst sagt er: Wenn die Prießnitz-Gesellschaft das Schloß Possenhofen erwirbt, dann bedeutet das einen ungeheuren Wertzuwachs für Possenhofen.

(Zuruf von der SPD: Das hat der Landrat gesagt!)

— Ja, ich weiß nicht, ob das der Herr Abgeordnete bestreiten will; ich stimme mit dem Landrat in diesem Punkt überein.

Wir haben mit der **Prießnitz-Gesellschaft** verhandelt. Sie dürfen zu uns das Vertrauen haben, daß wir, wenn wir ein derartiges Objekt verkaufen, uns den Käufer sehr genau ansehen und uns auch von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ein entsprechendes Bild verschaffen. Von den Herren, die hier im Hause sind, sind viele, sehr viele zu mir gekommen und haben gesagt: Ziehen Sie doch den Leuten nicht das Fell über die Ohren! Ja, jetzt auf einmal heißt es, daß wir verschleudern.

(Zuruf von der SPD: Das ist wegen des Schlosses nicht gesagt worden!)

— Der Herr Abgeordnete hat ebenfalls erklärt, daß wir uns vorsehen sollen, daß wir auf unsere Rechnung kommen. Er hat gesagt, daß wir, etwas drastisch ausgedrückt, unsere Wunder erleben werden.

(Abg. Bitom: Abwarten!)

— Abwarten! haben Sie gesagt. Nun, wir haben Geduld, vielleicht länger als Sie. Wir haben uns festgestellt, mehr kann ich Ihnen nicht erklären, und wir schließen Verträge nicht ab, die darauf hinauslaufen könnten, daß der Staat daraufzahlt.

Die Situation ist zusammengefaßt folgende: 1. Wir sind durch die Entscheidung der Gerichte gezwungen, am 30. September 1950 entweder den früheren Zustand wiederherzustellen und die Baracken zu beseitigen oder den Grundbesitzern eine Entschädigung zu geben. 2. Wenn wir den letzteren Weg, der uns teurer käme, gewählt hätten, hätten wir keinerlei Möglichkeit, die Baracken entsprechend zu benützen. 3. Es war mit dem Verkauf die Möglichkeit gegeben, auch zwei Münchner Betriebe, die eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigen, zu unterstützen. 4. Der Preis von 17 300 DM, der verlangt wurde, ist lediglich der Erwerbspreis für die Baracken, aber damit ist eine Leistung von 80 000 bis 90 000 DM verbunden zur Wiederherstellung des

(Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor)

früheren Zustands. 5. Die Annahme, daß auch das Inventar der Baracken mit in den Verkaufspreis eingeschlossen sei, ist unrichtig, sondern das Inventar wird, soweit es übernommen wird, gesondert berechnet.

Soviel zu den Baracken. Die Frage bezüglich des Schlosses ist ja nicht in der Interpellation enthalten. Ich habe nur die Gelegenheit benützt, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bitom hier in Kürze zu erwidern.

Vizepräsident Hagen: Nach der Geschäftsordnung schließt sich an die Antwort des Ministers eine Besprechung an, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern verlangt wird. Ich frage, ob eine derartige Besprechung gewünscht wird.

Zietsch (SPD): Sie wird gewünscht.

Vizepräsident Hagen: Dann bitte ich diejenigen sich von den Sitzen zu erheben, die für eine Besprechung sind. — Ich stelle fest, daß das mehr als 25 Mitglieder sind.

Wir treten in die Besprechung der Interpellation ein. Ich bitte um Wortmeldungen. — Der Herr Abgeordnete Zietsch hat das Wort.

Zietsch (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Beantwortung der Interpellation durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Ringelmann können wir uns nicht in allen Punkten einverstanden erklären. Wir müssen vor allen Dingen dagegen angehen, daß hier Gutachten eines Landbauamts herangezogen werden, die jeweils nach dem Zeitpunkt und dem Bedürfnis erstellt sind.

Ich war selbst draußen in Poffenhofen und habe mir die Baracken angesehen, weil ich es nicht glauben konnte, was mir geschildert worden war. Ich befinde mich also in einer etwas besseren Lage als Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann, der als Regierungsvertreter die dortigen Anlagen bis heute noch nicht gesehen hat. Ich muß sagen, ich war erstaunt über das, was ich dort zu Gesicht bekommen habe; denn es handelt sich zwar um Baracken, aber um **festе Wohnbaracken**, wie man sie kaum irgendwo anders sieht. Und nun werden ausgerechnet diese Baracken abgerissen, die noch mit einem festen Untergrund versehen, nämlich gemauert sind, während man in die anderen Baracken, die, wie hier richtig dargestellt wurde, auf Pfählen erbaut worden sind, Flüchtlinge eingewiesen hat.

Wenn ich schon das **Gutachten des Landbauamts** ernst nehmen will, so frage ich mich, was das Landbauamt im vorigen Jahr gesagt hat, als man es für notwendig hielt, zur besseren Unterbringung der Schwerverkehrten die Asphaltstraßen zu bauen, zu einer Zeit, da man eben noch nicht wußte, daß glücklicherweise das große Haus in Bayreuth frei werden würde, in das man die Schwerverkehrten verlegen konnte. Wenn das Haus in Bayreuth nicht frei geworden wäre, so wären diese Schwerverkehrten wohl auch heute noch in Poffenhofen untergebracht, und zweifellos wäre auch das Landbauamt mit diesem Zustand einverstanden. Ich glaube also, so, wie es dargestellt wurde, kann man die Dinge nicht einfachhin ansehen.

Dann hat man versucht, die **Schwerverkehrtenbetriebe Burtensbach** dort unterzubringen. Also auch damals noch hat man geglaubt, etwas unternehmen zu können, und sah sich nicht veranlaßt, wegen der privaten Grundstücksverhältnisse auf eine entsprechende Verwertung zu verzichten.

Auf jeden Fall steht fest, daß die Asphaltstraßen gebaut und die Baracken im vorigen Jahr instandgesetzt wurden, ohne daß das Landbauamt Bedenken wegen der Bewohnbarkeit der Baracken hatte. Wenn man heute Bedenken hat, dann sind also die im vorigen Jahr in D-Markbeträgen aufgewendeten Gelder verschleudert worden, und insoweit ist die in unserer Interpellation enthaltene Behauptung richtig.

Wenn der Herr Regierungsvertreter sich gegen die Behauptung einer Verschleuderung von Geldern verwahrt, so bezog er sich dabei auf den Vertrag über den Verkauf und den Abbruch der Baracken mit einem Betrag von 17 000 DM. Insoweit sind wir durchaus zu einer Einschränkung unserer Behauptung bereit. Aber wir schließen — das geht ja aus der Interpellation hervor — darin ausdrücklich die Tatsache ein, daß im vorigen Jahr noch erhebliche Aufwendungen für das Lager gemacht worden sind.

Nun muß man die ganze Frage vor allem unter dem Gesichtspunkt sehen, daß wir bei der Unterbringung der Heimatvertriebenen und der Wohnungslosen die größten Schwierigkeiten haben. Wir werden uns in diesem Hause mit den **Zuständen im Landkreis Regen** zu beschäftigen haben, die ich heute vormittag bereits mit dem Herrn Innenminister besprochen habe. Wir hatten Gelegenheit, in **Spiegelhütte** Flüchtlingsunterkünfte zu sehen, die jeder Beschreibung spotten.

(Sehr wahr! Unerhört! bei der SPD.)

Ich habe diese Besichtigung ebenfalls mitgemacht, und als wir vor diesen Elendsunterkünften standen, da fiel uns, die wir auch in Poffenhofen gewesen waren, gerade das Beispiel Poffenhofen wieder ein.

Die übergeordneten Gesichtspunkte müßten berücksichtigt werden, fordert der Herr Regierungsvertreter. Das sagt er mit Recht. Aber auch wir verlangen die Berücksichtigung der übergeordneten Gesichtspunkte und sagen: Es ist, wenn in der Unterbringung von Heimatvertriebenen derartiges Elend besteht, wie es beispielsweise in Spiegelhütte im Landkreis Regen der Fall ist, einfach unmöglich, an einer anderen Stelle Baracken, die nach unserer Ansicht bewohnbar sind — das kann nicht bestritten werden; die Baracken sind vollkommen in Ordnung; denn sie werden abmontiert und, wie Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann selbst zugibt, hier in München wieder aufgestellt, sind also ohne weiteres zu verwerten —, unter sogenannten höheren Gesichtspunkten abzureißen. Das ist die Frage, um die es hier geht. Ich bin auch der Meinung, daß nicht nur das Finanzministerium zu unserer Interpellation Stellung zu nehmen hat, sondern daß sich auch der Herr Innenminister oder der Herr Staatssekretär für das Flüchtlingswesen darüber äußern müssen, wie sie hinsichtlich der Unterbringung der Heimatvertriebenen die übergeordneten Gesichtspunkte berücksichtigt wissen wollen.

Es kommt noch folgendes hinzu: Wir müssen in diesen Wochen die Erfahrung machen, daß aus besonderen Gründen verschiedene Kasernen, die für die wohn-

(Zietsch [SPD])

mäßige Unterbringung von Heimatvertriebenen schon eingerichtet waren, wieder geräumt werden müssen, daß damit also eine für Tausende und aber Tausende von Menschen bereits gegebene Wohnmöglichkeit wieder verschwindet. Ich sehe darin einen übergeordneten Gesichtspunkt. Es hätte sich eine Möglichkeit finden lassen, diese wertvolle Ansiedlung mit festen Straßen, ein herrliches Gelände, wenigstens noch für ein oder zwei Jahre aufrechtzuerhalten. Nur darum kann es sich handeln. Diese Anlagen sollen gewiß keine Dauerunterkünfte sein; aber man hätte sie noch für ein bis zwei Jahre für einige hundert Menschen sicherstellen müssen, um wenigstens den größten Schwierigkeiten Herr zu werden.

Der Verkauf des Schlosses Pöffenhofen an die Prießnitz-Gesellschaft, auf den mein Kollege Bitom noch hinwies, ist in diesem Zusammenhang nur insoweit interessant, als die Staatsregierung sofort dazu Stellung nehmen will. Das wäre Angelegenheit des Innenministers, weil es sich hierbei um den Herrn Dr. Furch, den Flüchtlingsamtsleiter im Landkreis Starnberg, handelt. Dazu möchte ich allerdings auch eine Antwort haben und hören, wie sich der Herr Minister zu einem derartigen Beamten stellt, der doch beauftragt ist, für die Unterbringung der Flüchtlinge und die Wohnungsangelegenheiten seines Landkreises besorgt zu sein. Bei den Besprechungen mit dem Herrn Landrat, bei denen ich zugegen war, haben wir die Beziehung dieses Flüchtlingsamtsleiters verlangt. Dabei war ganz deutlich eine Zurückhaltung zu spüren, die sich inzwischen aufgeklärt hat: Der Herr ist persönlich daran interessiert, bei der Prießnitz-Gesellschaft eine leitende Stelle zu bekommen. Er tritt, wie mein Kollege Bitom bereits erwähnt hat, bei den Verhandlungen über den Verkauf des Gebäudes als Geschäftsführer dieser Gesellschaft auf.

(Unerhört! bei der SPD.)

Das ist ein unerhörter Vorgang, der im Zusammenhang mit unserer Interpellation der Klärung bedarf. Das ist Korruption, wie sie reiner nicht dargestellt werden kann!

(Sehr richtig! links.)

Wir müssen dagegen angehen, daß ein Mann, der sich im Dienst des bayerischen Staates befindet, aus persönlichem Interesse vergißt, was seine Aufgabe und seine Pflicht ist.

Wenn wir all das berücksichtigen, dann sieht die ganze Angelegenheit eben so aus, wie wir sie von Anfang gesehen haben: daß hier bestimmte Kräfte versuchen, aus rein geschäftlichem Interesse dringende Notwendigkeiten bei der Unterbringung von Wohnungslosen und Heimatvertriebenen außer acht zu lassen. Dem können wir nicht zustimmen, und deswegen bin ich der Meinung, daß die Regierung hierzu noch Stellung nehmen muß.

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Allwein.

Allwein (F.F.G.): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Auch mir sind die Verhältnisse in Pöffenhofen sehr gut bekannt. Wir müssen diese Angelegenheit in

zwei Teile spalten, nämlich in den Verkauf des Barackenlagers und den Verkauf des Schlosses. Ob es notwendig war, die Baracken, die meiner Ansicht nach sehr gut waren — ich kenne sie aus eigener Erfahrung, sie hatten einen massiven Untergrund —,

(Abg. Zietsch: Sie sind noch gut, Herr Kollege!)

wirklich in einem glänzenden Zustand, um den Preis von 17 000 DM zu verkaufen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin der Ansicht, daß sich der bayerische Staat dabei erheblich über die Ohren hauen ließ. Ich habe mir sagen lassen, daß der Baurat Lehmann, der das erste Gutachten über den baulichen Zustand abgegeben hat, von der Firma Bagusat beauftragt wurde, die Baracken in München wieder aufzustellen und die Fabrik, die hier gegründet werden soll, zu bauen.

(Zurufe: Hört, hört!)

Auf dem Barackengelände waren weiterhin zwei **Versehrtenbetriebe** untergebracht, eine orthopädische Werkstätte und eine Werkstätte für Schuhmacherei und Schneiderei. Diese Betriebe, die Versehrtenwerkstätten GmbH. mit 63 Arbeitnehmern, davon 64 Prozent Flüchtlinge und 57 Prozent Schwerversehrte, und die orthopädische Werkstätte mit 28 Arbeitnehmern, davon 95 Prozent Flüchtlinge und 60 Prozent Schwerversehrte, müssen nun aus diesem Gelände heraus und sind gezwungen, unter größten Kosten neu aufzubauen. Wenn man die Flüchtlinge in den Baracken hätte wohnen lassen, hätten auch die Betriebe bleiben können und sie wären nicht in eine so prekäre finanzielle Lage gebracht worden.

Wie ist es überhaupt möglich, daß ohne jegliche Kenntnis wenigstens von Ausschüssen des Landtags ein derartiges Objekt von öffentlichem Interesse verkauft wird? Wie ist es weiter möglich, daß das Arbeitsministerium im November 1949 noch die Straßen baute, um dann im Jahre 1950 gezwungen zu werden, diese Straßen zu zerstören?

(Abg. Zietsch: Wo man auch damals schon wußte, daß die Verträge ablaufen!)

Wir waren Ende Oktober oder Anfang November zu einer Besichtigung in Bayreuth. Nach meiner Erinnerung habe ich etwa 14 Tage oder 3 Wochen später mit dem Arzt des Versehrtenkrankenhauses Pöffenhofen gesprochen und ihm erzählt, daß wir in Bayreuth waren. Da sagte Professor Kostock, der Arzt: „Nach Bayreuth sollen wir auch kommen.“ Es ist also nicht ganz richtig, wenn gesagt wird, es sei nicht bekannt gewesen, daß Bayreuth damals schon freigegeben werden sollte.

Die Person des Dr. Furch wurde mit dem Verkauf des Schlosses beauftragt. Herr Dr. Furch ist zugleich Geschäftsführer der Prießnitz-Gesellschaft, die das Anwesen kaufen will. Eine derartige **Selbstkontrahierung** eines bayerischen Beamten ist meiner Ansicht nach unerhört. Ich glaube, daß hier die schwersten Verschämnisse gemacht wurden.

(Abg. Donsberger: Ist er Beamter?)

— Er ist Flüchtlingsamtsvertreter des Landratsamts Starnberg.

(Zuruf von der CSU: Angestellter oder Beamter?)

(Allwein [FFG])

— Das ist doch ganz gleich, ob er Angestellter oder Beamter ist. Es liegt auf jeden Fall Selbstkontrahierung vor, die schwerstens verboten ist und den Gerüchten über das Vorliegen einer **Korruption** nur Nahrung geben kann. Ich bin der Ansicht, daß die Vorfälle schärfstens nachgeprüft werden müssen. Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion ist gerade noch zur rechten Zeit gekommen.

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hauffe.

Hauffe (SPD): Meine Damen und Herren! Die Diskussion zu dieser Interpellation ist eine fabelhafte Ergänzung zu dem, was ich vorhin in meiner Begründung meiner Interpellation zum Baugesetz gesagt habe. Hier haben wir ein Gelände gehabt, das baureif erschlossen war, wo Straßen, Wasserleitungen und alles vorhanden war. Jetzt erklärt das Ministerium, weil das Reichsleistungsgesetz aufgehoben und etwas anderes nicht vorhanden sei, müsse man in diese Verträge einsteigen und das baureif gemachte Gelände aus Mangel an gesetzlichen Grundlagen wieder zerstören lassen, wenn man den Staat nicht wesentlich schädigen wolle.

Dabei möchte ich noch einmal die Frage aufnehmen, die der Herr Abgeordnete Allwein aufgeworfen hat: Hat das Ministerium, das im vorigen Jahr wesentliche Mittel in den Straßenbau investiert hat, nicht gewußt, daß diese Straßen nach einem Jahr auf Grund der Rechtsverhältnisse wieder zerstört werden müssen? Wenn Herr Dr. Ringelmann meinte, die Argumentation des Abgeordneten Bitom stehe auf schwachen Füßen, dann muß ich schon sagen: Die Argumentation des Finanzministeriums steht noch auf wesentlich schwächeren Füßen.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Stang: Der Herr Abgeordnete Gräßler hat das Wort.

Gräßler (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe weder an einer Versammlung im dortigen Landratsbezirk teilgenommen, noch nahm ich Gelegenheit, mich mit den Dingen so zu befassen, wie es der verehrte Herr Ministerialdirektor dem Kollegen Bitom nahegelegt hat. Aber ich habe mir diese Baracken angesehen und, sehr verehrter Herr Dr. Ringelmann, trotz allen Verständnisses für die Rechtslage glaube ich, daß man einen Weg hätte finden können und müssen, die Dinge nicht in der Art abzuwickeln, wie es leider zum Schaden nicht nur des Staates, sondern zum noch größeren moralischen Schaden für viele obdachlose oder ausquartierte und in Glendunterkünften wohnende Menschen geschehen ist. Wenn dieses Lager Poffenhofen das Unglück gehabt hätte, ein DP-Lager, ein Ausländerlager geworden zu sein, dann wäre die Rechtsfrage auch auf Jahre hinaus verschoben worden, ohne Rücksicht auf irgendwelche Verträge des früheren Luftfahrtministeriums.

Ich nehme an, daß Sie alle bei Ihrer Fürsorgetätigkeit schon einmal Baracken gesehen haben. Wenn ich die Baracken in Eisenstein, in den Flüchtlingselendslagern in Nordbayern, in Franken, meiner engeren

Heimat, und in München, wenn ich von Karlsfeld her-einkomme, betrachte und mit den Baracken in Poffenhofen vergleiche, dann glauben Sie mir, daß mir das Herz geblutet hat. Das waren im Vergleich zu jenen Glendslöchern feudale Wohnstätten. Das ist das Problem, das mich bei dieser Sache berührt. Wenn man weiter weiß, wie wir in den Großstädten gehalten sind, unsere noch bestehenden Glendlager in Gestalt der früheren Luftschutzbunker dadurch wohlicher zu gestalten, daß wir in die meterdicken Betonmauern mit großem Geldaufwand Fenster einbrechen lassen, dann meine ich, man hätte einen Weg finden müssen, um etwa durch ein **Stillhalteabkommen** oder eine **gütliche Vereinbarung** die Grundstücksbesitzer zu veranlassen, bis zur Überwindung des Wohnungselends diese Baracken stehen zu lassen, bis der dortige Landrat die Schwierigkeiten in einem sozialen Bauvorhaben bereinigen kann. Ich will keine Untersuchung anstellen über die Wirtschaftlichkeit und über das gute Geschäft, das da gemacht wird. Ich hätte gewünscht, daß ein Mann aus dem Installationsgewerbe sich die Dinge einmal angesehen hätte; der würde mir bestätigen, daß trotz des Abbruchs und trotz der vertraglichen Verpflichtung, diese herrlich angelegten Leerstraßen wieder in einen Zustand zu versetzen, der ein Andern ermöglicht, hierbei noch ein ganz netter Gewinn herauskommen wird. Ich glaube aber nicht daran — und das ist meine Besorgnis —, daß den beiden Grundstücksbesitzern daran gelegen ist, diese Grundstücke in absehbarer Zeit wieder als Ackerfläche zu verwenden, sondern ich vermute, daß spekulative Absichten vorhanden sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man an einem der schönsten Punkte des Starnberger Sees nicht die Möglichkeit ins Auge gefaßt haben sollte, einen privaten Bau zu errichten und etwa eine Pension zu gründen, bei der mehr herauskommt, als wenn vielleicht auf vier bis fünf Jahre arme, ausgebombte und vertriebene Menschen dort primitiv untergebracht werden müssen.

Ich möchte heute schon darauf hinweisen, daß die gleiche Gefahr im Kreis **Günzburg** mit der Auflösung des **Ausländerlagers Kleinköb** droht. Dort sind auch viele Baracken leer geworden, und obwohl sich heute schon aus der Umgegend nahezu 300 Flüchtlingsfamilien gemeldet haben,

(Zuruf von der SPD: Schon 400!)

— ich nehme die Zahl 300, die mir bekannt ist —, obwohl diese 300 Familien aus den umliegenden, eineinhalb bis zwei Stunden entfernten Dörfern den Wunsch haben, näher an die Bahnstation Kleinköb zu kommen, und mit Freuden bereit wären, in dieses Barackenlager einzuziehen, droht auch dort die Gefahr, daß man die Baracken wegrißt. Als Anhänger und Freund des sozialen Wohnungsbaus bin ich kein Freund der Baracken, das sage ich ganz offen. Aber solange wir es uns nicht erlauben können, jedem eine angemessene soziale Wohnstätte anzubieten, müssen wir dafür sorgen, daß menschlich tragbare Baracken solchen Leuten erhalten bleiben, die heute noch immer in Glendquartieren hausen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Aus dem Hause liegen weitere Wortmeldungen nicht mehr vor. Die Interpellation kann aber nach meiner Auffassung nicht abgeschlossen wer-

(Präsident Dr. Stang)

den, so lange nicht der zuständige Herr Staatssekretär Jaenicke Stellung genommen hat. Deswegen schlage ich dem Hause vor, die abschließende Besprechung der Interpellation auf heute nachmittag zu vertagen

(Abg. Zietzsch: Einverstanden!)

und jetzt mit der nächsten Interpellation weiterzufahren.
— Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann!

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Ich behalte mir vor, heute nachmittag noch zu sprechen. Da ich an den Verhandlungen nicht unmittelbar beteiligt war, möchte ich auch bitten, dem Referenten Gelegenheit zu geben, sich zu den schweren Vorwürfen, die hier erhoben worden sind, zu äußern. Das gleiche wird wohl bezüglich der Tätigkeit des Herrn Dr. Furch in Starnberg zu gelten haben; ich nehme an, daß der Herr Staatsminister des Innern darüber sprechen wird.

Präsident Dr. Stang: Herr Staatsminister Dr. Anfermüller!

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Ich habe bereits veranlaßt, daß Herr Staatssekretär Jaenicke von den Vorwürfen, die hier erhoben worden sind, verständigt wird und daß er heute nachmittag um 3 Uhr hier im Hause ist, um zu den einzelnen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Präsident Dr. Stang: Die Besprechung der Interpellation bezüglich der Baracken in Pöffenhofen wird heute nachmittag abgeschlossen.

Wir kommen nun zur

Interpellation der Abgeordneten Bezdold Otto und Genossen, Stodt und Genossen, Dr. Hundhammer und Genossen betr. Beschluß des Sozialrats der Vereinten Nationen hinsichtlich der Heimatvertriebenen (Beil. 4162).

Begründet wird die Interpellation von dem Herrn Abgeordneten Schneider; ich erteile ihm das Wort.

Schneider (FDP): Die Interpellation lautet:

Zeitungsmeldungen zufolge hat der Sozialrat der Vereinten Nationen (UN) festgelegt:

„Keinen Anspruch auf Behandlung als Flüchtling kann erheben, wer früher einer deutschen Minderheit angehörte und sich in Deutschland niedergelassen hat oder dort lebt.“

Ist die Staatsregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß sich in Bayern mit ein Hauptanteil der deutschen Heimatvertriebenen niedergelassen hat, unverzüglich beim Bund dafür einzutreten, daß die vom Sozialrat der UN ausgesprochene Diskriminierung unserer Heimatvertriebenen Neubürger, die auf verhängnisvolle Weise an Methoden erinnert, die von den Vereinten Nationen schärfstens verurteilt wurden, zurückgewiesen und ihre Aufhebung verlangt wird?

Präsident Dr. Stang: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Die Staatsregierung ist sofort bereit, zur Interpellation Stellung zu nehmen.

Präsident Dr. Stang: Ich gebe zur Begründung der Interpellation das Wort dem Herrn Abgeordneten Schneider.

Schneider (FDP): Meine Damen und Herren! Zur Begründung unserer Interpellation, der sich die beiden Fraktionen der SPD und CDU angeschlossen haben, ist wenig zu sagen. Sie spricht für sich selber. Wir in diesem hohen Hause haben ein Recht, gegen Handlungen zu protestieren, denen schon unser Protest galt, als sie erstmals in der Geschichte Tatsache wurden. Es würde neues Unrecht bedeuten, wenn wir nicht unsere Stimme erheben würden in einem Augenblick, da den Unglücklichsten der Unglücklichen unserer Zeit neuer Schmerz zugefügt werden soll. Denn abschließend und verbindlich hat der **Sozialrat der Vereinten Nationen** in Genf festgelegt, daß das Unglück dieser Unglücklichen, die zufällig die deutsche Sprache sprechen, im Gegensatz zu allen anderen kein Unglück sei. Wir fürchten gegenwärtig nicht so sehr die Kettenreaktion der Atombombe, wir fürchten vielmehr die **Kettenreaktion von Handlungen**, die dank der bittersten Erfahrungen einer überwundenen Geschichtsepoke angehören sollten. Das fühlten wohl auch Nationen dieser Erde, große Nationen wie England, Chile, Kanada und Belgien, als sie sich bei diesem verhängnisvollen Beschluß der Stimme enthielten.

In diesem Beschluß des Sozialrats der Vereinten Nationen wird nicht von einer Kollektivschuld gesprochen, aber es wird so gehandelt, als ob es eine **Kollektivschuld** gäbe. Dagegen wenden wir uns; denn viele Männer dieses Hauses und unseres Volkes sind aus ihrem Schicksal heraus lebendige Zeugen gegen diese Kollektivschuld. Der Gedanke, man müsse die Deutschen mit ihren eigenen Waffen und Taten schlagen, ist verbraucht und überholt. Diejenigen, die diese Taten vollführten, sind geschlagen, aber das Elend, das daraus erwuchs, traf nicht nur sie, es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen. Nun soll es veremigt werden im Namen derer, die mit gutem Recht und aus einer leidenschaftlichen Empörung heraus einst vor der Welt gegen den mutwilligen Mißbrauch politischer Macht protestierten. Dieser **Protest** hat nichts an Gültigkeit verloren und er sollte sich auch heute noch **gegen das Unrecht und die Mitleidlosigkeit** wenden, wo immer sie auch aufzutreten wagen.

Kein deutsches Parlament wird an diesem Protest vorbeikommen, und die Parlamente der Welt sollten im Namen der Vereinten Nationen einmütig sein, wenn es gilt, Unrecht abzutun und neues Leid zu verhüten. Die **Verzweiflung** ist die **schlechteste Fürsprecherin** eines ohnehin schwer zu errichtenden **Friedens**.

Wir in Bayern haben allen Grund, unsere Stimme zu erheben; denn wir tragen einen **Hauptteil des Vertriebenenelends** und lesen täglich aus den Augen der Unglücklichsten unter uns das Wort eines Mannes, der das gleiche Schicksal erfahren hat, das Wort Stefan Zweigs: „Man verliert mit seiner Heimat mehr als einen Fleck umgrenzter Erde“.

Präsident Dr. Stang: Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Herr Staatsminister Dr. Anfermüller.

Dr. Anfermüller, Staatsminister: Hohes Haus! Der Gegenstand der Interpellation gibt der Regierung und mir willkommene Gelegenheit, zu diesem Problem wieder einmal das Wort zu ergreifen.

Wie Sie wissen, stehen die Bundesregierung, die bayerische Staatsregierung und auch die Regierungen der anderen deutschen Länder seit langem auf dem Standpunkt, daß das **Flüchtlingsproblem** eine Aufgabe so gewaltigen Ausmaßes stellt, daß sie weder mit den Mitteln der einzelnen deutschen Länder noch mit Mitteln der Bundesrepublik gelöst werden kann. Wir haben daher immer die Auffassung vertreten, daß dieses Problem, von dessen zufriedenstellender Lösung nicht nur der Wiederaufbau Deutschlands, sondern nach unserer Meinung auch die Befriedung Westeuropas abhängt, nur mit Hilfe der Völker der westlichen Welt gelöst werden kann. Wir sind der Überzeugung, daß wir die **Hilfe der westlichen Welt** anrufen dürfen und müssen, wenn wir selbst das äußerste getan haben, nicht nur, weil die Aufgabe tatsächlich und nachweisbar unsere Kräfte bei weitem übersteigt, sondern auch weil mit der Unterschrift von **Yalta** und **Potsdam** die Signatarmächte dieser Abkommen an der Verantwortung für das Entstehen und damit auch der Verpflichtung zur Lösung des Flüchtlingsproblems beteiligt sind.

(Sehr richtig!)

Um das Zustandekommen des Beschlusses des Sozialrats der UN besser zu verstehen, sei mir ein kurzer historischer Rückblick gestattet.

Im Jahre 1943 wurde in Atlantic City die „Hilfs- und Wiedererlangungsorganisation der Alliierten“ als einheitliche Organisation der Alliierten gegründet. Sie, **UNRRA** genannt, hatte die Aufgabe, die Hilfe für die Flüchtlinge und verschleppten Personen in den jeweils von den Alliierten befreiten Ländern vorzubereiten und in Gang zu bringen. Sie war damit gleichsam als Einlösung des in der **Atlantic Charta** gegebenen Versprechens der „Befreiung von der Not“ gedacht. Es war das unbestreitbare Verdienst der UNRRA, die Rückführung von acht Millionen **Displaced Persons** organisiert und durchgeführt zu haben, so daß sich im Jahre 1947 nur noch etwa eine Million DPs in Europa, davon die meisten in Deutschland, befanden. Die politischen Ereignisse in Osteuropa hatten freilich inzwischen den Charakter der verschleppten Personen völlig verwandelt; denn die noch verbliebenen wollten nicht mehr in ihre verschiedenen Heimatländer zurückkehren. So wurde die **IRO** im Laufe der Zeit immer mehr eine Organisation, nicht so sehr für verschleppte Personen, obwohl die Bezeichnung **Displaced Persons** auch weiterhin blieb, als vielmehr die größte Vermittlungs- und Hilfsstelle für die Flüchtlinge nichtdeutscher Nationalität aus dem Osten überhaupt. Die **IRO** hat diese schwierige Aufgabe größtenteils durch Förderung der Auswanderung, insbesondere in überseeische Länder gelöst. Der verbliebene Rest an DPs soll in Deutschland bleiben. Die **IRO** wird ihre Tätigkeit voraussichtlich am 1. April 1951 endgültig beenden.

Es ist begreiflich, daß sich bei dieser Entwicklung immer wieder folgende Gedanken in den Vordergrund

drängen: Die Aufgaben der internationalen Hilfe haben sich im Laufe der Zeit völlig gewandelt. Es kann längst nicht mehr von verschleppten Personen die Rede sein, denen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden soll, sondern die jetzt von der **IRO** Betreuten sind, wie schon ausgeführt, **Flüchtlinge nichtdeutscher Nationalität** aus dem Osten. Sie könnten in ihre Heimat zurückkehren, sie wollen es aber nicht. Zum großen Teil handelt es sich auch um Personen, die weder freiwillig noch unfreiwillig durch das nationalsozialistische Regime verpflanzt wurden, sondern die ihre Heimatländer erst nach dem Zusammenbruch verlassen haben,

(Sehr richtig!)

um dem kommunistischen Regime zu entgehen. Angesichts der sich ständig vertiefenden Erkenntnis von der Bedeutung des deutschen Flüchtlingsproblems innerhalb der Völker der westlichen Welt und der Bereitschaft zu helfen, im allgemeinen auf Seiten der Staaten des westlichen Kulturkreises, ist es geradezu ein Widersinn, bei den Flüchtlingen noch einen Unterschied nach ihrer Nationalität zu machen. Denn alle, die nichtdeutschen, wie die deutschen, sind letzten Endes **Flüchtlinge vor der Macht des Ostens**, die in ihre Heimatländer nicht zurückkehren können, mindestens nicht mehr zurückkehren wollen.

Immer wieder haben die Flüchtlingsverwaltungen, die Regierungen der einzelnen Länder und seit Bestehen des deutschen Bundes die Bundesregierung, auf diese Gedanken hingewiesen und gebeten, es möge endlich einmal der entscheidende Schritt getan werden, daß auch die unglücklichen Opfer des Weltgeschehens, soweit sie deutscher Nationalität und Volkszugehörigkeit sind, in den Schutz der Vereinten Nationen übernommen werden.

Gewisse **Erfolge** sind diesen Bestrebungen zweifellos schon zuteil geworden. Ich erinnere nur daran, daß die Vereinigten Staaten in ihrer Einwanderungsquote für 1950 54 000 Volksdeutsche vorgesehen haben. Auch in anderen Ländern sind hinsichtlich der Einwanderung starke Lockerungen eingetreten. Aber die **Auswanderung** kann **nur ein Mittel** zur Lösung der Flüchtlingsnot bilden, und sicher nicht das wirksamste. Die ganze Entwicklung der politischen Lage drängt doch dahin, **Deutschland** allmählich als **gleichberechtigt** in den Kreis der westlichen Nationen aufzunehmen. In allen Ländern hat sich die Erkenntnis gemehrt, daß die **Gleichsetzung von Deutschland und Nazismus** von vornherein ein Irrtum war, und daß es ein verhängnisvoller Fehler war, ein ganzes Volk für die Sünden seiner verbrecherischen Regierung zu diskriminieren.

Von dieser Erfahrung aus ist eigentlich nur noch ein Schritt zu der weiteren Erkenntnis, daß auch bei den Flüchtlingen eine solche Unterscheidung nach Gesichtspunkten der nationalen Herkunft eine schwere Diskriminierung in sich schließt. Wenn es richtig ist, daß die Alliierten für die Wahrung der christlichen Ethik gekämpft haben, so muß man auch die Konsequenzen daraus ziehen, und es muß die Stunde kommen, da man die bedauernswerten Opfer dieser Weltkatastrophe, die auf der Seite des früheren Gegners auf der Strecke geblieben sind, ebenso behandelt und ihnen ebenso hilft wie den Angehörigen von Nationen, mit denen man verbündet war.

Ich bin überzeugt, daß sich diese Gedanken über kurz oder lang durchsetzen werden und daß der gegenwärtige

(Dr. Anfermüller, Staatsminister)

tige Beschluß nicht zuletzt auf die finanzielle Belastung der westlichen Länder zurückzuführen ist. Zweifellos war das bei der Gründung der UNRRA auch mit ein Grund, warum Amerika, dem ja die Hauptlast der UNRRA und später auch der IRO zufiel, zurückgeschaut ist, die Hilfe dieser internationalen Organisation auf die Deutschen auszudehnen. Doch darf bei solchen Erwägungen nicht außer acht gelassen werden, daß die Kosten der UNRRA und der IRO ausschließlich von den Vereinten Nationen getragen werden mußten, während bei jeder Hilfe für deutsche Flüchtlinge, mag sie auch auf noch so breite internationale Grundlage gestellt werden, die Deutschen die Hauptlast tragen werden.

Aber solche finanziellen Erwägungen müssen meiner Überzeugung nach zurücktreten hinter der Notwendigkeit, den **Geboten der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit** Anerkennung zu verschaffen. Bei der Gründung der UNRRA im Jahre 1943 ließ sich das deutsche Flüchtlingsproblem noch nicht voraussehen. Im Jahre 1945 mag noch der im Krieg entfesselte, durch die Brutalitäten des Nazismus gesteigerte Haß die Diskriminierung der deutschen Flüchtlinge erklärlich erscheinen lassen. Nach fünf an Erfahrung reichen Jahren sollte aber, wie ich glaube, für eine solche Diskriminierung kein Platz mehr sein. Menschen, die ihre Heimat verloren haben, ihrer Habe beraubt, vielfach von ihren nächsten Angehörigen noch heute getrennt sind, sind Unglückliche, denen es zu helfen gilt, ohne Rücksicht auf Nation, Konfession oder Rasse.

(Abg. Dr. Korff: Sehr richtig!)

Inzwischen ist die Entwicklung einen hoffnungsvollen Schritt weitergegangen. In der letzten Sitzung des Europarats in Straßburg nahm die beratende Versammlung einen von Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier eingebrachten Vorschlag über die Errichtung eines europäischen Flüchtlingsamtes an. Zwei Resolutionen wurden gefaßt. Die eine beginnt mit den Worten: „Die Versammlung anerkennt die gemeinsame Verpflichtung des Europarats, die Leiden der europäischen Flüchtlinge zu erleichtern . . .“ Die Flüchtlingskommission wird beauftragt, einen Vorentwurf für eine Konvention über die Errichtung eines **europäischen Flüchtlingsamtes** auszuarbeiten und sich mit den juristischen Problemen der Flüchtlingsfrage auseinanderzusetzen. Das Flüchtlingsamt soll in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und in Verbindung mit den Regierungen die Grundlinien für die Eingliederung und die Beschäftigung der Flüchtlinge jeder Kategorie entwerfen, konkrete Eingliederungsvorhaben in Europa und übersee ausarbeiten und die Mittel beschaffen. In einer zweiten Resolution, die ebenfalls in Straßburg einstimmig angenommen wurde, wird — im Gegensatz zu den Bestimmungen der IRO und des vom Sozialrat der UN verabschiedeten Flüchtlingsstatus — die Gleichstellung der Flüchtlinge ohne Rücksicht auf ihre Volkszugehörigkeit, Religion und Rasse gefordert und dem Ministerrat die dringende Notwendigkeit vor Augen gestellt, das Flüchtlingsproblem unter diesem Gesichtspunkt beschleunigt zu behandeln. Die einmütige Annahme dieser Resolution erfolgte unter dem Eindruck der Rede des deutschen Abgeordneten Hans Schüb, des einzigen Ver-

triebenenvertreters im Europarat und Vorsitzenden des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern.

Wir wollen diese Entwicklung weder über- noch unterschätzen. Nicht überschätzen, weil dem Europarat irgendeine vollziehende Gewalt nicht zusteht; nicht unterschätzen, weil der Beschluß des Europarats, der so kurze Zeit nach dem ablehnenden Beschluß des Sozialrats der Vereinten Nationen gefaßt wurde, doch die Hoffnung gibt, daß in einer Zeit, in der sich die Dinge oft von heute auf morgen grundlegend ändern, vielleicht schon in naher Zukunft mit einer anderen Einstellung der Weltöffentlichkeit zur Flüchtlingsfrage zu rechnen ist. Vor einem Jahr noch hat die Versammlung das Flüchtlingsproblem kaum am Rande zu berühren gewagt. Jetzt sind die Entschließungen, die die deutschen Vertriebenen ganz selbstverständlich neben die übrigen Flüchtlinge stellen, einstimmig gefaßt worden.

Nach wie vor aber müssen wir selbst alles tun, was in unseren eigenen Kräften steht, um der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß wir wirklich bis an die Grenzen des Möglichen gegangen sind. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir bei der Prüfung der Vorfrage, was bisher aus eigener Kraft für die Flüchtlinge geleistet wurde, gut bestehen werden. Insbesondere **Bayern**, das innerhalb der elf Länder der Bundesrepublik an der Spitze steht, kann wohl sagen, daß es in seiner Hilfe für die Flüchtlinge bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist. Das gibt uns auch das Recht und die Pflicht, nunmehr erneut hier an dieser Stelle auf die Entwicklung und die Zusammenhänge hinzuweisen und mit allem Nachdruck bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß alle Mittel und Wege versucht werden, um die durch den Beschluß des Sozialrats der Vereinten Nationen neuerdings ausgesprochene Diskriminierung der deutschen Flüchtlinge zu widerrufen und durch einen gegenteiligen Beschluß zu ersetzen. Wenn man in der Welt allmählich einsieht, daß das **Flüchtlingsproblem** im allgemeinen ein **Weltproblem** ist, dann ist das deutsche Flüchtlingsproblem eines der größten, und wir haben die Pflicht, die Welt erneut von diesem Platz aus darauf hinzuweisen, daß der Einsicht möglichst bald eine Tat folgt.

(Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Stang: An die Antwort des Herrn Ministers schließt sich eine Besprechung der Interpellation dann an, wenn sie von 25 Mitgliedern des Hauses verlangt wird. Ich frage das hohe Haus, ob es eine Besprechung verlangt und ob dieses Verlangen von 25 Mitgliedern unterstützt wird.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das ist nicht der Fall!)

Die Interpellation ist von allen Fraktionen eingebracht und das Haus hat in dieser Frage eine einmütige Auffassung; es schließt sich der Auffassung der Staatsregierung voll und ganz an. Damit ist die Interpellation erledigt.

Ich schlage nun dem Hause vor, die Sitzung abzubrechen und heute nachmittag um 2 Uhr 30 Minuten fortzusetzen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 34 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 14 Uhr 42 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident Dr. Stang: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Unserer Absprache gemäß soll heute nachmittag zunächst die Interpellation bezüglich der Baracken in Pöffenhofen abgeschlossen werden, und zwar durch Erklärungen des Herrn Staatssekretärs Jaenicke. Das Finanzministerium hat zu dieser Frage bereits Stellung genommen. Bevor wir aber in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich dem Hause folgende Mitteilungen machen.

Aus der Mitte des Hauses ist vom Herrn Abgeordneten Dr. Heinz Beck und Fraktion der SPD ein **Initiativgesetzentwurf** über die **Ausbildung der Lehrer an Volksschulen** vorgelegt worden. Ich schlage dem Hohen Hause vor, diesen Initiativgesetzentwurf dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Behandlung zu überweisen.

— Das Haus ist damit einverstanden.

Ferner ist mir ein **Dringlichkeitsantrag** der SPD-Fraktion übergeben worden. Ein Dringlichkeitsantrag bedarf erst der Anerkennung durch das Haus oder durch den Ältestenrat hinsichtlich seines Charakters als Dringlichkeitsantrag. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, den Landtagsbeschluß über den Ausbau des Generalkommandos in Nürnberg zu einem Justizgebäude sofort durchzuführen und die erforderlichen Mittel aus dem außerordentlichen Haushalt zusätzlich zu den dort für den Justizhaushalt vorgesehenen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Erhebt sich aus dem Hause ein Widerspruch gegen die Anerkennung dieses Antrags als Dringlichkeitsantrag?

— Das ist nicht der Fall. Er ist also als Dringlichkeitsantrag anerkannt und wird auf die Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung gesetzt werden.

Bevor nun Herr Staatssekretär Jaenicke zu der unter Punkt 4 der gestrigen Tagesordnung aufgeführten **Interpellation** der Abgeordneten Bitom, Stock und Genossen, betreffend **Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Pöffenhofen** (Beilage 4161), über die wir uns heute früh schon eingehend unterhalten haben, das Wort nimmt, darf ich darauf hinweisen, daß er sich heute früh beim Präsidium — nicht bei mir, sondern bei meinem Stellvertreter — erkundigt hat und die Auskunft erhielt, diese Interpellation werde erst heute nachmittag behandelt. Das möchte ich erwähnen, um sein Fernbleiben von unserer heutigen Vormittagsitzung zu entschuldigen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär Jaenicke, das Wort zu ergreifen.

Jaenicke, Staatssekretär: Meine Damen und Herren! Aus den Gründen, die der Herr Präsident soeben anführte, habe ich die Debatte heute vormittag nicht mehr erlebt. Ich mußte vorher weggehen.

Nun möchte ich vom Standpunkt der Flüchtlingsverwaltung aus zu der Angelegenheit, die ja schon vom Finanzministerium behandelt worden ist, folgendes sagen:

Der **Landtag** hat am 29. April 1948 und am 23. September 1948 zwei sehr wichtige **Beschlüsse** gefaßt:

1. Alle frei werdenden Unterkünfte der Internierten nebst Inventar sind beschleunigt dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen zur Verfügung zu stellen;
2. die Vermögensverwaltung ist anzuweisen, nach Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium alle frei werdenden Objekte, Kasernen usw.

— ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses das Wort „usw.“ zu beachten —

zuerst dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

Der erste Beschluß ist heute gegenstandslos, da auch die letzten Objekte, in denen noch internierte Nationalsozialisten untergebracht waren, nicht mehr bestehen. Hingegen ist der zweite Beschluß des Landtags nach wie vor von größter, und zwar von steigender Bedeutung. Aus welchen Gründen, werde ich mir erlauben, dem hohen Hause vorzutragen.

Dieser Beschluß ist jedoch immer einschränkend ausgelegt worden; insbesondere wurde aus der Anführung der Kasernen in Verbindung mit den Worten „usw.“ geschlossen, daß es sich bei dem Angebot, abgesehen von Kasernen, um Objekte handeln müsse, die zuletzt irgendwie im Bereich der Militärverwaltung waren. Das **Lager Pöffenhofen** war während des Krieges zwar vorübergehend einmal Wehrmachtslazarett gewesen, ist aber später als **Versehrentkrankenhaus** eingerichtet worden und war als solches dem Arbeitsministerium unterstellt. Es fiel also nach Auffassung der Vermögensverwaltung nicht unter den Begriff „Kasernen usw.“ Der Leiter des Flüchtlingsamts Starnberg, Dr. Furch, war an den Beratungen, die im interministeriellen Flüchtlingsbauausschuß (von drei Ministerien gebildet) über die Verwendung dieser Objekte und die im interministeriellen Bürgerschaftsausschuß hinsichtlich des Objektes Pöffenhofen stattfanden, nicht beteiligt und hatte sich ja auch nicht daran zu beteiligen.

Ich habe gehört — den Stenographischen Bericht habe ich noch nicht lesen können —, daß heute gegen **Dr. Furch** der Vorwurf erhoben wurde, er sei für eine Flüchtlings-Brieftisch-Gesellschaft als Geschäftsführer tätig. Davon höre ich heute das erste Mal. Der Fall ist mir vollkommen neu, und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß ich dieser Behauptung auf das nachdrücklichste nachgehen werde. Ich bin nämlich der Auffassung, daß ein Beamter oder Angestellter nur dem Staat zu dienen, aber nicht daneben noch irgendwelche Privatinteressen zu vertreten hat. Außerdem bedürfte es ja auch meiner Genehmigung, wenn jemand einen solchen Posten annehmen wollte. Ich habe daher Herrn Dr. Furch sofort für morgen früh auf die Behörde gestellt, um diesen Punkt zu klären.

Nun kommt, wie es so oft nicht bloß im menschlichen, sondern auch im parlamentarischen Leben der Fall ist, aus etwas Unangenehmem auch einmal etwas Nützliches, und zwar zunächst durch eine sofortige Übernahme, die schon erfolgt ist, von 11 000 DP's, die für immer bei uns bleiben, also als deutsche Flüchtlinge von mir betreut werden.

(Jaenide, Staatssekretär)

Der Grund dafür, daß ich die heutige Vormittags-sitzung des Hauses verlassen mußte, liegt darin, daß ich eine große Kaserne in München, die von mir anvertrauten DP's bewohnt wird, besichtigen mußte, weil mir mitgeteilt worden ist, daß seitens der amerikanischen Dienststellen ein Besuch bevorsteht. Neben der Übernahme dieser 11 000 Personen steht mir aber am 1. April 1951 die **Übernahme aller Ausländer** bevor, die nicht mehr zur Auswanderung kommen.

Ich möchte nur andeuten, daß ich befürchte, es werde infolge der allgemeinen Weltlage die **Auswanderung** nicht mehr in dem Maße fortgesetzt werden wie bisher. Hierdurch entsteht für mich ein **neuer gewaltiger Raumbedarf**; denn es ist unmöglich, unsere Bevölkerung außer mit den deutschen Flüchtlingen auch noch mit den Ausländern weiter zu belasten. Ich habe zur Zeit schon 22 Nationen zu betreuen, und brauche niemandem in diesem Hause zu sagen, wie es in dieser Richtung aussieht. Schon jetzt steht aber fest, daß die Objekte, in denen sich die Ausländer zur Zeit befinden, mir keineswegs mit übergeben werden. Die IRO gibt nämlich die Objekte zunächst an die amerikanische Armee zurück, und erst von der amerikanischen Armee werden sie freigegeben. Aus der **außenpolitischen Situation** heraus ist es verständlich, daß sich die **Befehlsmacht** gewisse Raumreserven vorbehält.

Wie Sie aus den Zeitungen wissen, werden die **Kasernen**, die ich schon bekommen habe, jetzt auch wieder in Anspruch genommen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Panzerkaserne in München, die Kaserne in Augsburg und das ganze Lager auf dem Galgenberg in Würzburg geräumt werden müssen. Ich habe also Tausende von Menschen von heute auf morgen wieder unterzubringen, wozu mir der Raum fehlt. Durch die Entwicklung des Verhältnisses der Länder zum Bund ist der **Ausbau von Kasernen zu Wohnungen** wieder unterbrochen worden, der so glücklich begonnen hatte und von mir mit großer Freude betrieben wurde, weil der Ausbau solcher Wohnungen durch den Wegfall neuer Kanalisationsanlagen, neuer Straßen usw. sehr viel billiger ist als reine Neubauten. Bekanntlich weigert sich der Bund, diese Ausgaben als Kriegsfolgelasten zu übernehmen, mit denen wir in Bayern menschenwürdige Wohnungen herstellen, anstatt das Geld in alte Baracken zu stecken. Auch meine persönliche Vorgesprache beim Herrn Bundesfinanzminister Schäffer hat leider nur eine abschlägige Antwort erfahren. Ich gebe den Kampf natürlich nicht auf. Wir müssen erreichen, daß der ablehnende Standpunkt des Bundesfinanzministeriums und des Bundesinnenministeriums, diese als verlorenen Baukostenzuschuß für neue Wohnungen gegebenen Gelder als Kriegsfolgelasten zu übernehmen, geändert wird.

Als Folge der Ihnen eben dargelegten Entwicklung muß aber der **Landtagsbeschuß vom 23. September 1948** unbedingt weitergehend interpretiert werden als bisher. Es darf meines Erachtens in Zukunft nicht mehr darauf ankommen, ob ein freierwerbendes Objekt früher Wehrmächtszwecken gedient hat. Es muß erreicht werden, daß das Landesamt für Vermögensverwaltung alle freierwerbenden, von ihm verwalteten Objekte, ganz gleich welchen Zwecken sie bisher gedient haben, in

erster Linie der Flüchtlingsverwaltung anzubieten hat, die so schwere Aufgaben zu erfüllen hat. Davon würden auch **alle ehemaligen Parteiobjekte** betroffen. Ich wäre dem hohen Hause sehr dankbar, wenn es seinen Beschuß vom 23. September 1948 in diesem Sinne durch einen neuen Beschuß ergänzen würde.

Ich glaube damit die Interpellation, soweit sie mir bekannt war, beantwortet zu haben.

Präsident Dr. Stang: Herr Staatssekretär, ich möchte Sie darauf hinweisen, daß Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Interpellation nicht gefaßt werden können, es sei denn, sie bringen zum Ausdruck, daß die Beantwortung der Interpellation dem Hause entspricht oder nicht.

In der Reihe der Redner hat der Herr Abgeordnete Zietzsch das Wort.

Zietzsch (SPD): Ich möchte erst nach der Stellungnahme des Herrn Ministerialdirektors Dr. Ringelmann sprechen.

Präsident Dr. Stang: — Herr Dr. Ringelmann hat heute schon gesprochen.

Zietzsch (SPD): — Er sagte, er wollte heute nachmittag noch einmal zu dem Stellung nehmen, was vorgetragen worden ist.

Präsident Dr. Stang: — Herr Dr. Ringelmann ist nicht anwesend; infolgedessen kann er auch nicht das Wort ergreifen.

Zietzsch (SPD): — Ich habe einige Fragen zu stellen, und zu deren Beantwortung muß er da sein. Schließlich mußte Herr Dr. Ringelmann, daß wir die Debatte fortsetzen.

Präsident Dr. Stang: — Vielleicht ist er im Hause. Ich schlage vor, die Sitzung auf einige Minuten zu unterbrechen und auf seine Ankunft zu warten.

(Abg. Zietzsch: Einverstanden. — Pause.)

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, die Zeit bis zur Ankunft des Herrn Ministerialdirektors Dr. Ringelmann dadurch auszufüllen, daß wir einen schon mehrere Male auf die Tagesordnung gesetzten Punkt herausgreifen und darüber berichten lassen. Es ist der Bericht des Untersuchungsausschusses zum Fall Müßlein, der in Beilage 4001 enthalten ist.

Ich möchte im übrigen von dieser Stelle aus dem Wunsch und der Erwartung Ausdruck geben, daß die Vertreter der Staatsregierung bei den Beratungsgegenständen, für die sie zuständig sind, rechtzeitig anwesend sind.

(Allgemeine Zustimmung.)

Ich rufe auf Punkt 8 der heutigen Tagesordnung:

Bericht des Untersuchungsausschusses zum Fall Müßlein (Beilage 4001).

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Kurz; ich erteile ihm das Wort.

Kurz (CSU), Berichterstatter: Mitglieder des hohen Hauses, meine Damen und Herren! Der **Schlussbericht** des Untersuchungsausschusses zur Überprüfung bestimmter Vorgänge im Ernährungsministerium auf Beilage 4001 hat folgenden Wortlaut:

Bericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung einzelner Vorgänge im Landwirtschaftsministerium; hier: Klärung des Falles Mühlelein gemäß Beschluss vom 23. Juni 1950.

Schlussbericht über die Untersuchungen zur Klärung des Falles Mühlelein.

Der Untersuchungsausschuss zur Prüfung einzelner Vorgänge im Landwirtschaftsministerium billigt in seiner 71. Sitzung am Montag, den 19. Juni 1950, einstimmig folgenden Schlussbericht über die Untersuchungen zur Klärung des Falles Mühlelein:

1. Entwicklung.

Zur Jahreswende 1945/46 fanden in der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz hier in München ernste Besprechungen darüber statt, wie der immer stärker auftretende Kartoffelkäfer bekämpft werden soll. Nach Aussage des Herrn Regierungsdirektors Scharf in der letzten Beweisaufnahme anlässlich der Vernehmung des Herrn Staatsministers a. D. Dr. Baumgartner bestand im Jahre 1946 die Gefahr, daß durch den Kartoffelkäfer und andere Pflanzenschädlinge die Ernährung des Volkes aufs schwerste gefährdet würde. Angesichts dieses ungeheuren Schadens erschien der Landesanstalt die Erteilung von Millionen-Aufträgen zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsgeräten als wohl vertretbar. Die Landesanstalt war sich mit den Außenstellen einig, daß zur Bekämpfung raschestens Geräte im Staatsauftrag hergestellt werden müssen. Sämtliche leistungsfähigen Fabrikanten von Spritzgeräten lagen außerhalb der US-Zone, hauptsächlich in der französischen und in der russischen Zone. Auf der Suche nach einem leistungsfähigen Betrieb im rechtsrheinischen Bayern kam die Landesanstalt durch Vermittlung des ihr bekannten Forstwissenschaftlers Dr. Wellenstein auf die Firma Eduard Mühlelein in München.

2. Der Betrieb Mühlelein.

Die Firma Eduard Mühlelein, München, Alleinhaber Herr Eduard Mühlelein, wurde am 1. April 1943 gegründet. Zweck des Unternehmens war die Herstellung von Kunstlederwaren. Von 1943 bis 1945 wurde das Unternehmen fünfmal ausgebombt und die Firma erhielt bis 1. Januar 1950 eine Entschädigung von 255 000 RM. Ab Juni 1945 wurde der Betrieb in der Amalienstraße 69/0 wieder aufgenommen und ab 10. Oktober 1945 in die ermieteten Räume der Montan-Industrie GmbH, München, Rosenheimer Straße 145, verlegt. Aus den Beständen der Dynamit-AG. erhielt nun die Firma Werkzeuge und Maschinen und verbreiterte die Fabrikation auch auf Metallwaren, und zwar ab 1. Januar 1946. Die Belegschaft betrug zu diesem Zeitpunkt ca. 80 Angestellte und Arbeiter. Wie durch die Sachverständigen, Professor Dr. Otto Hintner und Regierungsoberinspektor Brenner, festgestellt ist, wurden erhebliche Investitionen gemacht (vor der Währungsumstellung 900 000 RM, nach der Währungsumstellung 400 000 DM).

3. Auftragserteilung durch den Staat.

Infolge der unter Ziffer 1 erwähnten Notwendigkeiten bestellte nun die Landesanstalt, ohne über die Person und die geschäftliche Vertrauenswürdigkeit des Firmeninhabers Informationen einzuziehen, am 23. Januar 1946 10 000 Niederdruckkolben-sprizen im Werte von ca. 700 000 RM, ferner am 30. September 1946 10 000 Rückenstäuber im Wert von ca. 550 000 RM.

Erstere Bestellung diente ausschließlich zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers, die zweite zusätzlich zur Bekämpfung des Raps-glanz-käfers und des Borkenkäfers. Beide Aufträge waren Staatsaufträge, was auch dadurch hervorgehoben wurde, daß die Geräte die Prägung „Staat Bayern“ tragen mußten. Beide Aufträge sind von Herrn Dr. Boshart unterzeichnet und anerkannt. In der Folgezeit, also im Spätherbst 1946, kamen nun aus allen Landesteilen Wünsche, zum Beispiel von Hopfenzüchter- und Gartenbauwirtschaftsverbänden und der Baywa, die Landesanstalt möchte sich doch einschalten, um Schädlingsbekämpfungsgeräte auf den Markt zu bringen. Die Landesanstalt führte nun Verhandlungen in dieser Richtung, wobei vom Landwirtschaftsamt erklärt wurde, Kontingente könnten nur gegeben werden, wenn ein ordentlicher Auftrag vorliege. Daraufhin hat die Landesanstalt am 14. November 1946 folgendes Schreiben an die Firma Mühlelein gerichtet:

Betr. Pflanzenschutz; hier: Beschaffung von Schädlingsbekämpfungsgeräten.

Laut Schreiben der Bayer. Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz vom 5. November 1946 an das Bayer. Landwirtschaftsamt, worin der Bedarf an Schädlingsbekämpfungsgeräten für Bayern festgelegt und die Dringlichkeit durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestätigt wurde, erhalten Sie folgenden Auftrag:

30 000 Kolbenrücken-sprizen,
2 000 Motorsprizen,
20 000 Rückenstäuber,
250 Motorstäuber,
4 000 Handstäuber.

Sie werden gebeten, sich an die in obengenanntem Schreiben festgelegten Richtlinien zu halten und sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Herstellung der Geräte in die Wege zu leiten.

J. B.

(gezeichnet) Dr. U. Springer.

In der im Schreiben erwähnten Beilage sind die Gründe für das Gerätebeschaffungsprogramm der Landesanstalt aufgeführt und zum Schluß heißt es: „Der Verkauf der Geräte über den freien Handel kann nur unter der Kontrolle der Landesanstalt stattfinden.“ Der Wert dieses Auftrags dürfte ca. 8 Millionen R-Mark betragen haben.

Hervorzuheben ist, daß zur Zeit der Auftragserteilung am 14. November 1946 bei der Landesanstalt keine Unterschiede zwischen den Begriffen „Lieferungsauftrag“, „Herstellungsauftrag“, „Herstellungsaufgabe“ und „Kontingentierungsauftrag“ gemacht wurden.

Die Firma Mühlelein hat die Annahme des Auftrags vom 14. November 1946 mit Schreiben vom 12. Dezember 1946 ausdrücklich bestätigt.

(Kurz [CSU])

4. Verlauf bis zur Währungsreform.

Auf Grund der Aufträge erhielt nun die Firma Nüßlein an Kontingenten bis 20. Juni 1948 Walzwerkserzeugnisse ca. 120 Tonnen, Fittings und Armaturen ca. 0,5 Tonnen, Heddur 2,0 Tonnen, Messing 7,32 Tonnen. Da äußerste Eile nottat, sollten die ersten zwei Aufträge möglichst bald ausgeliefert werden. Geliefert wurde bis 20. Juni 1948 aus dem ersten Auftrag über 10 000 Niederdruckkolbenpumpen außer einem Probegerät überhaupt nichts. Von den bestellten 10 000 Rückenfstäubern des zweiten Auftrags kamen 2271 Stück zur Auslieferung.

(Abg. Stock: Ja, was hat der mit dem Metall gemacht?)

Hierzu müssen die Schwierigkeiten der Zubringersfirmen von Einzelheiten erwähnt werden. Von dem sogenannten dritten Auftrag wurde überhaupt nichts geliefert und nachweislich über Lieferungen oder gar Bezahlung auch nicht gesprochen. (Allerdings liegen hier Aussagen von Herren der Landesanstalt vor, als hätten sie Herrn Nüßlein aufgeklärt, daß es sich um keinen Lieferungs-auftrag, sondern nur um einen Herstellungsauftrag im Sinne einer Auflage handle.)

(Abg. Stock: Ei, ei, ei!)

Der Betrieb Nüßlein verdiente bis dahin an der Kunstlederfabrikation verhältnismäßig sehr gut und wurde verschiedentlich erweitert. Auch wurden für Betriebsangehörige Wohnungen erstellt und dazu, wie auch für weitere soziale und caritative Zwecke, erhebliche Mittel aufgewendet.

Die der Firma zugeteilten Kontingente an Eisen usw. wurden laut vorliegender Kontingentbuchhaltung im Betrieb verwendet.

5. Verlauf nach der Währungsreform.

Der Betrieb Nüßlein war inzwischen auf ca. 500 Angestellte und Arbeiter angewachsen. Die Kunstlederfabrikation, bis dahin ein blühendes Geschäft, wurde gewaltig eingeschränkt. Dazu kam, daß die Landesanstalt die beiden ersten Aufträge auf Grund des § 20 des Umstellungsgesetzes vom 6. Juli 1948 stornierte. Der sogenannte dritte Auftrag wurde nicht storniert. Hierzu erklärte die Landesanstalt durch ihren vom Ausschuß vereidigten Referenten, die Stornierung sei deshalb unterlassen worden, weil der dritte Auftrag niemals als Lieferungs-auftrag gegolten habe und sie deshalb als nicht veranlaßt erschien. Herr Nüßlein dagegen gibt an, daß er im Vertrauen auf den dritten Auftrag als Lieferungs-auftrag sehr groß investiert und Neuentwicklungen vorgenommen habe, die erhebliche Geldmittel erfordert hätten.

Die Landesanstalt nahm nach Angabe des Herrn Nüßlein auch jetzt noch 1440 Rückenfstäuber und 6151 Rückenkolbenpumpen ab.

Im Herbst 1948 entstanden nun die ersten größeren Schwierigkeiten. Im Vertrauen auf den sogenannten dritten Auftrag gab die Gemeindebank München einen größeren Kredit. Am 3. Februar 1949 wurde von den Beauftragten des Herrn Nüßlein, den Herren Dr. Köpmann und Dr. Hoberdorfer, mit der Landesanstalt ein Vergleich abgeschlossen, der besagt, daß die Anstalt noch-

mals 1500 Kolbenrückenspritzen à 60.— DM abnimmt. Damit sollten nach dem Wortlaut des Vergleichs alle Forderungen aus allen drei Aufträgen abgegolten sein. Herr Nüßlein bestreitet die Vertretungsbefugnis dieser Herren, während diese ihre Befugnis behaupten und erklären, Herrn Nüßlein alsbald nach Abschluß des Vergleichs hiervon verständigt zu haben. Am 10. Juni 1949 wurde dann vom Amtsgericht München das Konkursverfahren eröffnet.

6. Tätigkeit des Untersuchungsausschusses.

Am 5. Oktober 1949 machte Herr Nüßlein eine Eingabe an den Ausschuß für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtags in dieser Angelegenheit. Der Ausschuß behandelte diesen Fall am 28. November 1949 und verwies ihn an den Untersuchungsausschuß zur Prüfung einzelner Vorgänge im Landwirtschaftsministerium. Dieser hat nun in 24 Sitzungen eingehend unter Vernehmung zahlreicher Zeugen die Angelegenheit zu klären versucht. Die Aufgabe des Ausschusses war es, neben der Prüfung der Eingabe ein Urteil zu gewinnen, ob die Beamten der Landesanstalt und des Ministeriums sich Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist in nachfolgendem Beschluß festgelegt. Bei der Beweisaufnahme hat sich ergeben, daß die geschäftliche Vertrauenswürdigkeit des Herrn Nüßlein, die bei der Auswahl des Auftragnehmers bei Staatsaufträgen solchen Umfangs zu fordern ist, nicht vorhanden war.

Folgende Kernfragen waren zu entscheiden:

1. War der unter dem 14. November 1946 erteilte sogenannte dritte Auftrag ein Werkvertrag im Rechts-sinne oder eine Herstellungsaufgabe?
2. Warum ist die Stornierung am 6. Juli 1948 nicht auch bezüglich des dritten Auftrags erfolgt?
3. Sind unter der Voraussetzung, daß der dritte Auftrag als Werkvertrag angesehen wird, durch den Vergleich vom 3. Februar 1949 die Verpflichtungen des Staates aus dem Werkvertrag aufgehoben worden?

Zu Frage 1: Die Frage, ob der am 14. November 1946 erteilte Auftrag Lieferungs- oder Herstellungsvvertrag war, kann der Ausschuß nicht klären. Nach den Erklärungen der zuständigen Ministerien ist der Auftrag vom 14. November 1946 als Herstellungsaufgabe zu beurteilen, während die von der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren gegen Nüßlein angeforderten Gutachten der Betriebsprüfer Professor Hintner und Regierungsoberinspektor Zrenner die Auffassung vertreten, es liege ein fester Staatsauftrag im Sinne eines Werkvertrags gemäß § 631 ff. BGB vor. Es kann nur soviel gesagt werden, daß es die Landesanstalt bei der Auftragserteilung an kaufmännisch und juristisch einwandfreien Formulierungen hat fehlen lassen, wodurch leider auch eine Auffassung, als handle es sich um den gleichen Staatsauftrag wie bei den ersten zwei erteilten, entstehen konnte. Besonders das Verhalten des Diplomingenieurs Koch, eines Angestellten der Landesanstalt, der mit Nüßlein enge persönliche Beziehungen angeknüpft hat

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

(Kurz [CSU])

und Zuwendungen in Empfang nahm, ist zweifelsohne zu verurteilen. Aus den Vernehmungen war aber kein Nachweis dafür zu erbringen, daß die leitenden Angestellten der Landesanstalt bei Erteilung des Auftrags oder später daran gedacht haben, daß die Landesanstalt zur Abnahme und Bezahlung der Geräte verpflichtet werden sollte.

Zu Frage 2: Daß die Landesanstalt den dritten Auftrag nicht ebenfalls storniert hat, findet seine Erklärung in der Behauptung der Landesanstalt, sie habe den dritten Auftrag niemals als Wertvertrag angesehen. Daß die Landesanstalt bei der Stornierung der ersten zwei Aufträge nicht auch wenigstens aus Zweckmäßigkeitserwägungen den dritten Auftrag vorsorglich mit storniert hat, gehört aber jedenfalls zu den bedauerlichen Unklarheiten in der Geschäftsführung.

(Hört!)

Daß Herr Nüßlein aus der fehlenden Stornierung des dritten Auftrags keine Bedenken über die Natur dieses Auftrags in sich aufkommen ließ, hat er selbst zu vertreten. Für ihn mußte es doch auffallend sein, daß der Staat infolge Geldmangels die ersten beiden Aufträge im Wert von ca. 1,2 Millionen R-Mark stornierte und den dritten Auftrag, der über 8 Millionen betrug, einfach laufen ließ.

Zu Frage 3: Ein Verschulden der Landesanstalt beim Abschluß des Vergleichs vom 3. Februar 1949 ist nicht ersichtlich. Wenn nun Herr Nüßlein die Zuständigkeit der beiden Herren, die den Vergleich ausdrücklich in seinem Namen abschlossen, bestreitet und weitere rechtliche Einwendungen von Seiten Nüßleins und der Gläubiger gegen die Gültigkeit des Vergleichs erhoben werden, so kann darüber nicht der Ausschuß, sondern nur das ordentliche Gericht die Entscheidung treffen.

Nach einem eingeholten Bericht des Konkursverwalters Dr. Bez könnte ein 30prozentiger Zwangsvergleich mit ca. 827 000 DM, eine 100prozentige Konkursabwicklung aber mit ca. 1 980 000 DM erfolgen.

Dieser Bericht wurde sowohl dem Finanz- als auch dem Landwirtschaftsministerium zur Begutachtung und Stellungnahme vorgelegt. Der Ausschuß wies dabei darauf hin, daß man einen Vergleich von diesen Stellen aus prüfen sollte. Beide Ministerien wiesen ein solches Ansuchen ab und erklärten, die Staatsregierung bzw. die Landesanstalt trage keinerlei Schuld an dem Zusammenbruch der Firma. Nach dieser Entscheidung der beiden Ministerien erwog der Ausschuß nochmals eingehend alle Möglichkeiten, um besonders den Gläubigern und den Angestellten und Arbeitern zu ihrem Geld zu verhelfen.

Der Ausschuß kam dann zu folgendem Beschluß:

1. Zur Petition des Herrn Nüßlein an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß des Bayerischen Landtags:

Der Ausschuß muß die Frage der Schadenshaftung für den Zusammenbruch der Firma Nüßlein offen lassen, da hierzu schwierige Rechtsfragen zu entscheiden sind. Auf Grund seiner umfassenden Beweiserhebung

erscheint dem Ausschuß jedoch im Gegensatz zu den Rechtsgutachten der Ministerien, bei deren Erstellung die Beweisaufnahme noch nicht erfolgt war, im Falle eines Prozesses gegen den bayerischen Staat ein gewisses Risiko für den Staat gegeben. Der Ausschuß hält deshalb einen Vergleich für vertretbar und empfiehlt nochmals der bayerischen Staatsregierung, die eventuellen Vergleichsmöglichkeiten nach dem gesamten gewissenhaft gesammelten Aktenmaterial des Ausschusses raschestens zu überprüfen. Die von Nüßlein in seiner Protestschrift genannte Vergleichssumme von über 3 Millionen DM erscheint jedoch für eine Vergleichsgrundlage als weit überseht.

(Abg. Seifried: Das ist ja wahnsinnig billig!)

2. Zur Frage des Verschuldens der Staatsbeamten: Die Auftragserteilung und die folgenden Mitteilungen an Nüßlein zum strittigen Auftrag haben zweifellos die wünschenswerten kaufmännische und juristische Klarheit vermissen lassen. Immerhin haben die Beamten der Landesanstalt bei der Auftragserteilung und den folgenden Verhandlungen mit Nüßlein diesem Anhaltspunkte gegeben, aus denen er Bedenken über seine Auffassung von der Natur des dritten Auftrags hätte entnehmen können. Einen Mangel stellt es auch dar, daß die Landesanstalt die geschäftliche Vertrauenswürdigkeit des Nüßlein zur Übernahme so großer Verpflichtungen nicht genügend geprüft hat. Unter Berücksichtigung der damaligen Zeitverhältnisse, insbesondere der Personallage, kann jedoch ein erhebliches Verschulden einzelner Beamten an den vorhandenen Unklarheiten und der unterlassenen Prüfung nicht festgestellt werden. Festzustellen ist, daß sich ein Angestellter der Landesanstalt persönlich nicht einwandfrei verhalten hat.

3. Der Untersuchungsausschuß stellt an das hohe Haus das Ersuchen, diesem Beschluß die Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Stang: Zu diesem Bericht, den der Herr Abgeordnete Kurz vorgetragen hat, hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Meine Damen und Herren! Die außerordentlich umfangreiche Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses ist aller Anerkennung wert. Trotzdem stelle ich den Antrag, den Beschluß auf Seite 3 der Beilage 4001 in dieser Form nicht zu genehmigen. Ich beantrage, unter Ziffer 1 des Beschlusses auf Seite 3 folgende Sätze zu streichen:

Auf Grund seiner umfassenden Beweiserhebung erscheint dem Ausschuß jedoch im Gegensatz zu den Rechtsgutachten der Ministerien, bei deren Erstellung die Beweisaufnahme noch nicht erfolgt war, im Falle eines Prozesses gegen den bayerischen Staat ein gewisses Risiko für den Staat gegeben. Der Ausschuß hält deshalb einen Vergleich für vertretbar und empfiehlt nochmals der bayerischen Staatsregierung, die eventuellen Vergleichsmöglichkeiten nach dem gesamten gewissenhaft gesammelten Aktenmaterial des Ausschusses raschestens zu überprüfen. Die von Nüßlein in seiner Protestschrift genannte Vergleichssumme von über 3 Millionen DM erscheint jedoch für eine Vergleichsgrundlage als weit überseht.

Das alles soll also gestrichen werden.

(Dr. Hoegner [SPD])

Gegen diese Sätze sprechen zunächst einmal **verfassungsrechtliche Bedenken**. Die Aufgabe des Untersuchungsausschusses besteht darin, auf Grund der Beweiserhebungen, die in dem Verfahren angestellt werden, Feststellungen zu treffen. Zweitens ist es nicht Aufgabe des Landtags, der Staatsregierung in einer Frage, die sie allein angeht, die Verantwortung abzumessen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Mit der Fassung des Beschlusses würde der Regierung vom Landtag die Ermächtigung gegeben, einen **Vergleich** abzuschließen, dessen Betrag unter Umständen in die Millionen geht, wenn auch der hohe Betrag von über 3 Millionen DM vom Ausschuß nicht empfohlen wird. Ob der Staat einen Prozeß durchführen soll oder nicht, liegt einzig und allein im pflichtgemäßen Ermessen der beteiligten Behörden. Dieses pflichtgemäße Ermessen kann der Landtag der Staatsregierung nicht abnehmen. Das ist um so weniger möglich, als die größte Anzahl der Mitglieder des Landtags gar keine Gelegenheit gehabt hat, sich in diese Sache zu vertiefen. Schließlich kommt noch das eine hinzu, daß es häufig nicht einmal einem sehr gewiegten Anwalt möglich ist, die Aussichten eines Prozesses von vornherein zu ermessen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Als nächster Redner folgt Herr Abgeordneter Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Meine Damen und Herren! Ich muß mich den Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Dr. Hoegner, anschließen.

Zunächst ist zu sagen, daß es überhaupt nicht Aufgabe eines Untersuchungsausschusses ist, Eingaben zu behandeln und zu benoten.

(Sehr gut! links.)

Darum ist meiner Ansicht nach die ganze Ziffer 1 des Beschlusses nicht möglich. Zur Behandlung der Eingaben und Beschwerden ist der Eingaben- und Beschwerdenausschuß und nicht ein Untersuchungsausschuß zuständig. Abgesehen davon beinhaltet der vorgeschlagene Beschluß keine Bewertung der Eingabe im Sinne der Geschäftsordnung.

(Abg. Bezold Otto: Sehr richtig!)

Die Eingaben werden nach der Geschäftsordnung folgendermaßen bewertet: Sie werden der Staatsregierung 1. zur Kenntnismahme, 2. als Material, 3. zur Würdigung oder 4. zur Berücksichtigung überwiesen. Sie kennen ja alle das Schema.

(Abg. Kurz: Das war doch Sache des Untersuchungsausschusses, nicht des Eingabenausschusses!)

— Warum diese Aufregung?

(Abg. Kurz: Weil wir doch schon 10 000 Eingaben behandelt haben und wissen, wie wir sie benoten müssen.)

— Ich sage, das hier ist keine solche Benotung einer Eingabe. Wohin geht denn die Eingabe des Herrn Müßlein? Sie geht dahin, daß der Landtag ihm zur

Verwirklichung seiner Forderungen gegenüber dem bayerischen Staat verhelfen solle, und der Eingaben- und Beschwerdenausschuß hätte zu der Eingabe im Sinne der Geschäftsordnung Stellung nehmen müssen.

(Abg. Kurz: Das ist geschehen!)

Da gibt es nichts zu diskutieren; denn es ist nicht Aufgabe eines Untersuchungsausschusses, ein **Prozessrisiko** zu überprüfen und festzustellen. Ich würde mich als Volljurist nicht getrauen, hier ohne weiteres, auch nach reichlicher Überprüfung, ein Urteil abzugeben. Der Vorschlag, den uns der Ausschuß empfiehlt, kann daher meiner Ansicht nach vom Plenum nicht angenommen werden.

Dagegen ist die Ziffer 2 vollkommen in Ordnung. Hier wird die Tatsache festgestellt — das ist ja die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses —, ob **Beamte** ein Verschulden trifft oder nicht.

Bezüglich der **Eingabe** beantrage ich, sie noch einmal an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß zur Benotung zurückzuverweisen.

(Abg. Dr. Hoegner: Aber nicht zur Berücksichtigung, Herr Kollege Kurz!)

Präsident Dr. Stang: Was der Herr Abgeordnete Schefbeck bezüglich der Aufgaben des Eingaben- und Beschwerdenausschusses ausgeführt hat, ist durchaus richtig. Der Eingaben- und Beschwerdenausschuß hat die an ihn gelangenden Eingaben und Beschwerden zu überprüfen und dann bestimmte Werturteile abzugeben, und zwar in der Reihenfolge „zur Berücksichtigung“, „zur Würdigung“, „als Material“, „zur Kenntnismahme“ und „Übergang zur Tagesordnung“. Hier handelt es sich nicht um die Tätigkeit des Eingaben- und Beschwerdenausschusses, sondern auf Grund eines Landtagsbeschlusses wurde aus der Mitte des Eingaben- und Beschwerdenausschusses heraus ein **Untersuchungsausschuß** eingesetzt, der natürlich gewisse Feststellungen treffen muß. Ein Beschluß, wie die Eingabe zu bewerten ist, steht aber allein dem Eingaben- und Beschwerdenausschuß zu, und zwar im Sinne der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Bewertungen. So ist es jedenfalls zu erklären.

Der Herr Abgeordnete Weinzierl Alois hat das Wort.

Weinzierl Alois (CSU): Hohes Haus, verehrte Frauen und Männer! Es wurde bereits von unserem sehr verehrten Herrn Präsidenten darauf hingewiesen, daß schließlich und endlich der Eingabenausschuß die Eingabe zu benoten hat.

Ich möchte kurz auf das Anfangsstadium eingehen. Als seinerzeit Herr Müßlein seine Eingabe beziehungsweise Beschwerde an den Eingabenausschuß machte, beschloß dieser nach längerer Verhandlung, an das Plenum den Antrag zu stellen, die Eingabe möchte in einem Untersuchungsausschuß behandelt werden. Ich zählte damals zu den wenigen Mitgliedern des Eingabenausschusses, die sich gegen diesen Antrag wandten, weil ich mir sagte, die Sache gehört vor den Staatsanwalt. Der Ausschuß beschloß aber mit Mehrheit, die Eingabe dem Plenum vorzulegen und um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu ersuchen, die dann auch beschlossen wurde.

(Abg. Kurz: Durch das Plenum!)

(Weinzierl Alois [CSU])

— Durch das Plenum. Ich möchte sagen, so schwierig diese einzelnen Sitzungen waren, so interessant war es für mich doch, manches zu erfahren, was sich damals besonders in der **Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz** abgespielt hat.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

— Damals sind Sachen vorgekommen, über die ich heute noch staune. Der Herr Vorsitzende, Kollege Kurz, hat in seinem Bericht bereits verlesen, daß an die Firma Mühle ein Unmenge **Kontingentscheine** gegeben wurde. Sie haben weiter gehört, daß auf den ersten und zweiten Auftrag nur ganz wenig geliefert wurde. Trotzdem wurde am 14. November 1946 ein dritter Auftrag erteilt, wofür die Firma Mühle ein sehr großes Kontingent erhielt. Ich möchte jetzt besonders an die Bauern und Geschäftsleute und an die Herren appellieren, die damals in den Wirtschaftsämtern und Landratsämtern beschäftigt waren. Es war uns oft unmöglich, einen kleinen Kontingentschein zu erhalten,

(Abg. Stod: Sehr richtig!)

und ich bin nicht nur einmal, sondern vielleicht fünfzigmal an das Regierungswirtschaftsamt nach Regensburg gefahren, um dort Kontingentscheine zu erhalten. Es war aber nur wenig oder gar nichts zu bekommen. Ein großer Teil unserer Bauern und Geschäftsleute mußte mehr oder weniger schieben, wie man sich so auszudrücken pflegt, um den Betrieb noch einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Wurden die Bauern dann erwischt, dann hat man sie bestraft und womöglich auch eingesperrt. In der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz wurden aber für 8 Millionen Mark Kontingentscheine hinübergegeben.

(Abg. Stod: Hört, hört!)

Da hat kein Mensch daran gerüttelt. Das war eine Selbstverständlichkeit, weil der **Kartoffelläfer** bekämpft werden mußte. Mit der Kartoffelläferbekämpfung war es aber nichts, weil die Firma Mühle wenig oder nichts herstellte. Die Kontingentscheine waren jedoch beim Teufel, wenn ich mich so ausdrücken darf. Das ist das eine.

Sehr interessant waren für mich auch die verschiedenen **Zeugenauslagen** vor dem Untersuchungsausschuß. Einzelne Herren haben sich dort gebärdet, als ob sie überhaupt unnahbar wären und mehr oder weniger die Aussage verweigern wollten, besonders mein verehrter Freund, der Herr Minister a. D. Dr. Baumgartner.

(Abg. Allwein: Der wird schon gewußt haben, warum!)

— Bitte, hat er gewußt, daß damals unter seinem Regime sounso viele tausend Kontingentscheine hinausgegeben wurden, Herr Kollege Allwein? Hätte ich als armer Landrat das im kleinen gemacht, wie wäre es mir ergangen? Ich hätte mich wohl vor einem Untersuchungsausschuß nicht so gebärden dürfen, sonst wäre es mir anders ergangen.

Die Person des Herrn Mühle geht mich nichts an, aber wie wurde da mit dem Geld herumgewirtschaftet! Geschenke wurden verteilt, Darlehen gegeben, sogar kleine Provisionen wurden an die einzelnen Herren verteilt.

Solange der gute Herr Mühle Geld hatte, ist man an ihn herangetreten um alles Mögliche. Ich will das nicht im einzelnen aufzählen. Als die Sache schief gegangen ist — wie es so heißt „die Ratten verlassen das sinkende Schiff“ —, da war es auf einmal der Herr Mühle und nicht die anderen.

Ich komme nun zu den Ausführungen der beiden Herren Juristen Staatsrat Dr. Hoegner und Kollege Schefbeck.

(Zuruf: Da ist noch einer da!)

— Ja, der hat nichts gesagt; ich will nicht einen dritten hineinziehen, der sich nicht beteiligt hat.

(Zuruf: Aber der wird noch etwas sagen! —

Abg. Bezold Otto: Warten wir mal ab!)

Also, die beiden Juristen haben gesagt, der Eingabenausschuß hat nur zu benoten. Ich möchte dazu bemerken: Der Untersuchungsausschuß hat diese Eingabe an den Eingabenausschuß zurückgegeben, und der Eingabenausschuß hat darüber beraten.

(Zuruf von der SPD: Aber Note habt ihr keine gegeben!)

— Ich gebe zu, wenn wir die Eingabe der Regierung zur Würdigung hinübergegeben hätten, damit sie einen **Vergleich** schließe, dann wäre die Sache erledigt gewesen, dann hätten wir von euch keine Nase bekommen.

(Heiterkeit. — Abg. Zietzsch: Dann hätten wir uns um die Note gestritten!)

Uns war es darum zu tun, einen **Prozeß** zu vermeiden. Zeit meines langen Lebens habe ich jeden Prozeß vermieden; denn für mich gilt ein Prozeß, auch wenn er gewonnen ist, als verloren.

(Abg. Drehsel: Schon wegen der Rechtsanwälte!)

— Jawohl! Unser Vergleichsvorschlag ging dahin, auf einer Basis von 827 000 DM abzuschließen, und zwar aus der Erwägung, daß in dieser Vergleichssumme schon ein paar hunderttausend Mark an Arbeitslöhnen stecken.

(Abg. Maag: Und Steuergelder!)

— Ja, Steuergelder, so daß der Staat mehr oder weniger keine Ausgaben hat; denn aus der einen Tasche geht es heraus und in die andere hinein. Bezüglich der Löhne der Arbeiter und Angestellten stehe ich wie alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses und des Eingabenausschusses auf dem Standpunkt, daß die **Vorenthaltung des Arbeitslohns eine schwere Todsünde** ist.

(Sehr gut!)

Gerade aus diesem Grund, also aus sozialen Erwägungen, hätten wir sagen sollen: Wir bitten die bayerische Staatsregierung, den Vergleich mit 827 000 DM abzuschließen, damit die armen Angestellten und Arbeiter ihr wohlverdientes Geld bekommen. Das war unser Grundgedanke, und wenn der Eingabenausschuß das unterlassen hat — wir sind keine Juristen —, so nehme ich gerne den Antrag Dr. Hoegner an, die Angelegenheit nochmals an den Eingabenausschuß zurückzuverweisen. Wir werden dann die Eingabe mit „Würdigung“ benoten, und in diesem Sinne bitte ich weiter zu verfahren.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Ich habe hierzu noch etwas zu sagen. Es besteht oder bestand vielleicht die Meinung, daß es sich um einen Bericht des Eingaben- und Beschwerdenausschusses handle. Das ist, wie ich feststellen möchte, nicht richtig. Es handelt sich um einen Bericht des **Untersuchungsausschusses**, der seinerzeit zur Untersuchung verschiedener Vorgänge im Landwirtschaftsministerium eingesezt worden ist. Zu diesen Vorgängen zählt auch der Fall Nüßlein. Also ist dieser Bericht, wie ich der Klarheit wegen feststellen möchte, ein Bericht des Untersuchungsausschusses, so daß meine Folgerung von vorhin, es könne sich nur um die Bewertung durch den Eingabenausschuß handeln, nicht richtig ist. Ich glaube, die Sache ist jetzt klar.

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Die Herren Juristen mögen von ihrem Gesichtspunkt aus recht haben, aber auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß sich der Untersuchungsausschuß in 24 Sitzungen mühsam mit einer Art Rechtsfindung oder einer Beurteilung der Sache befaßt hat. Ich glaube, wenn wir in dem Sinn, wie Herr Kollege Dr. Hoegner es vorhin dargelegt hat, vorgegangen wären, dann wäre es Aufgabe des Eingaben- und Beschwerdenausschusses gewesen, die Beschwerde kurzerhand der Staatsregierung zur Würdigung oder als Material hinüberzugeben. Das haben wir aber in diesem Fall bewußt nicht getan, weil der Auftrag des Plenums an den Untersuchungsausschuß vorlag, und demgemäß sind wir zu dem Beschluß gekommen, der Ihnen hier vorliegt. Ich kann Ihnen sagen, daß wir um diesen Beschluß unter uns gerungen haben

(Zuruf: Das hättet ihr euch sparen können!)

und schließlich zu dem Ergebnis gekommen sind, das Herr Kollege Kurz Ihnen vorhin vorgetragen hat. Wir wissen durchaus, was wir dem hohen Haus hier vorschlagen, aber ich frage Sie: Welche Aufgaben — offenbar handelt es sich hier um einen Grenzfall, Herr Kollege Dr. Hoegner — hätte denn in diesem Fall ein Eingaben- und Beschwerdenausschuß überhaupt gehabt, wenn es sich um die Eingabe eines Petenten handelt, zu seinem vermeintlichen materiellen Recht zu kommen? Ich glaube also, wir sollten uns hier doch ernsthaft mit der Frage befassen, daß das Plenum den Beschluß und damit eine gewisse Empfehlung an die Staatsregierung anerkennt.

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baumeister.

Baumeister (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, hohes Haus! Nachdem mein Kollege Weinzierl in seinen Ausführungen die Tätigkeit der Landesanstalt etwas scharf kritisiert und bezüglich der Kontingentsverteilung hervorgehoben hat, daß damals keiner der bäuerlichen oder handwerklichen Betriebe bei der Kontingentsverteilung berücksichtigt werden konnte, während der Firma Nüßlein ein so hohes Kontingent zugewiesen wurde, so möchte ich doch feststellen, daß die Kontingentszuteilung zur Schädlingsbekämpfung in den Jahren 1946/47 für uns eine der wichtigsten Fragen war. 1946/47 stand unsere Ernährung durch den **Kartoffelkäfer** und unsere gesamte Holzwirtschaft durch

den **Borkenkäfer** auf dem Spiele. Daher war eine Auftragserteilung für die Bekämpfung dieser Schädlinge durch das Ministerium und die Landesanstalt wichtig. Daß die Landesanstalt nicht die geeignete Persönlichkeit gefunden hat, liegt auf einem anderen Gebiet. Sie wissen auch, daß damals, in der Zeit vor der D-Mark, die Firmen nicht immer gewillt waren, große Aufträge entgegenzunehmen, sondern sie meistens ablehnten. Ich muß hervorheben, daß in der ganzen Untersuchung den führenden Persönlichkeiten der Landesanstalt und ihren Beamten in keiner Weise ein Vorwurf nachgewiesen werden konnte.

(Rufe: Oho!)

— Nein, in keiner Weise! Es liegen eidesstattliche Erklärungen sämtlicher führenden Beamten der Landesanstalt mit Ausnahme des Angestellten Koch vor, der sofort entlassen worden ist. Es konnte weder dem Leiter noch dem führenden Beamten Dr. Mayer etwas nachgewiesen werden. Die Zeugenaussagen dieser Herren, die im Protokoll stehen, sind für uns maßgebend gewesen. Ich muß deshalb in dem Sinne, wie Kollege Weinzierl es vorgetragen hat, die Landesanstalt verteidigen und in Schutz nehmen. Daß vielleicht in der rechtlichen Fassung des Auftrags ein gewisses Verschulden zu erblicken sein mag, ist etwas, was einmal einigen Beamten, die vielleicht mit solchen juristischen Sachen nicht immer betraut sind, unterlaufen kann. Aber es ist im Untersuchungsausschuß festgestellt worden, daß den führenden Beamten der Landesanstalt nichts nachgewiesen werden konnte. Das möchte ich hier bekräftigen.

Wir haben bei der Beschlußfassung scharf mit uns gerungen und waren verschiedener Auffassung. Wir haben uns aber in Anbetracht der Verhältnisse, unter denen der gesamte Arbeiterstand der Firma Nüßlein gestanden ist und heute noch steht, dazu entschlossen, der Regierung einen Vergleich vorzuschlagen

(Abg. Weidner: Zu empfehlen, nur!)

derart, daß die **Arbeiterlöhne** sichergestellt werden.

(Widerspruch.)

Ich habe mich für meine Person immer dazu bekannt, daß ich in keiner Weise bereit wäre, der Firma Nüßlein vom Staate aus auch nur eine Mark Entschädigung zu geben. Das war immer mein Standpunkt. Ich habe zuletzt meine Zustimmung dazu gegeben, wegen der sozialen Lage der Arbeiterschaft einen Vergleich vorzuschlagen. Ob die Regierung den Vergleich eingeht oder nicht, ist ihre Sache. Wir wissen, daß die führenden Juristen der beiden Ministerien, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, uns immer erklärt haben, sie können für keinen Vergleich eintreten, das Recht liege auf ihrer Seite.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Abgeordnete Held hat das Wort.

Held (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! So einfach, wie Sie nach dem Bericht, der Ihnen vorliegt, die Sache anschauen, ist sie wirklich nicht.

(Abg. Kurz: Und war es nicht.)

(Held [CSU])

Die Sache ist für mich und jeden, der sich in dieses Gebiet hineingekniet hat, bitter ernst und nicht mit einer lächerlichen Handbewegung abzutun.

(Abg. Zietsch: Manu? Wer hat denn die Bewegung gemacht?)

Vergegenwärtigen Sie sich einmal, daß sich der **Kartoffelkäfer** im Jahre 1945/46 in Bayern ungeheuer auszubreiten suchte und die Landesanstalt bemüht war, irgendjemand zu finden, der sofort Geräte baut, um wirksame Bekämpfungsmaßnahmen durchführen zu können. Man kam bei dieser Gelegenheit auf die Firma Nüßlein.

(Zuruf des Abgeordneten Seifried.)

— Das ist gleichgültig, ob man auf den Meier, den Huber oder auf eine Kunstlederfabrik kam. Jedenfalls hat Herr Nüßlein sich bereit erklärt. Es waren auch keine Mittel vorhanden, und die Beamten des Staates haben zweifelsohne, wie die Untersuchung ergeben hat, zu ihm gesagt: Herr Nüßlein, handeln Sie nur einmal; wir werden Ihnen schon die Aufträge geben, damit Sie das Geld, das Sie hineinstecken, wieder verdienen. Und darum geht es in erster Linie: Man hat den Nüßlein veranlaßt, sich durch alle möglichen Schiebungen — ich meine Kompensationen — in der französischen Zone die Metalle zu beschaffen. Wir haben in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses erfahren, daß 108 Metallteile verschiedener Art für eine solche Spritze notwendig sind. Infolgedessen ist es nicht richtig, wenn man den Mann, der aus seinem Kunstlederbetrieb 1,4 Millionen Mark für die Landesanstalt hineingesteckt hat, dann sitzen läßt, während man auf der anderen Seite Millionen für neu zu errichtende Flüchtlingsbetriebe übrig hat, von denen jetzt 7 Millionen im Feuer und weitere 39 Millionen sehr in Frage gestellt sind. Man hätte nur die heute noch bei der Firma liegenden Spritzen im Werte von 650 000 Mark abnehmen brauchen, und die Firma wäre saniert gewesen. Nach meinem Begriff liegt hier zweifelsohne eine Boshaftigkeit vor,

(Abg. Stod: Jetzt wird es immer verwickelter!)

— Sie können sich selbst überzeugen —, und zwar eine Boshaftigkeit insofern — warum komme ich darauf? — das will ich Ihnen auch verraten —: Als im Jahre 1949 die Sache wegen des Untersuchungsausschusses kitzlig wurde, hat die Landesanstalt den Herrn Koch zu all den vorher angeschriebenen elf Firmen geschickt und sich einen fingierten Vertrag geben lassen, daß sie damals gewußt hätten, daß dieser Auftrag kein Staatsauftrag war. Während der Untersuchung kamen dann drei Firmen hierher, widerriefen diesen Vertrag und erklärten uns, sie hätten das nur auf das Versprechen des Herrn Koch hin getan, daß sie mit neuen Staatsaufträgen bedacht würden.

(Abg. Stod: Ei, ei, das wird noch schlimmer; ein ganzer Rattenschwanz von Korruptionen!)

Der ganze **Fall Nüßlein** ist sehr unangenehm gelagert. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß Nüßlein damals für 41 Familien seinen Betrieb für den bayerischen Staat zur Kartoffelkäferbekämpfung mit einem ungeheuren Kostenaufwand aufgebaut hat und heute nun aus seiner eigenen Wohnung hinausgeschmissen

werden soll, weil der Konkursverwalter ihm begreiflicherweise gekündigt hat, und es für ihn keine Stelle im Lande gibt, es sei denn der Prozeßweg — dazu fehlt Nüßlein nach den Erfahrungen, wie er im Untersuchungsausschuß erklärt hat, das nötige Geld —, dann steht für mich fest, daß ein **schreiendes Unrecht** geschieht. Daß ein solches Unrecht geschieht, Herr Kollege, dafür steht der Akt zur Verfügung. Es sind nicht meine Angaben, sondern die Angaben der von der Generalstaatsanwaltschaft herangezogenen Professoren, auch der Universitätsprofessoren, die die Gutachten abgegeben haben. Ich würde es in keiner Weise für vertretbar halten, Nüßlein, seine Firma oder sein Gebaren oder sonst etwas in Schutz zu nehmen, wenn nicht diese Professoren, die von der Staatsanwaltschaft beauftragt waren, festgestellt hätten, daß die gesamte Kontingentsbuchhaltung in Ordnung ist, das heißt, daß Nüßlein von den Bezugsscheinen, die er bekommen hat, nicht einen gewissen Prozentsatz gegen Geld oder sonstige Sachen verschoben hat. Ich habe mich als Berichterstatter auf den Fall Nüßlein beschränkt.

Wir waren uns im Ausschuß der Schwierigkeit der Aufgabe bewußt. Wir waren uns auch klar, daß manches nicht in Ordnung ist, daß auch die Beamten des Staates hier und da sehr viel gefehlt haben, sehr viele Herren wiederholt bei Herrn Nüßlein in der Wohnung waren und dort gegessen und getrunken und gewisse Herren auch reichliche Geldmittel in Empfang genommen haben.

(Abg. Baumeister: Aber nicht von der Landesanstalt!)

— Ich will die Herren nicht nennen. Sie werden die Namen aber vielleicht noch erfahren. Jedenfalls steht fest, daß wir einen **Vergleich** auf einer Grundlage empfohlen haben, den man zweifelsohne im sonstigen bürgerlichen Geschäftsleben, im Bankwesen und in der Wirtschaft als Minimalvergleich bezeichnen kann. Warten Sie noch zwei Jahre, und Sie werden sehen, welche Mittel Sie für die Kartoffelkäferbekämpfung ausgeben müssen! Ich habe erst dieser Tage ganz zufällig erfahren, daß in Württemberg mit von der Firma Nüßlein gelieferten Teilen hervorragende Erfolge erzielt worden sind. Über 4000 Kubikmeter Wald hat Nüßlein allein der Fürstin zu Wied in Württemberg gerettet.

(Abg. Zietsch: Auf diese ganzen Dinge kommt es hier nicht an.)

— Ich muß das nebenbei erwähnen, weil dem Ausschuß gewissermaßen der Vorwurf gemacht wird, als ob er leichtfertig zu einem Ergebnis gekommen wäre.

(Abg. Zietsch: Das hat niemand behauptet. —
Abg. Schefbeck: Wir behandeln doch nicht die Kartoffelkäferbekämpfung.)

Ich bin dafür, daß sich das hohe Haus entschließt, der Staatsregierung in irgendeiner Form einen **Vergleich** nahezu legen, im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse des Massenrohmaterials, das noch dort liegt und zur Vermeidung einer Verschleuderung, unter Umständen in die Millionen gehender Werte, wie sie heute durch den Konkursverwalter tatsächlich geschieht, wenn ein neuer Opel-Kapitän, der 14 000 Mark gekostet hat, um 1600 Mark, Maschinen im Werte von 650 000 Mark um 70 000 Mark verkauft worden sind oder werden

(Held [CSU])

folten. Der Mann hat sich geopfert im Auftrag des Staats und für den Staat. Und darum bin ich im Interesse beider Teile für eine vergleichsweise Regelung.

(Zurufe des Widerspruchs. — Abg. Zietzsch: Ein Geschäft hat er machen wollen!)

Präsident Dr. Stang: Der Herr Abgeordnete Bezold Otto hat das Wort.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Es ist durchaus verständlich, daß die Herren des Untersuchungsausschusses alles daransetzen, um für ihre Arbeit zu kämpfen, wengleich es schwer zu verstehen ist, daß einer der Herren so weit geht, von einem Opfer Nüßleins zu sprechen.

(Sehr gut!)

Ich glaube, keiner der hier Anwesenden hat das Gefühl, daß Herr Nüßlein besonders opferwillig war.

(Sehr richtig!)

Ein Unglück aber könnte dadurch eintreten, daß die Debatte, die eine reine Geschäftsordnungsdebatte war und auch nur eine solche sein kann, durch die Unmenge von tatsächlichen Dingen aus der Untersuchung etwa zu einer Debatte würde über das Recht oder Unrecht, das geschehen sein soll.

(Sehr richtig!)

Man könnte es sich schenken, noch zu sprechen, nachdem der Herr Kollege Dr. Hoegner und der Herr Kollege Schefbeck zur Sache gesprochen haben. Aber ich halte diese Geschäftsordnungsdebatte deshalb für so wichtig, weil sie ein für allemal präzedentiell sein wird für die Frage, welche Rechte und Pflichten ein Untersuchungsausschuß hat.

(Sehr gut!)

Die Herren des Untersuchungsausschusses, die hier gesprochen haben, haben uns erzählt, daß sie sich über ihrem Beschluß nahezu in die Haare gekommen sind. Ich persönlich bin der Meinung, daß sie sich das hätten schenken können, da sie sich damit einer Aufgabe unterzogen haben, die ihnen zumindest als Untersuchungsausschuß nicht gestellt war und auch gar nicht gestellt werden konnte.

(Abg. Weidner: Herr Kollege Bezold, es lag eine Petition zugrunde!)

Wir müssen in der Frage Nüßlein zweierlei unterscheiden: einmal die **Petition**, die an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß gegangen ist, und zum zweiten den **Auftrag des Landtags**, den er seinem Untersuchungsausschuß gegeben hat. Was die Petition betrifft, so können wir uns hinsichtlich ihrer Beratung sehr kurz fassen. Wir haben es nämlich in der Geschäftsordnung stehen, wie eine Petition beantwortet werden kann. Es gibt für die Ausschüsse, und auch für den Eingaben- und Beschwerdenausschuß, keine Möglichkeit, Petitionen anders zu benoten als mit einer der Noten, die die Geschäftsordnung des Landtags vorsieht.

Es bleibt also die Frage: Welchen Auftrag hatte der Untersuchungsausschuß im Fall Nüßlein durch den Landtag erhalten und wie weit konnte dieser Auftrag gehen? Der Name „Untersuchungsausschuß“ allein be-

weist und ist richtunggebend dafür, was ein solcher Ausschuß zu tun hat: Er hat zu untersuchen, das heißt, er hat Tatsachen zusammenzutragen, Zeugen zu vernehmen und das gegebene Material festzuhalten genau so, wie das ein Untersuchungsrichter im Strafprozeß auch zu tun hat, nicht mehr und nicht weniger. Dadurch, daß diese Untersuchung sehr schwierig ist und sich über Tage und Wochen, vielleicht sogar über Monate erstreckt, kann der Auftrag weder ausgeweitet noch irgendwie anders verstanden werden. Wollte man ihn so ausweiten, wie ihn die Herren des Untersuchungsausschusses ausweiten zu dürfen und zu müssen geglaubt haben, dann kämen wir zu einer Tatsache, auf die der Herr Kollege Dr. Hoegner schon hingewiesen hat: zu der **Verwischung von Exekutive und Legislative**. Sie wissen, der Landtag ist Gesetzgeber. Der Landtag hat in etwa noch das Recht, als Gesetzgeber darauf zu achten, daß seine Gesetze und auch frühere Gesetze beachtet werden und daß sich die Exekutive in ihrer Verwaltung an die Gesetze und an die Maßnahmen auf Grund dieser Gesetze hält. Wenn ihm irgend etwas zu Ohren kommt, daß gegen diese Maßnahmen oder Gesetze verstoßen worden sei, so hat der Landtag das Recht und die Möglichkeit, das nachzuprüfen. Er wird sich dazu im allgemeinen, wenn es sich um einen größeren Tatbestand handelt, eines Untersuchungsausschusses bedienen. Im Fall Nüßlein hat der Landtag, aufmerksam gemacht durch die Presse und durch die Beunruhigung der weitesten Öffentlichkeit, zumindest annehmen müssen, daß in der Verwaltung des Staates Dinge vorgekommen seien, die mit den Gesetzen, auch mit den Disziplinargesetzen, soweit sie unter sein Augenmerk fallen, nicht in Einklang zu bringen sind. Er hatte sich daher mit diesen Dingen zu beschäftigen und sich zu fragen, ob sie überhaupt geschehen seien oder nicht. Er hat dazu den Untersuchungsausschuß bestellt.

Der **Untersuchungsausschuß** hat gearbeitet und hat, wie wir das unter Ziffer 2 ganz klar lesen, auch eine Reihe von Tatsachen herausgebracht, die sich nach seiner Meinung mit den Gesetzen nicht vereinbaren lassen. Insofern war es gut. Es ist auch verständlich, wenn der Untersuchungsausschuß sich darüber Gedanken gemacht hat, daß etwa der Wille der Regierung, die Angelegenheit im Prozeß zu klären, den Nachteil haben könnte, daß gewisse Ausfälle in Löhnen, Steuern, Sozialversicherungsbeträgen und dergleichen eintreten. Sehr fraglich aber ist schon, ob es seiner Untersuchungspflicht und seiner Untersuchungsaufgabe entsprach, sich so weit vorzuwagen, daß er diese Dinge noch näher beleuchtete. Wenn er es tun wollte, so konnte er es, genau so wie in Ziffer 2, in der Form einer **Feststellung**, niemals aber in der Form einer **Empfehlung** an die Regierung. Denn in dem Augenblick, in dem er mit einem Vorschlag an die Regierung herantrat — und eine Empfehlung wird wohl nicht anders denn als ein Vorschlag verstanden werden können, sich so oder so zu verhalten —, begann er die Verantwortung von den Schultern der Regierung auf die Schultern des Gesetzgebers, des Landtags, zu verlegen.

Wenn er erklärt hat, ich empfehle der Regierung, die Akten noch einmal zu studieren und sich dann zu entscheiden, was sie machen soll, so ist das eine Erklärung, die er eigentlich nicht hätte zu geben brauchen; das ist ein Superfluum. Denn es ist klar, daß die ver-

(Bezold Otto [FDP])

antwortlichen Regierungsstellen sich erst nach eingehendem Studium der Akten, wozu wohl oder übel die Zeugeneinvernahme und die Akten des Untersuchungsausschusses gehören werden, endgültig entscheiden werden.

Der Untersuchungsausschuß ist aber noch weiter gegangen. Er hat das Wort „Vergleich“ ausgesprochen, das heißt, er hat dem Landtag nahegelegt, den Streit in einer ganz bestimmten Art der juristischen Klärung auszutragen, nämlich im Vergleich, es also nicht auf den Prozeß ankommen zu lassen. Damit hat er etwas getan, was er nicht tun konnte. Er hat dem Landtag vorgeschlagen, die Verantwortung für die Dinge dadurch selbst, wenigstens zum Teil, zu tragen, daß er seinerseits den Vorschlag des Untersuchungsausschusses aufnimmt und der Regierung nahelegt, die Angelegenheit im Vergleichsweg zu klären.

Ich bitte Sie, auch die politische Seite der ganzen Angelegenheit nicht zu vergessen. Ich weiß nicht, ob es politisch tragbar wäre, eine Angelegenheit, die so viel Staub im Lande aufgewirbelt, die so viel Erbitterung, Empörung und Zweifel mit sich gebracht hat, in einer Weise zu klären, daß dadurch verhindert wird, daß die letzten Hintergründe beleuchtet werden und das hierzu zuständige Gericht entscheidet, ob die Dinge in Ordnung waren oder nicht bzw. wer die Verantwortung trägt.

(Abg. Stock: Sehr gut! Darum dreht es sich!)

Ich glaube nicht, daß es auch nur erträglich wäre, wenn die Frage nach der Verantwortung durch einen Vergleich verwischt würde. Ich glaube vielmehr, daß dann weiteste Kreise des Volkes zu der Ansicht kämen, der Landtag hat hier etwas beschlossen, was so nach einer Verschleierung und nach einem Rauch aussieht und eben dann nicht erkennen läßt, wo der eigentlich Schuldige sitzt und wo zugepackt werden muß. Schon aus diesem Grunde war es meines Erachtens fragwürdig, der Regierung durch den Landtag einen Vergleich anraten zu lassen. Die Erwägungen für einen solchen Rat mögen sein, welche sie wollen, auf jeden Fall würde die Befolgung dieses Rates bedeuten, daß der Landtag in die Exekutive eingreift. Das wäre genau so, wie wenn irgend etwas Schweres gegen einen Beamten vorgebracht würde, so daß sich der Landtag veranlaßt sieht, die Dinge zu untersuchen. Es kann dem Landtag zunächst nicht einfallen, von der Regierung etwa die Entlassung dieses Beamten zu verlangen oder seine Weiterbeschäftigung zu verfügen. Der Landtag wird untersuchen und wird sich auf einen bestimmten Standpunkt stellen, aber er wird nicht urteilen, sondern er wird, wie das die Verfassung vorsieht und wie es der Sinn der Gewaltenteilung ist, es der Regierung überlassen, aus den von ihm gewonnenen Erkenntnissen die Folgerungen zu ziehen. Zieht die Regierung nicht die Folgerungen, die nach Ansicht des Landtags gezogen werden müßten, dann erst wird die Frage brennend. Dann wird sie zu der politischen Frage, ob der Landtag einem Minister oder gar dem Ministerpräsidenten auf Grund der Tatsachen eine Mißbilligung aussprechen will oder, wenn es vielleicht um größte Dinge geht, nach der Verfassung angenommen werden müßte, daß das Vertrauen zwischen Landtag und Regierung ernstlich gestört ist und die verfassungsmäßig festgelegten Konse-

quenzen daraus zu ziehen sind. Alle diese Dinge sind wohlzuerwogen, und ich glaube, es geht nicht an, sie irgendwie in ihrem Gleichgewicht zu verrücken.

Ich glaube, wenn wir heute zu diesen Dingen und zu diesem Beschluß so ausführlich Stellung nehmen und auch ich ebenso wie Kollege Dr. Hoegner beantrage, die angeführten Worte in Absatz 1 zu streichen, dann tun wir damit eines: Wir grenzen ein für allemal die Rechte eines Untersuchungsausschusses ab, und zwar sowohl gegenüber dem Landtag als auch gegenüber der Regierung. Das ist um so notwendiger, als unsere Geschäftsordnung — ich habe das schon wiederholt erwähnt — klare Vorschriften darüber vermissen läßt.

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gräßler.

Gräßler (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich die Rolle des zweiten Offizialverteidigers für Herrn Nüßlein spielen will! Darum geht es mir nicht, auch nicht darum, ob die Schuld bei der Pflanzenwirtschaft oder bei Nüßlein liegt. Ich habe vor etwa einem Jahr eine kurze Anfrage an die Staatsregierung über den Fall Nüßlein gerichtet, und als wir dann das Material in die Hand bekamen, war für mich das Ausschlaggebende in der ganzen Angelegenheit, daß der Firma Nüßlein Scheinaufträge erteilt wurden zu dem ausgesprochenen Zweck, vom Wirtschaftsrat größere Kontingente, höhere Materialzuweisungen zu erhalten, als sie ein gewöhnlicher Sterblicher ohne große Verbindungen bekommen hat. Das war für mich als Staatsbürger und kleinen Normalverbraucher das Primäre bei der ganzen Geschichte. Es mußte doch sonderbar berühren, daß staatliche Stellen Gefälligkeitsaufträge, Scheinaufträge erteilen, nur zu dem Zweck, daß ein Fabrikant bevorzugt ungeahnte Mengen Materialien ohne die üblichen Bezugsschwierigkeiten bekommt zu einer Zeit, wo die arme Hausfrau stundenlang sich um einen Eisenschein bemühen mußte, um einen Suppentopf kaufen zu können, zu einer Zeit, wo die Dächer nicht gedeckt werden konnten, weil die Dachdecker keine Nägel bekamen, zu einer Zeit, wo wir uns hier im Landtag darüber unterhielten, daß die Bauern jeden Ackerbetrieb einstellen mußten, weil keine Hufnägel zu haben waren und keine Sensen, keine Pflugscharen, weil sie keine Eisenscheine hatten, zu einer Zeit, wo die kleinen Handwerker auf den Ruinen das Altmaterial zusammensuchten, um wenigstens die primitivsten Aufträge zu erhalten. Das scheint mir also das wichtigste Problem zu sein, und ich würde daher bitten, daß aus dem Untersuchungsbericht gerade die Frage klar und eindeutig herausgeschält wird, gegen welche kleinen Gefälligkeiten hier die Bürokratie diesem Manne solche Aufträge erteilt hat und wer da die Nutznießer gewesen sind. Ich bin der Meinung, daß aus diesem Bericht noch deutlicher hervorgehen müßte, welche Personen in dieser schweren Zeit die Verantwortlichen waren, die in gewissenloser Weise Mangelware, auf die der Normalverbraucher, der kleine Mann stundenlang in den Wirtschaftsämtern warten mußte, in so großen Mengen solchen Geschäftsleuten in die Hand gedrückt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Kurz.

Kurz (CSU): Ich darf nochmals auf die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags zurückkommen. Mit dem Vorschlag des Herrn Staatsrats Dr. Hoegner kann, glaube ich, sowohl der Untersuchungsausschuß wie auch der Eingabenausschuß vollkommen einverstanden sein.

(Abg. Maag: Der Regierung bleibt immer freie Hand!)

Wie war es denn im Falle Müßlein? Müßlein machte eine Eingabe an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß. Dieser kam zu der Auffassung, daß er die Eingabe nicht benoten könne, und stellte beim Plenum den Antrag, einen **Untersuchungsausschuß** einzusetzen. Das Plenum stimmte diesem Antrag zu und verwies die an den Eingabenausschuß gerichtete Eingabe des Müßlein an den Untersuchungsausschuß zur Prüfung bestimmter Vorgänge im Ernährungsministerium. Daraufhin befaßte sich der Untersuchungsausschuß mit dieser Eingabe, und was ich hier vorgetragen habe, war der Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses.

Meine Damen und Herren, das war meine Auffassung. Vielleicht habe ich mich geirrt. Der Schlußbericht eines Untersuchungsausschusses kann nicht in dem zuständigen Ausschuß, in dem er ausgearbeitet wurde, verbeschieden und benotet, sondern muß dem Plenum des Landtags, von dem der Ausschuß beauftragt wurde, vorgetragen werden.

(Abg. Dr. Hoegner: Absolut richtig!)

Und wenn das Plenum des Landtags diesen Schlußbericht an den zuständigen Ausschuß zur Benotung verweist, so finde ich dahinter gar nichts.

(Zuruf von der SPD: Dann sind wir ja einig!)

Dann wird die Eingabe an den Eingabenausschuß zur Benotung zurückverwiesen.

(Zurufe von Abg. Dr. Hoegner und anderen.)

Vielleicht bestehen hier doch Mißverständnisse. Der Untersuchungsausschuß wollte der Staatsregierung einen Vergleich nicht aufzwingen. Wir haben diesen Vergleich für vertretbar gehalten und wollten der Staatsregierung sagen: Sehen Sie dieses Material, das hier zusammengetragen wurde, vielleicht doch nochmals durch! Wir wollten mit dieser Feststellung eine Ansicht zum Ausdruck bringen, die wir eben gewonnen hatten, und mit der wir in keiner Weise der Staatsregierung die Verpflichtung zur Entscheidung abnehmen und auf den Landtag übertragen wollten. Das war unsere Auffassung.

Nun bitte ich Sie, meine Damen und Herren, diese Eingabe an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß zu überweisen. Ich könnte Ihnen ja jetzt schon die Benotung sagen; wir waren uns bereits darüber klar.

(Abg. Dr. Hoegner: Hoffentlich „Material“!)

— Jawohl!

(Abg. Dr. Hoegner: Dann sind wir uns wieder einig!)

— Das Plenum könnte ja ohne weiteres den Beschluß fassen, daß diese Eingabe der Staatsregierung mit der Benotung „Material“ hinübergegeben wird; dann hätten wir im Eingaben- und Beschwerdenausschuß mit dieser leidigen Angelegenheit nichts mehr zu tun.

(Zurufe: Einverstanden!)

Und noch eines: Zweieinhalb Jahre lang haben wir nun als Untersuchungsausschuß getagt und uns wirklich oft abgemüht und abgekämpft. Ich möchte den Herren Berichterstattern, die bei den verschiedenen Fällen tätig waren, und den Mitgliedern des Ausschusses meinen aufrichtigen und herzlichen **Dank** aussprechen. Unsere Tätigkeit als Untersuchungsausschuß ist damit beendet. Und mich, meine Damen und Herren, kriegen Sie so rasch nicht mehr als Vorsitzenden in einen Untersuchungsausschuß.

(Heiterkeit. — Abg. Hemmersbach: Sehr gut!)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Hoegner hat das Wort.

(Abg. Dr. Hoegner: Nein, nein, ich habe mich nicht gemeldet; ich bin vollkommen mit dem Herrn Vorredner einverstanden!)

— Dann ist die Rednerliste erschöpft und wir kommen zur Abstimmung. Zunächst steht also fest, daß der Bericht, der heute vom Herrn Abgeordneten Kurz vorgetragen wurde, ein Bericht des Untersuchungsausschusses war. Zu diesem Bericht haben wir Stellung zu nehmen.

Nun schlägt Herr Abgeordneter Dr. Hoegner bezüglich des Beschlusses (Ziffer 1) vor, die Worte von der vierten Zeile an („Auf Grund seiner umfassenden Beweiserhebung erscheint dem Ausschuß jedoch usw.“) zu streichen.

Dr. Hoegner (SPD): Ich erweitere meinen Antrag. Er würde dann folgendermaßen lauten:

Punkt 1: Zur Petition des Herrn Müßlein an den Eingaben- und Beschwerdenausschuß des Bayerischen Landtags:

Diese Eingabe wird der Staatsregierung als Material überwiesen.

Punkt 2 bleibt, wie er ist.

(Abg. Dr. von Brittwitz und Gaffron: Einverstanden! — Abg. Bezold Otto: Das ist das Einfachste!)

Präsident Dr. Stang: Jawohl. Sie haben also den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner gehört: Die Eingabe des Herrn Müßlein an den Ausschuß für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtags wird der Staatsregierung als Material überwiesen.

Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Haus hat mit großer Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen, diese Eingabe des Herrn Müßlein der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Zu Punkt 2, also zur Frage des Verschuldens der Staatsbeamten, beantragen sowohl der Herr Berichterstatter als auch andere Herren aus dem hohen Hause die Annahme. — Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir kehren nun zurück zu unserer Interpellation, deren Besprechung durch verschiedene Zwischenfälle gehemmt wurde. Aber bevor ich das tue, möchte auch ich meinerseits nicht veräumen, den Herren des Unter-

(Präsident Dr. Stang)

suchungsausschusses, insbesondere dem Herrn Vorsitzenden Kurz, für ihre rege Tätigkeit ein Wort herzlichen Dankes zu widmen.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich glaube, daß ich von den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Notizen Gebrauch machen und ihm die Note I erteilen kann — wenigstens bezüglich des Fleißes.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wir kehren also jetzt zurück zu Punkt 4 der gestrigen Tagesordnung, das ist die

Interpellation der Abgeordneten Witom, Stok und Genossen betreffend Abbruch und Verkauf fester Wohnbaracken in Pöffenhofen (Beil. 4161).

Hierzu wird sich noch Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann äußern, und zwar unter Bezugnahme auf die bisher gepflogene Debatte. — Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich bemerken, daß ich bedauere, um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nicht zugegen gewesen zu sein. Aber als ich mich aus diesem hohen Hause entfernte, war vorher beschlossen worden, daß die Sitzung um 3 Uhr weitergehen solle. Ich habe leider keine Nachricht mehr erhalten, daß dieser Beschluß dann nachträglich geändert wurde. Mit mir ist der Herr Abgeordnete Wimmer weggegangen, der ebenfalls zu mir sagte: „Auf Wiedersehen um 3 Uhr!“, weil ich ihm noch einen Gesehestext geben sollte.

(Abg. Hagen Lorenz: Herr Dr. Ringelmann hat recht. — Abg. Stok: Sie müssen immer bis zum Schluß der Sitzung dableiben, dann hören Sie, wann sie wieder angeht! — Heiterkeit.)

Vielleicht darf ich noch kurz zur Sache selbst sprechen. Das Staatsministerium für Wirtschaft hat uns seinerzeit mitgeteilt, die Regierung von Oberbayern habe die Landesplanungsstelle davon in Kenntnis gesetzt, daß die Firma Bagusaf, Münchner Textilwerke, einen Antrag auf käufliche Überlassung der Baracken beim Schloß Pöffenhofen eingebracht habe. Vom Standpunkt der Landesplanung aus wurde dieser Antrag befürwortet, weil die Firma Bagusaf einen Flüchtlingsbetrieb verkörpere, der bereits eine kräftige Entwicklung aufzuweisen habe, aber zur Zeit durch Raumangel im Aufbau behindert sei. Es heißt dann weiter in dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums:

Zur Lösung dieser Schwierigkeiten würde die Überlassung der Baracken wesentlich beitragen. Auf der anderen Seite erscheint ein Abbruch der Baracken in Pöffenhofen, wie er von der Firma vorgesehen ist, vom Standpunkt der Heimatpflege und des Städtebaues aus als dringend erwünscht.

Das waren die Begleitmitteilungen, die das Staatsministerium der Finanzen für seine Maßnahmen hatte. Ich habe schon heute früh ausgeführt, daß beabsichtigt war, diese Baracken für die Versetztenwerkstätte Burtenbach zu verwenden. Nun habe ich hier noch einen Brief liegen, den ich während der Mittagszeit in den Akten gefunden habe, in dem es unter anderem heißt:

Vor der Abreise

— so schreiben die Vertreter der Genossenschaft —

wollten wir uns noch von dem Bauzustand der für unsere Interessen in Betracht kommenden Baracken überzeugen. Unser Bausachverständiger erklärte, daß unter Berücksichtigung des bisherigen Verwendungszwecks die Baracken in dieser Form nicht für Wohnungen geeignet sind und einer grundlegenden Neueinteilung und Adaptierung bedürften, die finanziell mit einem Kostenaufwand von 25 000 bis 30 000 Mark verbunden wäre. Aber selbst ohne weiteren Umbau müßten die Fußböden mit Pfahlbau erneuert werden, was allein einen Kostenaufwand von 7000 DM beansprucht.

In diesem Brief wird dann noch eine Reihe weiterer Fragen erörtert, die darauf schließen lassen, daß die Baracken nur mit großem Aufwand für Wohnzwecke verwendet werden können.

Aber um all diese Dinge handelt es sich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es handelt sich darum, daß wir nach der bestehenden Rechtsprechung das Gelände ab 30. September 1950 räumen oder den Eigentümern restlosen Ersatz dafür geben müssen, daß sie das Gelände nicht in der von ihnen gewünschten Weise verwenden können. Es auf einen derartigen Prozeß — ich denke jetzt nur gerade an die Ausführungen, die kurz vorher gemacht worden sind — ankommen zu lassen, wäre ein ungeheures Risiko gewesen, bei dem wir voraussichtlich mehr zahlen müßten, als die ganze Sache wert gewesen wäre. Deshalb hielten wir es für richtiger, die Baracken zu verkaufen, weil auf diese Weise in der Stadt ein Flüchtlingsbetrieb in die Höhe gebracht werden konnte, und ein anderer Betrieb, der in dessen Räume noch einzieht, in der Lage ist, nunmehr volle tausend Arbeiter zu beschäftigen. Das war, wie ich dargelegt habe, für uns das Hauptmotiv.

Darüber hinaus mußten wir uns sagen: Es geht bei bestem Willen nicht an, einen derartigen Aufwand für den Umbau von Baracken zu Wohnbaracken zu treiben, wenn wir nicht einmal die Gewähr dafür haben, genügend Leute in diesen Baracken unterbringen zu können. Auch dieses Risiko konnten wir nicht übernehmen. Ich muß noch einmal erklären: Es liegt kein Fall vor, in dem der Staat irgendwie staatliches Vermögen verschleudert hat. Es liegt insbesondere auch kein Fall vor, in dem der Staat gemeinsam etwa mit Interessenten eine Regelung getroffen hat, die auf eine Verschleuderung von Staatswerten hinauskommt.

Das Finanzministerium hat sich des Herrn Dr. Furch überhaupt niemals bedient. Das Finanzministerium hat, soweit der Verkauf des Schlosses Pöffenhofen in Betracht kommt, lediglich Verhandlungen mit der Firma Priefnitz geführt. Für uns war die Einstellung des Herrn Dr. Furch, über dessen Handlungsweise uns überhaupt nichts bekannt ist, völlig belanglos. Wir haben unsere eigenen Sachverständigen. Es ist nicht so, wie der Herr Abgeordnete Witom ausgeführt hat, daß wir uns auf fremde Sachverständigen-gutachten verlassen haben. **Wir haben unsere ordnungsgemäßen Sachverständigengutachten.** Ich bin jederzeit bereit und in der Lage, Ihnen diese Gutachten darzulegen, die darauf hinauslaufen, daß bei Berücksich-

(Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor)

tigung der Auflagen, die wir der Firma bezüglich der Wiederherstellung des früheren Zustandes machen mußten, die Firma für diese Baracken mindestens 97 000 DM, wenn nicht über 100 000 DM, zu zahlen hatte. Wenn unter diesen Umständen ein derartiger Verkauf abgeschlossen wurde, so liegt hier **keine Korruption** vor, sondern es ist eine Handlungsweise, die in erster Linie durch die rechtliche Unmöglichkeit bedingt war, die Grundeigentümer zu zwingen, diese Baracken länger auf ihrem Grund und Boden zu belassen, und in zweiter Linie durch die tatsächliche Unmöglichkeit, eine entsprechende Belegung der Baracken durchzuführen.

Ich habe gelesen, daß Herr Staatssekretär Jaenicke auf einen früheren Landtagsbeschluß Bezug genommen hat. Zu dieser Frage möchte ich hier nicht näher Stellung nehmen; denn bei der Bewertung dieser Baracken war auch die **Flüchtlingsverwaltung** mit beteiligt. Sie war gefragt worden und hat keine Erinnerung erhoben.

Präsident Dr. Stang: Zum Wort hat sich noch der Herr Abgeordnete Zietsch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Zietsch (SPD): Meine Damen und Herren! Ich muß in dieser Angelegenheit noch einmal das Wort ergreifen und möchte dabei an das anschließen, was Herr Ministerialdirektor **Dr. Ringelmann** soeben am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat. Er behauptet, daß die Abteilung V des Innenministeriums, Flüchtlings- und Wohnungswesen, bei dieser ganzen Angelegenheit beteiligt gewesen sei, daß sie jederzeit von den Vorgängen Kenntnis bekommen und keinen Einspruch erhoben habe. Herr Staatssekretär **Jaenicke** hat zu Beginn der Nachmittagsitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen. Wir haben aus seinem Munde genau das Gegenteil gehört. Nun muß ich sagen: **Einer** der beiden Herren muß sich **im Irrtum** befinden. Zunächst einmal muß ich annehmen, daß sich der Vertreter des Finanzministeriums im Irrtum befindet; denn ich kann nicht glauben, daß der Leiter der Abteilung V des Innenministeriums, Herr Staatssekretär **Jaenicke**, über diese Frage nicht eingehend im Bilde gewesen sein sollte, nachdem er wußte, daß diese Frage im Landtag sehr deutlich besprochen wird. Herr Staatssekretär **Jaenicke** hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er an einen **Landtagsbeschluß** erinnerte, der vor Jahr und Tag gefaßt wurde und der nichts mehr und nichts weniger enthielt, als daß alle frei werdenden Objekte zunächst einmal der Flüchtlingsverwaltung anzubieten sind, damit diese entscheiden könne, inwieweit sie derartige Objekte für ihre Aufgaben benötigt. Herr Staatssekretär **Jaenicke** war genötigt, an diesen Landtagsbeschluß zu erinnern, um dann festzustellen, daß von den anderen Ressorts, vor allen Dingen vom Landesamt für Vermögensverwaltung, das heißt vom Finanzministerium, dieser Landtagsbeschluß jederzeit sehr eng ausgelegt worden sei. Das bestätigt die Tatsache, die ich heute morgen in den Vordergrund gerückt habe, daß die verschiedenen Ressorts hier nicht zusammengearbeitet haben.

Ich frage deshalb den Herrn Staatssekretär **Jaenicke**, was er zu der Behauptung des Herrn Ver-

treeters des Finanzministeriums zu sagen hat. Es ist für uns auf jeden Fall völlig uninteressant, ob sich die Ressorts innerhalb der Regierung untereinander hinsichtlich der Zuständigkeiten streiten. Wir haben lediglich zu prüfen, ob entsprechend der Politik, die der Landtag festgelegt hat, von allen Ministerien und Referenten auch alles getan wird, um die **vom Landtag festgelegte Politik** einzuhalten. Hierzu gehört auch der Landtagsbeschluß, daß alle frei werdenden Objekte zunächst der Flüchtlingsverwaltung anzubieten sind. Das ist in diesem Falle nicht geschehen. Hier berufe ich mich auf die Aussage des Herrn Staatssekretärs.

Es ist also weiter festzustellen, daß die Angelegenheit Poffenhofen ohne Mitwirkung der Flüchtlingsverwaltung bearbeitet worden ist,

(Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Das ist nicht richtig!)

daß also eine mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den Ressorts besteht.

(Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Das ist nicht richtig!)

Der Streit der Ressorts untereinander, der bereits im Frühjahr dieses Jahres bei den Haushaltsberatungen Gegenstand der Erörterungen gewesen ist, besteht also noch immer. Ich berufe mich da zunächst auf die Feststellung des Herrn Staatssekretärs **Jaenicke**; wir werden ja nachher die Aufklärung bekommen.

Eine Zwischenbemerkung möchte ich machen: Die Angelegenheit **Dr. Furch** wird nach Mitteilung des Herrn Staatssekretärs **Jaenicke** von ihm untersucht. Er glaubt, bereits morgen vormittag die entscheidende Unterredung herbeiführen zu können. Ich glaube, Herr Staatssekretär, die Angelegenheit ist bedeutungsvoll genug, daß der Landtag noch während der Beratungen dieser Woche über das Ergebnis Ihrer Feststellungen unterrichtet wird. Darum möchte ich Sie bitten.

Ich muß weiter feststellen, daß der Herr Vertreter des Finanzministeriums glaubte, in seinen Ausführungen von heute vormittag **Kritik an einer Versammlungstätigkeit meines Kollegen Bitom** üben zu müssen. Ich spreche hier im Namen meines Kollegen **Bitom**, weil dieser nicht gesondert das Wort ergreifen wollte. Ich muß sagen: Eine derartige Kritik steht einem Regierungsvertreter nicht zu.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Es ist Sache eines Abgeordneten, wie er seine Politik betreiben will.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Die Behauptung des Herrn Regierungsvertreters, daß verschiedene Behauptungen, die mein Kollege **Bitom** in dieser Versammlung aufgestellt haben soll, nicht stimmen, hat nicht bewiesen werden können. Außerdem halte ich es für untunlich, daß ein Bericht, der von interessierter Seite über eine Versammlung gegeben wird, zur Grundlage einer derart unzulässigen Kritik hier im hohen Hause gemacht werden kann. In diesem Falle ist der Herr Landrat von **Starnberg**, wenn von ihm die Unterrichtung stammt, interessierte Seite; denn der Herr Landrat haftet für seinen Flüchtlingsamtsleiter und ist selbst in dieser Frage wohl in etwas seltsamer Weise tätig gewesen.

(Zietsch [SPD])

Aber ich habe Anlaß, in einige Angaben des Herrn Vertreters des Finanzministeriums Zweifel zu setzen, und zwar hinsichtlich ihrer Vollständigkeit, ich wiederhole, **hinsichtlich ihrer Vollständigkeit**. Ich habe heute vormittag unter anderem folgendes gesagt: Auch dadurch ist meiner Ansicht nach ein übergeordneter Gesichtspunkt gegeben und es hätte sich meiner Ansicht nach eine Möglichkeit finden lassen müssen, diese wertvolle Ansiedlung mit festen Straßen, dieses herrliche Gelände, wenigstens noch für ein oder zwei Jahre aufrechtzuerhalten. Nur darum kann es sich handeln. Diese Anlagen sollen keine Dauerunterkünfte sein, aber sie hätten immer noch für ein bis zwei Jahre für einige hundert Menschen sichergestellt werden müssen, um aus den größten Schwierigkeiten herauszukommen. Nun hat Herr Staatssekretär Jaenicke heute nachmittag in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß wir in der Unterbringung der Wohnungslosen und der Heimatvertriebenen Schwierigkeiten haben und daß diese Schwierigkeiten in den letzten Wochen dadurch verschärft worden sind, daß wir auch die DP's aus der bisherigen Betreuung der IRO übernehmen mußten, daß wir also noch in zunehmendem Maße Tausende und aber Tausende von Menschen unterbringen müssen. Dabei darf ich hinzufügen, daß ich aus Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe, insoweit Kenntnis von den Dingen erhalten habe, daß es sich bei diesen DP's im wesentlichen um alte und franke Menschen handelt, die sowieso in Heimen oder etwa in einem solchen Lager untergebracht werden müssen, damit sie besser betreut werden können.

Diese Tatsache wollte ich heute morgen in den Vordergrund stellen. Ich wollte sagen: Unsere Lage ist zur Zeit noch derart, daß wir im ganzen Land jede Möglichkeit, die besteht, ergreifen müssen, um diesem Elend einigermaßen abhelfen zu können. Der Herr Staatssekretär hat diese Tatsache durchaus bestätigt.

Nun beruft sich Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann in seinen Ausführungen soeben darauf, daß das **Landesplanungsamt** auf Empfehlung des Wirtschaftsministeriums befürwortet habe, daß die Firma Bagusaf die Baracken in München wieder aufstellen soll; dadurch könnten etwa 1000 Menschen in Arbeit und Brot gebracht werden. Er hat weiter ausgeführt, daß die Schwerbeschädigtengenossenschaft Burtenbach festgestellt habe, das ganze Lager sei für ihre Zwecke nicht geeignet. Er sagt nun, der Abbruch müsse wegen der dort bestehenden Grundstücksverhältnisse durchgeführt werden und er müsse es zurückweisen, daß das Finanzministerium leichtfertig Steuergelder verschleudert habe. Ich habe heute vormittag schon einen Unterschied gemacht zwischen dem Kaufvertrag, der hier abgeschlossen worden ist, und der Tatsache, daß noch im vergangenen Jahre Tausende und aber Tausende von Mark in die Verbesserung dieses Lagers, insbesondere in die Anlage von asphaltierten Straßen hineingesteckt worden sind, die heute als verloren gelten müssen. Das ist wohl die Hauptsache, die wir hier festzustellen haben.

Nun aber muß ich sagen, daß die Ausführungen des Herrn Vertreters des Finanzministeriums unvollständig sind. Denn mir wurde inzwischen mitgeteilt, daß der Leiter der orthopädischen Werkstätte in Pöffenhofen erklärt habe, daß von den beiden Grundstückseigen-

tümern, die im Kriege einen Teil ihres Geländes zur Verfügung stellen mußten, der Bauer Gebhart, der Eigentümer des größten Geländeteils — ich habe die Karte selbst gesehen und kann mich an die drei Grundstücksbesitzer und ihre Grundstücke durchaus erinnern; ich komme auf den dritten Eigentümer gleich noch zu sprechen, über ihn haben wir noch gar nichts gehört —, noch im Juni 1950, also in diesem Jahre, bereit war, die Baracken auf weitere drei bis fünf Jahre auf seinem Grund stehen zu lassen,

(Hört, hört! bei der SPD)

wenn er einen angemessenen Pachtzins bekomme, und daß die beiden Grundstückseigentümer, sowohl der Bauer Gebhart als auch der Land- und Gastwirt Schauer, lediglich einen angemessenen Pachtzins haben wollten, weil der bisher gezahlte unverhältnismäßig niedrig gewesen war.

Es ist nun die Frage zu stellen, weshalb inzwischen die beiden Herren umgestimmt worden sind und wer sie umgestimmt hat.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich glaube wohl, daß wir darüber in der Angelegenheit Furch noch einiges hören werden. Ich bin davon überzeugt, daß Herr Dr. Furch ein großes Interesse daran gehabt hat, zugunsten der von ihm vertretenen Prießnitz-Gesellschaft die Grundstückseigentümer umzustimmen. Es könnte aber sein, daß auch Herr Oberbaurat Lehmann, der beauftragt wurde, die abgebrochenen Baracken in München für die Firma Bagusaf zu erstellen, an dem Geschäft irgendwie interessiert war. Das ist die andere Tatsache, die wir einmal feststellen müssen.

Nun ergibt sich noch die weitere Frage, weshalb der **dritte Teilhaber** an diesem Gelände, das ist nämlich der **bayerische Staat**, auch für seinen Teil diesem Vertrag über den Abbruch der auf seinem Staatsgrund stehenden Baracken zustimmte,

(Hört! bei der SPD)

weshalb auch der bayerische Staat sozusagen erklärt hat, die Geschichte interessiert uns nicht mehr! Davon hat der Vertreter des Finanzministeriums bis zur Stunde noch nicht gesprochen. Vier Baracken stehen auf diesem staatlichen Grund und diese vier Baracken sind gleichfalls auf Abbruch verkauft worden, wenn auch im Vertrag zugestanden wurde, daß der Abbruch dieser Baracken vorerst hinausgeschoben werden soll, bis die darin nummehr untergebrachten Heimatvertriebenen, die das Schloß räumen mußten und in diese Baracken eingewiesen wurden, damit durch das Freiwerden des Schlosses das Geschäft in Gang kommen kann, und die von dem seinerzeitigen Heim zurückgebliebenen Schwerverehrten anderweitig untergebracht sind. Für diese Heimatvertriebenen und Schwerverehrten hat man außerdem die schlechtest fundierten Baracken ausgesucht. Diese stehen auf staatlichem Grund.

Weiter war nicht davon die Rede, daß man den beiden Betrieben der Schwerverehrten, von denen heute vormittag gesprochen wurde, Zusagen gemacht hat, und zwar durch den Landrat des Landkreises Starnberg, indem man sagte: Wir erkennen durchaus an, daß der Staat, wenn ihr dieses Gelände räumen müßt, die moralische Verpflichtung hat, euch behilflich zu sein, vor allen Dingen finanziell, damit ihr woanders wieder ein Unterkommen finden könnt. Als nun die Herren

(Zietsch [SPD])

dieses Betriebs sich in diesen Tagen bemühten, dem Vertrag gerecht zu werden, wurde ihnen durch Herrn Umtmann Schmelz, den Referenten, der im Finanzministerium die Sache Poffenhofen bearbeitet, erklärt, der Staat werde keinerlei Unterstützung leisten, weil er dazu nicht verpflichtet sei. Ich gebe zu, vertraglich ist der Staat nicht dazu verpflichtet. Aber diese **moralische Verpflichtung**, die sich aus diesem ganzen Vertragswert und aus dieser Abmachung des beauftragten Vertreters des Finanzministeriums — und das ist der Landrat von Starnberg; das hat er uns gegenüber auf Befragen selbst zugegeben — ergibt, ist auf jeden Fall vorhanden. Aber auch in diesem Punkt ist nichts geschehen.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, deshalb mußte ich noch einmal das Wort nehmen. Mein Kollege Witom hat heute vormittag bei der Begründung der Interpellation vom Armelutegeruch gesprochen, den man bei einem bestimmten Geschäft nicht haben möchte. Besser kann die ganze Situation nicht gekennzeichnet werden als durch dieses Wort. Aus geschäftlichen Interessen, und das sind die sogenannten übergeordneten Gesichtspunkte, die hier vom Finanzministerium ins Feld geführt worden sind, aus diesen geschäftlichen Interessen werden die wirklich höheren Gesichtspunkte zurückgedrängt, von denen der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen mit Recht gesprochen hat und auf die heute vormittag mein Kollege Witom und ich gemeinsam bereits hingewiesen haben, im Hinblick auf die Unterbringung der Wohnungslosen und der Heimatvertriebenen. Es bleibt immer noch die Frage: Was wird mit den DP's, die wir jetzt haben übernehmen müssen? Diese Frage ist völlig außer acht gelassen worden, hätte hier aber auch in Betracht gezogen werden müssen.

Man kann bei diesem Geschäft die armen Leute in der Nähe nicht brauchen und ich muß sagen: Hier machen wir nicht mit, meine Damen und Herren, wir sind mit der Behandlung der Interpellation, wir sind mit der Antwort der Staatsregierung nicht im geringsten zufrieden und was auch jetzt hier noch ins Feld geführt werden kann, meine Damen und Herren, kann die Auffassung, die wir aus der Debatte gewonnen haben, keineswegs beseitigen.

Deshalb werde ich jetzt zur Interpellation gemäß § 43 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beantragen:

Die Antwort der Staatsregierung entspricht nicht der Meinung des Landtags.

Ich bitte, darüber abzustimmen.

Vizepräsident Hagen: Zum Wort hat sich weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Kiene. Ich erteile ihm das Wort.

Kiene (SPD): Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich wiederholt mit **Schwierigkeiten** zu beschäftigen gehabt, die von **seiten des Finanzministeriums** bei der Abgabe von Grund und Boden an Flüchtlingsiedler usw. gemacht werden. Ich muß schon sagen, trotz der Erklärungen von Herrn Dr. Ringelmann ist in der Angelegenheit Poffenhofen allerhand dunkel geblieben. Es ist doch sehr seltsam, daß die Vergabe von Grund und Boden im Falle Poffenhofen, obwohl Ba-

raden und Steinbauten und Straßen darauf gewesen sind, termingemäß bis zum Soundsovielten durchgeführt worden ist. Ich frage Sie, Herr Dr. Ringelmann: Welche Kräfte, welche Beziehungen sind hier am Werk gewesen, daß das möglich war?

(Ministerialdirektor Dr. Ringelmann:
Der Vertrag war da!)

— Zweifellos wird beim Finanzministerium hier mit zweierlei Maß gearbeitet. Ich will Ihnen das Beispiel von Pentenried erzählen. Das Gelände steht seit einhalb Jahren zur Vergabe an die Siedler zur Verfügung. Trotz aller Bemühungen der Siedler, der Oberen Siedlungsbehörde, auch meiner Wenigkeit ist es bis heute nicht möglich gewesen, das Gelände an die Siedler abzugeben.

(Zuruf von Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.)

Heute stehen 84 Siedlerhäuser da. Keiner der Siedler kann den Grund übernehmen, auf dem sein Haus steht, keiner der Siedler kann einen Kredit bekommen, weil ihm der Boden nicht gehört, auf dem er gebaut hat. Sagen Sie mir, warum geht es dort in Poffenhofen und warum geht es nicht hier in dem anderen Fall, wo es sich um einfache Siedler, um arme Menschen handelt?

Vizepräsident Hagen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zum Wort hat sich jetzt noch gemeldet Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich gleich auf die Schlussworte mit Bezug auf Pentenried zu sprechen kommen darf: Das Finanzministerium hat **Pentenried** längst der Landesiedlung überwiesen. Wenn es die Landesiedlung nicht zustande gebracht hat, Siedler auf dieses Gelände zu bringen, so ist das Finanzministerium jedenfalls unschuldig. Nähere Angaben darüber wird Herr Ministerialrat Dr. Kiefer, der Viegenschaftsreferent, ohne weiteres machen können.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Zietsch erklärt, meine Auskunft, daß die Flüchtlingsverwaltung an der Regelung der Verhältnisse in Poffenhofen beteiligt gewesen sei, sei unrichtig. Ich habe hier ein Protokoll vom 19. Juni 1950, wo es heißt:

Im interministeriellen Flüchtlingsbürgerschaftsausschuß, in dem vertreten war das Finanzministerium durch Ministerialrat Dr. Barbarino und Dr. Peter, die Flüchtlingsverwaltung durch Regierungsdirektor Dr. Ahnelt und durch Dr. Burkhardt, das Wirtschaftsministerium durch Dr. Wittmann, ist am 9. Juni 1950 die Frage der Unterbringung der Beschädigtenwerkstätte Burtenbach e. G. m. b. H. erörtert worden. Es wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß der für die Wiederherstellung der Baracken für Zwecke der Genossenschaft erforderliche Aufwand von 150 000 DM aus wirtschaftlichen Gründen und aus rechtlichen Erwägungen

— die Baracken stehen auf fremdem Grund und Boden, die Verpächter haben bereits die Beendigung der Pachtverträge eingeleitet —

(Dr. Ringelmann, Ministerialdirektor)

nicht vertretbar ist. Von der Unterbringung der Genossenschaft in Pöffenhofen muß daher Abstand genommen werden. Die Genossenschaft selbst hat mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse auf die Weiterverfolgung ihres Antrags verzichtet.

Der Abbruch der Baracken war also der Flüchtlingsverwaltung bekannt und erfolgte im Einvernehmen mit dieser.

Es wird uns dann weiter der Vorwurf gemacht, warum wir so schnell gearbeitet und im Gegensatz zu anderen Fällen sofort auf diese Baracken verzichtet hätten. Auch das trifft nicht zu. Wir haben zunächst einmal die beteiligten Ressorts davon verständigt, daß wir keine Verwendungsmöglichkeiten für die Baracken in Pöffenhofen haben. Wir haben zweitens die Baracken der Hauptfürorgestelle im Staatsministerium des Innern angeboten und haben sie ihr überwiesen, mußten sie aber mangels einer Verwendungsmöglichkeit zurücknehmen.

(Hört, hört!)

Auch das Sozialamt der Bundesbahn ist wegen der Verwendung der Baracken an uns herangetreten. Nach Besichtigung hat aber die Bundesbahn erklärt, sie lege auf die Baracken kein Gewicht. Dann kam die Kriegsverwehrtengenossenschaft Burtenbach, von der ich soeben gesprochen habe. Auch sie hat verzichtet.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, mußten wir die Baracken freimachen oder Ersatz zahlen. Der Herr Abgeordnete Zietsch erklärte, die Herren Grundstückseigentümer hätten sich zu einer Verlängerung bereiterklärt. Die Sache ist aber folgendermaßen gewesen: Als sie gehört hatten, daß die Genossenschaft Burtenbach Interesse daran habe, haben sie erklärt: „Wir wollen einen höheren Pachtzins“, und als die Verhandlungen mit Burtenbach gescheitert waren, haben sie erklärt: „Wir kündigen die Verträge und wir wollen jetzt haben, daß die Baracken entfernt werden.“

So ist die Sache gewesen und daraus machen Sie einen Skandal.

(Abg. Zietsch: Es bleibt trotzdem ein Skandal!)

Deshalb bezichtigen Sie, Herr Abgeordneter Bitom, uns der Korruption — diesen Ausdruck haben Sie gebraucht —

(Abg. Zietsch: In dem Zusammenhang nicht! — Zuruf des Abg. Bitom und weitere erregte Zurufe bei der SPD.)

Sie haben von dem „Armeleutegeruch“ gesprochen und haben gesagt, wir wollten hier die Leute wegtun, damit wir das Schloß Pöffenhofen an die Brießnitz-Gesellschaft verkaufen könnten! Damals war noch keine Verhandlung mit der Brießnitz-Gesellschaft, damals hat es sich für uns nur darum gehandelt: Wie bringen wir Leben in diese Baracken herein? Und wie wir dann gesehen haben, es geht nicht, da haben wir uns entschlossen, dem Vorschlag Rechnung zu tragen, der an uns auch über das Wirtschaftsministerium und über die Landesplanung gekommen ist, daß wir die Baracken anderswohin bringen, wo sie nutzbringender verwertet werden können. Sie, meine Herren, würden, wenn Sie

Privateigentümer der Baracken gewesen wären, auch nicht anders gehandelt haben.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Von dem Armeleutegeruch, den wir angeblich beiseitigen wollten, kann wirklich keine Rede sein. Sie haben selbst, Herr Abgeordneter Zietsch, bestätigt, daß wir, soweit Baracken auf staatlichem Grund und Boden standen und ein Abbruchszwang nicht bestand, Vorsorge getroffen haben, daß die Leute nicht sofort wegtommen. Man kann uns im Finanzministerium wirklich nicht den Vorwurf machen, daß wir für die Unterbringung der Flüchtlinge nicht alles tun, was wir tun können. Denken Sie nur an die Tätigkeit, die wir auf dem Gebiet der Finanzierung der Flüchtlingsbetriebe entfaltet haben,

(sehr richtig! bei der CSU)

an die Tätigkeit, die wir nach jeder Richtung hin entfaltet haben, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen! Man kann uns wahrhaftig nicht vorwerfen, daß wir dem Armeleutegeruch aus dem Wege gehen wollen. Wir sind Gott sei Dank so sozial eingestellt, daß wir uns einen derartigen Vorwurf nicht gefallen lassen müssen.

(Lebhafter Beifall auf der Rechten.)

Vizepräsident Hagen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. Zietsch: Der Herr Staatssekretär muß dazu etwas sagen!)

— Herr Staatssekretär Jaenicke hat das Wort.

(Abg. Zietsch: „Erkläret mir, Graf Derindur..!“)

Jaenicke, Staatssekretär: Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß ich bei der enormen Arbeitslast, die, wie Sie ja alle wissen, auf meinen Schultern ruht, nicht über jede Einzelheit meiner großen Verwaltung orientiert sein kann. Die ganze Verhandlung über Pöffenhofen hat ohne meine persönliche Teilnahme vor etwa fünf Monaten in dem gemeinschaftlichen interministeriellen Ausschuß stattgefunden.

Herr Abgeordneter Zietsch, vor mir liegt das Stenogramm meiner Rede, das schon in die Maschine übertragen worden ist. Ich habe heute gesagt — ich darf das vielleicht noch einmal vorlesen —:

Der Leiter des Flüchtlingsamts Starnberg, Dr. Furch, war an den Beratungen, die im interministeriellen Flüchtlingsbauausschuß (von drei Ministerien gebildet) über die Verwendung dieser Objekte . . . stattfanden, nicht beteiligt. . . .

Damit habe ich schon zum Ausdruck gebracht, daß tatsächlich eine Verhandlung darüber im interministeriellen Ausschuß stattgefunden hat, an der auch die Flüchtlingsverwaltung beteiligt war.

(Abg. Zietsch: Das ist daraus nicht zu entnehmen, Herr Staatssekretär! — Zuruf von der CSU: Selbstverständlich!)

— Doch. Ich wiederhole noch einmal, was ich gesagt habe:

Der Leiter des Flüchtlingsamts Starnberg, Dr. Furch, war an den Beratungen, die im interministeriellen Flüchtlingsbauausschuß (von drei

(Jaenicke, Staatssekretär)

Ministerien gebildet) über die Verwendung dieser Objekte und die im interministeriellen Bürgerschaftsausschuß hinsichtlich des Objekts Poffenhofen stattfanden, nicht beteiligt und hatte sich ja auch nicht daran zu beteiligen.

Daran war also die Flüchtlingsverwaltung beteiligt.

Nun habe ich den Herrn meiner Verwaltung, der damals an den Verhandlungen teilgenommen hat, gefragt, wie es denn gewesen sei, und er hat mir — er ist anwesend und könnte Ihnen das selbst sagen — darauf die Auskunft gegeben, die Vermögensverwaltung habe auf dem Standpunkt gestanden, den ich mir erlaubte Ihnen vorhin darzulegen, daß dieses Objekt nicht unter den Beschluß des Landtags hinsichtlich „Kasernen usw.“ falle, sondern, weil es keine militärische Anlage war, ausschließlich unter der Verfügungsgewalt der Vermögensverwaltung stehe.

(Widerspruch bei der SPD. — Abg. Zietsch: Diese Auffassung ist ja das, was wir auch angreifen!)

Der Vertreter der Flüchtlingsverwaltung hat daraufhin natürlich eine Zustimmung seiner Behörde nicht geben können, weil ihr das Objekt ja gar nicht zustand.

(Abg. Zietsch: „Natürlich“ war das nicht, Herr Staatssekretär!)

— Ich kann selbstverständlich nicht für jede Äußerung eines meiner Herren in irgendeinem Ausschuß einstehen. Jedenfalls das eine, Herr Zietsch, werden Sie mir glauben: Wären mir persönlich diese Baracken angeboten worden, so brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen, daß ich sie mir nicht hätte entgehen lassen!

(Abg. Zietsch: Also! Das wollten wir hören!)

Vizepräsident Hagen: Die Aussprache über die Interpellation ist damit geschlossen.

Es liegt folgender Antrag vor:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Antwort der Staatsregierung entspricht nicht der Meinung des Landtags.

Die nötige Unterstützung ist vorhanden. Die Abstimmung über diesen Antrag muß auf Verlangen von mindestens 25 Mitgliedern auf den nächsten Sitzungstag verschoben werden. Dieses Verlangen ist nicht gestellt; insfolgedessen kommen wir zur Abstimmung.

Wer für diesen Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weinzierl Georg und Stöhr betreffend Belegung des Arbeitshauses Rebdorf mit Strafgefangenen (Beilage 4146).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schefbeck; ich erteile ihm das Wort.

Schefbeck (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Antrag der Abgeordneten Weinzierl Georg und Stöhr, der dahin geht, das Arbeitshaus Rebdorf wieder mit Strafgefangenen zu belegen, damit die landwirtschaftlichen Grundstücke, die zu diesem Arbeitshaus gehören, bewirtschaftet werden können.

Bei der Ausschußberatung trug der Antragsteller Stöhr eine Begründung seines Antrags vor. Es würden von der Verwaltung des Arbeitshauses Rebdorf immer wieder Vorstellungen dahin erhoben, daß dieses Arbeitshaus, das als solches auf Grund einer Weisung der amerikanischen Militärregierung habe aufgelöst werden müssen, zur Erhaltung des Besitzkomplexes eine Belegung mit Gefangenen benötige. Um die landwirtschaftlichen Grundstücke bewirtschaften zu können, müsse zur Zeit ein Großteil der Beamten zur Arbeit herangezogen werden, weil die Gefangenen nicht ausreichten. Er habe Rebdorf selbst besichtigt und den Eindruck gewonnen, daß diesem Übelstand abgeholfen werden könnte, wenn das Innenministerium und das Justizministerium eine Vereinbarung treffen würden. Das Justizministerium sage, das frühere Arbeitshaus sei eine Angelegenheit des Innenministeriums, und wende weiter ein, daß die dortigen Beamten nicht geeignet seien, Gefangene zu betreuen, weil ihnen die entsprechende Ausbildung fehle. Nach seiner Auffassung sei aber dieser Standpunkt nicht richtig; denn früher seien im Arbeitshaus Rebdorf ganz „schwere Jungen“ untergebracht gewesen, so daß die Beamten und Angestellten mit einer ordentlichen Durchführung des Strafvollzugs der Justiz sehr wohl vertraut sein dürften.

Regierungsdirektor Dr. Trabert vom Justizministerium wies darauf hin, daß der Gefangenenstand infolge der Amnestien ganz bedeutend abgesunken sei. Vor drei Jahren seien noch 18 000 bis 19 000 Personen in den Gefängnissen gewesen; nach der letzten Zählung am 31. Juli betrage die Zahl der Gefangenen, einschließlich der Untersuchungsgefangenen, der Militärgerichtsgefangenen und der Frauen, 8665. Die Untersuchungsgefangenen, die etwa ein Drittel der Gesamtzahl ausmachten, könnten von ihren Unterbringungsorten nicht entfernt werden. Außerdem müsse man die Frauen wegrechnen. In Rothenfeld sei die Justizverwaltung ebenfalls nicht in der Lage, die Arbeitsposten mit Gefangenen zu besetzen, so daß auch dort die Beamten mitarbeiten müßten. Kürzlich habe das Gefängnis Stadelheim für die Koch- und Waschküche 10 weibliche Gefangene angefordert; er habe den Antrag ablehnen müssen, weil diese Gefangenen nicht zur Verfügung gestanden hätten. Für die Männer bestünden zwei große Strafanstalten, die nur mit Gefangenen belegt seien, die Strafen über drei Jahre abzusitzen hätten. Die Landwirtschaft könne von dem Normalbestand der Gefangenen nicht betreut werden; deshalb müßten in Abweichung vom Vollstreckungsplan Gefangene aus anderen Anstalten zugewiesen werden. Man sei aber nicht in der Lage, die notwendigen Gefangenen zur Verfügung zu stellen. Daher müßten heute Gefangene mit Strafen von zwei und drei Jahren in Außenarbeit beschäftigt werden. Das bedeute aber eine große Gefahr. — In der Zahl von 8665 Gefangenen sei noch eine Reihe von Invaliden und alten Leuten enthalten. Dem Arbeitshaus Rebdorf seien 89 Gefangene zur Ver-

(Scheffed [CSU])

fügung gestellt worden; dieses Entgegenkommen überschreite den Rahmen des Möglichen und sei schon eine Benachteiligung und Schädigung der justizeigenen Anstalten. Auch wenn die innere Verwaltung das Gut nicht halten könne, sei das Justizministerium bei dem derzeitigen Gefangenenstand mit dem besten Willen nicht in der Lage, zu helfen.

Abgeordneter **Donsberger** erinnerte an seine Äußerung gelegentlich der Beratung des Justizhaushalts, daß es notwendig wäre, seitens des Landtags in eine Überprüfung der Frage einzutreten, ob die Verurteilungen und besonders die Entscheidungen in Gnadensachen im Sinne des Landtags erfolgten. Es sei doch sonderbar, daß trotz der gestiegenen Bevölkerungszahl der Gefangenenstand gesunken sei.

(Abg. Dr. Hundhammer: Die Leute sind halt braver geworden!)

Regierungsdirektor **Dr. Trabert** erwiderte, der Normalstand an Gefangenen belaufe sich, umgerechnet auf den jetzigen Bevölkerungsstand, auf etwa 11 000 bis 12 000. Früher habe er zirka 9000 betragen. Die Zahl der Gefangenen steige von Monat zu Monat um ungefähr 100 bis 150. Der zur Zeit durch die Amnestien reduzierte Normalstand werde vielleicht in drei bis fünf Jahren wieder erreicht sein.

Der **Vorsitzende**, Staatsrat **Dr. Hoegner**, drückte die Hoffnung aus, daß dieser Stand nicht mehr aufgeholt werde, sondern daß sich die Menschen bessern. Die Einführung der Arbeitshäuser halte er aber für dringend erforderlich; es gebe asoziale Elemente, Prostituierte, Bettler usw., die man früher in Arbeitshäuser gesteckt habe, um sie an eine regelmäßige Arbeit zu gewöhnen. Das sei die gefürchtetste Strafe gewesen. In anderen Ländern sei man mit der Prostitution fertig geworden; daß sie in den westlichen Ländern nicht beseitigt werde, halte er für eine ausgesprochene Kulturschande. Wenn man soviel von Moral spreche, dann müsse es möglich sein, mit einem solchen Zustand aufzuräumen.

Abg. **Dr. Hille** wandte ein, die Rechtsgrundlage für die Verhängung von Arbeitshäuser sei durch die Anordnung der Militärregierung vorläufig entfallen. In das Arbeitshaus sei jemand nur gekommen auf Grund eines ordentlichen Verfahrens und eines richterlichen Beschlusses. Es sei nicht so gewesen, daß die Polizei die Möglichkeit hatte, einen ihrer Meinung nach asozialen Menschen in das Arbeitshaus zu bringen. Der Rechtsstaatsgedanke sei auch hier absolut gewahrt gewesen. Darum müsse die Einrichtung wieder geschaffen werden, weil die Gesellschaft, sittlich gesehen, zu schwach sei, um sich auf andere Weise vor solchen Elementen zu schützen.

Der **Mitberichterstatter**, Abgeordneter **Seifried**, wunderte sich darüber, daß bei einer Zahl von 8000 Gefangenen nicht die zur Bewirtschaftung eines solchen Gutes notwendigen Leute herausgezogen werden können. Er sei überzeugt, daß viele Gefangene innerhalb der Gefängnisse gerne landwirtschaftliche Arbeiten leisten würden. Die Schwerverbrecher könnten ja ausgeschieden werden. Die Überschneidung der Zuständigkeit zwischen Justizministerium und Innenministerium sei hier wohl ein schweres Hemmnis.

Regierungsdirektor **Dr. Trabert** gab an, die Gefängnisverwaltung habe 12 eigene Staatsgüter zu bewirtschaften, in welche landwirtschaftliche Arbeiter abfließen; dann bleibe kein geeignetes Material mehr für ein 13. Staatsgut.

Abgeordneter **Zietzsch** sah die Hauptschwierigkeit darin, daß sich die beiden beteiligten Ministerien nicht in irgendeiner Form darüber einigen könnten, was zu geschehen habe. Die nach Rebdorf abgestellten Gefangenen könnten nicht sehr gefährlich sein; denn bei der Befichtigung seien in der Küche drei Mann beim Kartoffelschälen gewesen, von denen jeder ein großes Messer in der Hand gehalten habe. Die Frage des Arbeitshauses Rebdorf sei nicht erst von heute oder vorgestern, sondern bestehe schon seit fast drei Jahren.

Verschiedene Ausschußmitglieder regten an, die Regierung möge prüfen, ob das Arbeitshaus Rebdorf nicht einer anderen Verwendung zugeführt werden könne.

Der **Mitberichterstatter** sprach sich schließlich für Annahme des Antrags aus, nachdem die Aussprache eine allgemeine Klärung gebracht habe.

Der **Berichterstatter** trat ebenfalls für Annahme des Antrags ein und bemerkte, über das Schicksal von Rebdorf müsse man sich bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums unterhalten. So könnten die Verhältnisse nicht weitergehen. Dem Gedanken des Abgeordneten **Dr. Hille**, vielleicht einen landwirtschaftlichen Lehrbetrieb einzurichten, könnte durchaus nähergetreten werden.

Der Ausschuß empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme des Antrags der Abgeordneten **Weinzierl Georg** und **Stöhr**.

Vizepräsident Hagen: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Der Herr Staatsminister der Justiz hat das Wort.

Dr. Müller, Staatsminister: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam, wie Sie sich erinnern werden, das Arbeitshaus Rebdorf angesehen, um einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Wenn Sie den Antrag jetzt annehmen, kann ich selbstverständlich kein absolutes Versprechen geben, daß ich wirklich in dem Umfang, wie Sie es wünschen, Ihren Beschluß durchführen kann. Ich werde natürlich immer die notwendige Ehrfurcht vor einem Landtagsbeschluß haben.

Wir haben abgeordnet für Rebdorf im Januar 1950 42 Gefangene, im Februar 46 Gefangene, im März 49 Gefangene, im April 38 Gefangene, im Mai 44 Gefangene, im Juni 58 Gefangene und im Juli 89 Gefangene. Weitere Überstellungen waren bei dem außerordentlich niedrigen Gefangenenstand nicht möglich. Die Statistik kennen Sie ja; am 31. Juli 1950 saßen in den bayerischen Vollzugsanstalten 8665 Gefangene ein, darunter waren 2394 Untersuchungsgefangene, die für diesen Zweck nicht verwendbar sind, 99 weibliche Strafgefangene, 1632 jugendliche Strafgefangene unter 18 Jahren, 438 Kranke, von den zahlreichen Invaliden abgesehen, und 3735 Gefangene mit Strafen über ein Jahr. Auch diese Gruppe kann ich nicht abstellen, ebenso wenig wie die anderen eben aufgeführten Gruppen.

(Dr. Müller, Staatsminister)

Alle diese jetzt aufgezählten Gefangenen kommen für einen Einsatz in Rebdorf nicht in Frage. Hiernach müssen — bei Berücksichtigung von Doppelzählungen — für einen Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft ohnehin 7630 Gefangene ausscheiden, so daß normalerweise nur noch rund 1000 Gefangene für Außenarbeiten in Betracht kommen. Wenn man von den 3735 Gefangenen mit Strafen von über einem Jahr in großzügiger Weise noch einige besonders geeignete Gefangene abzieht, bei denen eine Fluchtgefahr mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit verneint werden kann, so können aus dieser letzten Gruppe höchstens noch etwa 800 Gefangene herausgezogen werden, so daß im Höchstfalle mit einer Einsatzfähigkeit von etwa 1800 Gefangenen für Außenarbeiten gerechnet werden kann. Diese Zahl ist auch tatsächlich in Außenarbeit, und zwar in den eigenen Gütern der Justizverwaltung und in Rebdorf, beschäftigt. Die Justizverwaltung hat selbst zwölf große landwirtschaftliche Güter, die ebenfalls versorgt werden müssen. In den letzten Monaten war es unmöglich, den tatsächlichen Bedarf für diese Güter zu decken, so daß verschiedentlich das Personal mitarbeiten mußte. Insbesondere war es nicht möglich, die Moorkultur Bernau so durchzuführen, wie es dringend notwendig gewesen wäre.

Das ist der Bericht, den ich Ihnen zu geben habe, wie er von meiner Verwaltung ausgearbeitet wurde. Persönlich darf ich dazu folgendes bemerken: Ich habe in Rebdorf erklärt, ich bin kein Freund von Halbheiten. So wie jetzt die Verhältnisse in Rebdorf liegen, stellen sie eine Halbheit dar. Wir müssen uns entschließen, hier einmal klare Verhältnisse zu schaffen. Wenn Sie einen Beschluß fassen, bitte, fassen Sie ihn nicht so, daß wir den Vollzug in einem halben Jahr schon wieder aussetzen müssen! Entweder Sie stellen die Angelegenheit noch einmal zurück oder Sie befristen wenigstens Ihren Beschluß und verlangen von der Staatsregierung innerhalb einer bestimmten Zeit die Unterbreitung eines Vorschlags.

Wir können das Arbeitshaus nicht in Bayern allein wieder einführen; das müßte durch den Bund geschehen, denn ich vertrete die Auffassung, daß es keine polizeiliche Maßnahme werden sollte. Wir erinnern uns an das Dritte Reich und an den Mißbrauch, der damals gerade auf diesem Gebiet getrieben wurde. Wenn es wieder eingeführt wird, dann muß der Richter die Maßnahme der Verhängung von Arbeitshaus aussprechen. Auch für diesen Fall bräuchten wir nach dem bisherigen Stand Rebdorf nicht, selbst wenn die Justizverwaltung das Arbeitshaus zu betreuen hätte; unsere bisherigen Räume würden hierfür ausreichen und wir müßten nicht auf Rebdorf zurückgreifen. Ich habe deshalb selbst den Vorschlag gemacht, man möge überlegen, ob man nicht vielleicht die Straßenverkehrs-polizei oder eine sonstige Stelle nach Rebdorf verlegt; man solle Rebdorf zumindest hierfür in Betracht ziehen. Wenn Polizei dort untergebracht ist, würde ich mich viel leichter bereit erklären können, Gefangene abzustellen. Dann könnten eventuell auch Gefangene mit Strafen von über einem Jahr dorthin geschickt werden, weil ich dann sozusagen die Polizei unmittelbar im Hause hätte. Durch den Betrieb der Landwirtschaft könnte auch die Ernährung für die Polizei ver-

billigt und schließlich eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Ich bitte Sie — meinerseits stelle ich keinen Antrag —, entweder die Zurückstellung der Entscheidung zu beschließen oder eine befristete Aufforderung an die Regierung zu richten, bis zu dem und dem Termin Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten.

Vizepräsident Hagen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Auf Grund der Ausführungen des Herrn Staatsministers möchte ich Ihnen folgenden Antrag unterbreiten:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag alsbald einen Vorschlag zur besseren Ausnützung des ehemaligen Arbeitshauses Rebdorf zu unterbreiten.

Dr. Hundhammer (CSU): Wir stimmen zu.

Zietsh (SPD): Einverstanden!

Bezold Otto (FDP): Einverstanden!

Vizepräsident Hagen: — Ich stelle die einhellige Zustimmung zu diesem Antrag fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten

a) **Dr. Hoegner und Genossen betreffend Neuregelung der Unterhaltszuschüsse an Referendare (Beilage 4127);**

b) **Dr. Hoegner betreffend Bereitstellung von Mitteln für die Gewährung von Unterhaltszuschüssen an Referendare (Beilage 4200).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Der Antrag auf Beilage 4127 wurde in der Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt vom 2. August 1950 behandelt.

Der Vorsitzende gab den Wortlaut des Antrags bekannt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bis zur Neuregelung der Zuschüsse an die Referendare die bisherigen Zuschüsse weiterzugewähren. Bei der Neuregelung wollen folgende Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden:

1. Festsetzung einer Höchstzahl von Referendaren, an die Unterstüzungen gewährt werden können;
2. Auswahl nach Bedürftigkeit und Würdigkeit;
3. Begrenzung der Bezüge an Nichtbayern auf den in ihren Heimatländern gewährten Betrag.

Der Berichterstatter erinnerte an den kürzlich von der Vollversammlung des Landtags angenommenen Antrag, durch den die Staatsregierung ersucht wurde, ausreichende Beträge für die Unterstüzung von Referendaren zur Verfügung zu stellen. Bei der Begründung dieses Antrags sei darauf hingewiesen worden, daß bisher ein Betrag von 3,6 Millionen gewährt wurde und daß im laufenden Haushaltsjahr voraus-

(Dr. Hoegner [SPD])

sichtlich eine Erhöhung auf 4,8 Millionen nötig werde. Inzwischen sei bekannt geworden, daß infolge der Lage des Staatshaushalts der für den genannten Zweck vorgesehene Betrag im laufenden Haushaltsjahr auf 2,4 Millionen herabgesetzt werden solle. Diese Absicht der Staatsregierung habe in den Kreisen der Referendare größte Bestürzung hervorgerufen; denn diese Leute — zum großen Teil in höherem Lebensalter stehend, verheiratet, mit Kindern — stünden plötzlich vor der Tatsache, daß sie mit einem Monatsbetrag von höchstens 200 DM zwei Monate statt e i n e n Monat ausreichen müßten. Die verzweifelte Stimmung der Referendare habe in einer großen Anzahl von Schreiben und Telegrammen ihren Ausdruck gefunden.

Der Redner erklärte dann, daß er über die Behandlung eines Beschlusses des Landtags durch die Staatsregierung, wie sie im vorliegenden Fall beliebt wurde, einigermaßen erstaunt sei. Die Staatsregierung hätte, bevor sie eine so wesentliche Kürzung beschloß, sich mit dem Landtag in Verbindung setzen müssen.

Als merkwürdig müsse es bezeichnet werden, daß die Dinge in den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken verschieden gehandhabt werden. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht tragbar. Es erscheine richtig, zunächst die Beträge in der bisherigen Höhe weiter zu gewähren und dann eine Änderung vorzunehmen. Erstens solle eine Höchstzahl von Referendaren, die Unterstützungen bekommen können, festgesetzt werden. Diese Regelung sei bereits in Württemberg durchgeführt. Die festzusetzende Höchstzahl werde natürlich von Jahr zu Jahr schwanken. Die gegenwärtige Zahl von Referendaren, die in Bayern über 2000 betrage, werde nicht beibehalten werden können. Zweitens müsse eine Auswahl nach Bedürftigkeit und Würdigkeit getroffen werden. Der dritte Gesichtspunkt beziehe sich darauf, daß nicht-bayerische Referendare in Bayern nicht besser gestellt werden sollen als in ihren Heimatländern. Selbst ein so reiches Land wie Nordrhein-Westfalen zahle niedrigere Sätze als Bayern. Das schaffe den Anreiz, daß aus den übrigen deutschen Ländern eine Anzahl von Referendaren nach Bayern hereinstrome, weil sie hier günstiger gestellt seien als in ihren Heimatländern.

Der Mitberichter erstatter schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters an und erklärte, wenn man einen Abbau vornehme, müsse das so geschehen, daß sich der einzelne entsprechend umstellen könne. Er billige daher die Vorschläge des Berichterstatters.

Staatssekretär Dr. Konrad war der Auffassung, der Ministerrat sei bei der Kürzung der Unterhaltszuschüsse davon ausgegangen, daß der Gesamtbetrag nicht höher sein solle als im steuerstärksten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, nämlich 2,4 Millionen. Bayern habe bisher hinsichtlich des für Unterhaltszuschüsse zur Verfügung gestellten Betrags die erste Stelle unter den deutschen Ländern eingenommen. Diese Tatsache mache der Staatsregierung seit langem große Sorge, weil die in Bayern erfolgte günstigere Behandlung eine erhebliche Zugkraft ausübe.

Es handle sich nunmehr in der Hauptsache darum, wie man der akuten Notlage der Referendare abhelfen könne. Mit den Vorschlägen des Abgeordneten Dr. Hoeg-

ner sei er, Dr. Konrad, einverstanden, nur möchte er anregen, daß an Referendare im ersten Halbjahr ihrer Tätigkeit nur in Fällen besonderer Würdigkeit und Bedürftigkeit Unterstützungen gegeben werden sollen.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann stellte fest, soweit es sich um die Anwärter für den gehobenen, den mittleren und den unteren Dienst handle, bestünden wenig Klagen. Der Staat finanziere aber den juristischen Vorbereitungsdienst ohne Rücksicht darauf, ob ihm später die Dienstleistung der Zuschußempfänger zugute komme oder nicht.

Im Jahre 1948 seien im Justizetat für Unterhaltszuschüsse 2 082 000 Mark ausgewiesen gewesen; der Haushalt für 1949 habe eine Erhöhung um 188 000 DM auf 2 270 000 DM vorgesehen, und der Ergänzungshaushalt habe diesen Betrag noch um 1 330 000 DM auf 3 600 000 DM erhöht. Dieser Etatsansatz von 3,6 Millionen sei für die Weitergewährung der Unterhaltszuschüsse im Jahre 1950 maßgebend gewesen. Als sich die Notwendigkeit ergeben habe, durch entsprechende Ausgabenreduzierung den Haushalt abzugleichen, habe man an den Unterhaltsbeiträgen nicht vorbeigehen können. Es handle sich hierbei um freiwillige Leistungen. Ein Zurückgehen auf den Betrag von 2,4 Millionen, der immer noch um 300 000 DM über dem Stand von 1948 und um 130 000 DM über dem von 1949 liege, erscheine unter diesen Umständen gerechtfertigt. Es werde, um den entstehenden Schwierigkeiten zu begegnen, nichts anderes übrig bleiben, als die Frage der Bedürftigkeit in viel schärferem Maße als bisher zu prüfen, wenn auch zuzugeben sei, daß es in der Übergangszeit sehr schwer sei, wenn für den einen oder anderen nunmehr der Unterhaltszuschuß ganz ausfalle. Das Finanzministerium müsse sich jeder Ausgabenmehrung widersetzen, solange nicht, wie das in der Verfassung vorgeschrieben sei, vom Landtag der Nachweis der Deckung der Mehrausgaben erbracht werde.

Abgeordneter Dr. Sturm an ging von der Tatsache der Beamteneigenschaft des Referendars aus, der durch die Verleihung dieser Eigenschaft gewissermaßen in den Fürsorge- und Schutzbereich des Staates einbezogen sei. Wenn schon der Staat bestimme, wie der einzelne Jurist — gleichviel welcher Laufbahn er sich später zuwende — sein Studium zu vollziehen und seine Examina zum Abschluß zu bringen habe, dann habe er auch ein gewisses Minimum dafür zu tun, daß eine breite Schicht des akademischen Nachwuchses dieselbe Förderung und dieselbe Gerechtigkeit finde, die man anderen Schichten gegenüber für selbstverständlich halte. Jedenfalls müsse man trotz aller entgegenstehenden kameralistischen Bedenken einer Gruppe Recht werden lassen, die es nicht deshalb weniger verdiene, weil sie sich nicht durch Organisationen und durch das Gewicht der Masse durchzusetzen vermöge.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann erinnerte daran, daß es vor 1919 überhaupt keinerlei Unterhaltszuschüsse für Rechtspraktikanten gegeben habe; das einzige, was sie bekamen, sei ein Federgeld von einer Mark im Monat gewesen.

Der Redner befaßte sich dann noch mit der ungefunten Steigerung, die hinsichtlich der Zahl der Referendare eingetreten sei. Das Ergebnis der letzten Staatsprüfung habe gezeigt, daß sich unter den Referendaren

(Dr. Hoegner [SPD])

eine ganze Anzahl solcher befinde, die niemals in diese Laufbahn hineingehörten.

Abgeordneter Seifried erinnerte in diesem Zusammenhang an die Anregung, bei der Aufstellung der einzelnen Haushaltspläne ein kleines Gremium aus dem Haushaltsausschuß zur Mitarbeit heranzuziehen. Auch bei der heute zur Debatte stehenden Frage erhebe sich wiederum das Problem, ob es richtig sei, gerade an dieser Stelle zu sparen.

Abgeordneter Zietsch wies auf den Landtagsbeschluß hin, wonach ausreichende Mittel für Unterhaltszuschüsse zur Verfügung gestellt werden sollen, und beanstandete es, daß die Regierung es nicht für nötig gehalten habe, sich vor der Kürzung um 1,2 Millionen DM mit dem Landtag ins Benehmen zu setzen. Diese Tatsache sei und bleibe eigenartig, man habe darüber bis jetzt auch noch keine befriedigende Stellungnahme des Regierungsvertreters gehört. Bezüglich der Ausbildung der Referendare habe das Justizministerium ein Monopol; denn es gebe keine eigenen Verwaltungsreferendare. Die Justiz müsse auch die ausgesprochenen Verwaltungsreferendare ausbilden. Es erscheine daher im Justizetat ein Betrag, der eigentlich im Etat des Innenministeriums erscheinen müßte. Wenn gesagt werde, daß auch Nordrhein-Westfalen nur 2,4 Millionen aufwerde, so dürfe man nicht übersehen, daß es sich dort nicht um 2 000, sondern nur um etwa 900 Referendare handle, so daß auf den einzelnen ein monatlicher Durchschnittsbetrag von 200 DM entfalle, während in Bayern der Ledige im ersten Jahr auf 100 DM, im zweiten Jahr auf 110 DM und der Verheiratete äußerstenfalls auf 170 DM komme.

(Abg. Dr. Hundhammer: Die von Nordrhein-Westfalen studieren bei uns herunten!)

— Deshalb mein Antrag! — Es könne dabei, so führte Abgeordneter Zietsch weiter aus, nicht so argumentiert werden, wie Ministerialdirektor Dr. Ringelmann das getan habe, daß jeder Mensch gegen eine Kürzung seines Einkommens Widerspruch erhebe. Es sei ein Unterschied, ob bei einem, der 500 DM Einkommen habe, eine Kürzung vorgenommen werde oder bei einem, dem nur 100 DM zur Verfügung stünden.

Abgeordneter Donsberger trat für die Notwendigkeit eines gewissen Übergangstadiums ein. Es sei unmöglich, den Leuten von heute auf morgen zu erklären, daß sie im August noch den ganzen Betrag und im September überhaupt nichts bekämen.

Staatssekretär Dr. Konrad erklärte, das Justizministerium habe bereits die erforderlichen Schritte unternommen und angeordnet, daß sämtliche Einzelfälle beschleunigt nachgeprüft werden.

Abgeordneter Otto Bezold wandte sich dagegen, daß man Leute, die bisher Zuschüsse bekommen hätten, von einem Tag auf den andern vor das Nichts stelle und damit ihre ganze Kalkulation über den Haufen werfe.

Abgeordneter Bodesheim wies noch darauf hin, daß Referendare in großem Umfang als Pflichtverteidiger, Armenanwälte und Protokollführer herangezogen würden.

Abgeordneter Maier Anton vertrat den Standpunkt, daß die Referendare eine Entschädigung für ihre Arbeit bekommen müßten. Es werde von den Referendaren eine Leistung verlangt, deren Entschädigung in gar keinem Verhältnis zur wirklich geleisteten Arbeit stehe.

Der Mitberichterstatter beantragte Zustimmung zum Antrag Dr. Hoegner.

Regierungsdirektor Dr. Griebinger wollte wissen, ob die Kommission, der die Prüfung der Bedürftigkeit und Würdigkeit obliege, diese Prüfung unter der strengerem Voraussetzung vorzunehmen habe, daß monatlich ab August nur 200 000 DM verteilt werden sollen, oder unter Zugrundelegung einer monatlichen Verteilung von 300 000 DM.

Abgeordneter Zietsch stellte unter Zustimmung des Ausschusses fest, daß der Prüfung ab 1. Oktober ein Betrag von 200 000 DM, für die beiden Monate August und September aber ein Betrag von 300 000 DM zugrunde zu legen sei.

Regierungsdirektor Dr. Griebinger gab der Erwartung Ausdruck, daß bezüglich der Zumeisung von je 300 000 DM für August und September seitens des Finanzministeriums keine Schwierigkeiten gemacht werden, da es sonst dem Justizministerium nicht möglich sei, den Beschluß des Landtags zu vollziehen.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann erklärte, daß im Haushalt des Justizministeriums, der zu Beginn der nächsten Woche an den Haushaltsausschuß gelangen werde — das war auch ein übertriebener Optimismus! —, für Unterhaltszuschüsse 2,4 Millionen D-Mark vorgesehen seien. Es werde Aufgabe des Landtags sein, für den durch den heutigen Beschluß entstehenden Mehrbetrag in irgendeiner Weise die Deckung zu beschaffen.

Der Berichterstatter beantragte hierauf Annahme seines Antrags in folgender Fassung:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bis zur Neuregelung der Unterhaltszuschüsse (1. Oktober 1950) an die Referendare die bisherigen Bezüge weiter zu gewähren. Bei der Neuregelung wollen folgende Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden:

1. Festsetzung einer Höchstzahl von Referendaren, an die Unterstützungen gewährt werden können;
2. Auswahl nach Bedürftigkeit und Würdigkeit;
3. Begrenzung der Bezüge an Nichtbayern auf den in ihren Heimatländern gewährten Betrag.

Zu Ziffer 3 stellte der Berichterstatter fest: Aus dem Wort „Begrenzung“ ergebe sich, daß dann, wenn im Heimatland eines außerbayerischen Referendars höhere Beträge bezahlt werden als in Bayern, der Referendar nicht die höheren Beträge seines Heimatlandes, sondern nur die bayerischen Sätze bekomme.

Der Dringlichkeitsantrag Dr. Hoegner wurde in der vorgetragenen Fassung einstimmig angenommen. Ich empfehle dem hohen Hause, diesem Beschluß beizutreten.

Mit einem weiteren Antrag, der auf Beilage 4200 niedergelegt ist, beschäftigte sich der Haushaltsausschuß in seiner Sitzung vom 29. August 1950.

(Dr. Hoegner [SPD])

Der Berichterstatter verlas zunächst eine Entschliebung der am 27. und 28. August in Nürnberg abgehaltenen außerordentlichen Landesversammlung des Verbandes der Gerichtsreferendare Bayerns, in der auf die untragbare Herabsetzung des Unterhaltszuschusses und die dadurch entstandene Verbitterung hingewiesen wird. Die Beunruhigung werde noch dadurch gesteigert, daß im Oktober nur noch Beträge unter 35 DM ausbezahlt werden sollen. Die hohe Zahl der im Vorbereitungsdienst stehenden Referendare gehe in erster Linie auf die Heranziehung zu Arbeits-, Wehr- und Kriegsdienstpflicht zurück, die die Berufsausbildung um 8 bis 12 Jahre verzögert habe. Der Ausschuß habe vor einigen Wochen durch Annahme seines Antrags festgelegt, daß die im vorigen Jahr gewährten Beträge für August und September weitergezahlt werden sollen. In Zukunft solle eine feste Zahl von Stellen eingesetzt werden, nach der sich die Bereitstellung der Mittel richte. Weiterhin solle bis zum 1. Oktober Bedürftigkeit und Würdigkeit überprüft werden mit dem Ziel der Verminderung der Lasten. Endlich sollten nicht aus Bayern stammende Referendare auf keinen Fall mehr bekommen als in ihrem Heimatland.

Es gehe jetzt um die Beschaffung der haushaltsmäßigen Mittel für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres. Dabei sollten die Referendare so gestellt werden wie im Vorjahr, wobei allerdings der nicht auf Unterhaltszuschüsse angewiesene Teil ausscheiden solle.

Der Mitberichterstatter schloß sich diesen Ausführungen an. Die Referendare leisteten dem Staat außerordentlich wertvolle Dienste und ersetzten Kräfte, die sonst voll bezahlt werden müßten. Eine nochmalige Kürzung, die nicht einmal das Existenzminimum gewähre, schaffe eine unmögliche Lage.

Staatssekretär Dr. Konrad erklärte, die Überfüllung im juristischen Vorbereitungsdienst sei darauf zurückzuführen, daß in Bayern die Regelung der Unterhaltszuschüsse am günstigsten sei. Er könne an Hand von Unterlagen nachweisen, daß Bayern weitaus die meisten Referendare habe. In einer Besprechung im Justizministerium sei man übereingekommen, die Zahl der zugelassenen Referendare auf 500 zu begrenzen. Damit wäre nicht nur der Bedarf der Justizverwaltung, sondern auch der des gesamten öffentlichen Dienstes, der Rechtsanwaltschaft und der Privatwirtschaft gedeckt. Selbstverständlich könne dieses Ziel nicht mit einem Schlag erreicht werden, weil sonst 1500 Referendare entfernt werden müßten. Auf Grund der Vereinbarungen in der letzten Sitzung sei eine Nachprüfung aller Unterhaltszuschüsse veranlaßt worden, die noch im Gange sei. Sie geschehe durch drei Kommissionen aus je einem Richter, dem Rassenbeamten und einem Referendar. Er rechne mit einer Verminderung der Zuschüsse um 20 Prozent. Es gehe jetzt darum, für die Übergangszeit die nötigen Mittel zu beschaffen, um der Notlage abzuhelfen. Selbstverständlich könne man die Referendare nicht ohne jeden Zuschuß auf die Straße setzen.

Auf der Konferenz der Justizminister seien alle Länderjustizverwaltungen übereingekommen, eine gleichmäßige Regelung zu schaffen. Die Länder seien auch übereingekommen, für den ersten Zugang eine Sperr-

frist von einem halben oder einem Jahr einzurichten, in der die Referendare nichts bekämen, bis ihre Bewährung beurteilt werden könne. Ausgenommen seien besonders tüchtige arme Referendare.

Abgeordneter Haas erklärte, er sei der Einladung zu der Protestkundgebung der Referendare in Nürnberg gefolgt und von dem Gehörten stark beeindruckt gewesen. Man könne keinesfalls den Maßstab früherer Zeiten anlegen. Es seien Fälle geschildert worden, wo ein Referendar weit unter dem Existenzminimum des Fürsorgeempfängers stehe. Man solle auch nicht verlangen, daß jeder kleinste Nebenerwerb gemeldet und abgezogen werden.

Abgeordneter Zietsch stellte klar, daß die grundsätzliche Aussprache über die Angelegenheit beim Justizetat geführt werden müsse. Es gehe jetzt nur darum, für den Oktober rechtzeitig eine Regelung zu finden. Dem im Haushaltsplan vorgesehenen Ansatz von 2,4 Millionen D-Mark werde der Landtag nicht zustimmen, sondern sich bemühen, entsprechende Mittel freizumachen.

Ministerialrat Dr. Elsäßer führte zur finanziellen Seite aus, 1949 seien 3,6 Millionen für Unterhaltszuschüsse im Justizhaushalt eingestellt gewesen. 1950 hätten 4,8 Millionen vorgesehen werden sollen. Die Sparmaßnahmen hätten das Finanzministerium und den Ministerrat bewogen, 2,4 Millionen als ausreichend anzusehen. Nachdem für 6 Monate 1,8 Millionen ausgegeben worden seien, blieben für den Rest des Haushaltsjahres 600 000 DM. Dadurch trete praktisch eine Katastrophe ein. Wenn monatlich nur noch 100 000 DM gegeben werden könnten, müsse man ab Oktober zu Kürzungen schreiten, die nicht mehr tragbar erschienen. Falls nach dem Wunsch des Haushaltsausschusses ab Oktober monatlich 200 000 DM gegeben werden sollten, seien für den Rest des Haushaltsjahres noch 1,2 Millionen erforderlich. Auch dann werde es nicht ohne gewisse Einschränkungen abgehen, auch wenn bei der Durchkämmung etwa 20 Prozent eingespart werden könnten.

Ministerialrat Dr. Barbarino führte aus, wenn bei den sehr schwierigen Verhandlungen über den Haushaltsabgleich das Finanzministerium die Forderung aufgestellt habe, den Ansatz für die Unterhaltszuschüsse der Referendare weiterhin herabzusetzen, so sei vor allem die Tatsache maßgebend gewesen, daß die Aufwendungen Bayerns auf diesem Gebiet bei weitem an der Spitze stünden. Wenn der Ausschuß durch Streichungen an anderer Stelle die Deckung zur Erhöhung des Betrags beschaffe, könne an eine Erhöhung um etwa 600 000 DM gedacht werden. Das bedeute, daß für die zweite Hälfte 1,2 Millionen zur Verfügung stünden.

Der Berichterstatter stellte hierauf folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, für die Unterhaltszuschüsse für Referendare vom 1. Oktober 1950 ab zunächst mindestens einen Betrag von 200 000 DM monatlich zur Verfügung zu stellen.

Der Mitberichterstatter stimmte dem zu.

Abgeordneter Haas stellte die Frage, ob bei den genannten Vergleichszahlen berücksichtigt sei, daß in

(Dr. Hoegner [SPD])

Bayern auch die Verwaltungsreferendare im Justizhaushalt geführt werden.

Abgeordneter Zietzsch erwähnte hierzu, beim Forstetat sei gesagt worden, im Etat seien 174 Forstreferendare für den höheren Dienst aufgeführt, wofür im Haushalt 334 000 DM eingesetzt seien; sie bekämen die in der Verordnung vorgesehenen Unterhaltszuschüsse.

Staatssekretär Dr. Konrad erwiderte, die Forstverwaltung habe den numerus clausus und nehme jedes Jahr nur eine bestimmte Zahl auf, während die Justizverwaltung immer mit einer ganz ungewissen Zahl rechnen müsse. Die Einführung des numerus clausus beim Studium widerspräche dem Artikel 12 des Grundgesetzes.

Abgeordneter Schefbeck erklärte, der von Dr. Hoegner vorgeschlagene Weg sei gangbar und müsse gegangen werden.

Ministerialrat Dr. Elsäßer teilte noch mit, es lasse sich nicht sagen, ob bei einem Betrag von 200 000 DM im Monat die jetzigen Sätze beibehalten werden könnten; denn praktisch habe bisher fast jeder Referendar Unterhaltszuschuß bezogen. Er hoffe, mit 200 000 DM einigermaßen auszukommen, wenngleich es auch bei 3,6 Millionen Klagen gegeben habe.

Der Antrag Dr. Hoegner, den ich verlesen habe, wurde hierauf einstimmig angenommen. Ich ersuche das hohe Haus, den beiden Beschlüssen des Haushaltsausschusses beizutreten.

Vizepräsident Hagen: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. von Brittwitz und Gaffron; ich erteile ihm das Wort.

Dr. von Brittwitz und Gaffron (CSU): Meine Damen und Herren! Der nervus rerum ist der Punkt, auf den wir bei allen Anträgen und Besprechungen immer wieder stoßen. Ich glaube, daß es sehr berechtigt ist, daß für die Kategorie, die zur Diskussion steht, nämlich die Referendare, etwas geschieht. Ich sage das nicht nur deshalb, weil jeder von uns, der in diesem Hause sitzt, von ungezählten Referendaren dieselben Sorgen getragen bekommt, die vom Berichterstatter eben erwähnt worden sind. Ich glaube, es ist auch deshalb notwendig, daß man diesen jungen Beamten zu ihrer Existenzmöglichkeit eine größere pekuniäre Beihilfe gibt, weil sich aus diesen angehenden Beamten die künftige Bürokratie zu einem großen Teil zusammensetzt. Wir sind in diesem Haus geneigt, die Bürokratie sehr genau zu betrachten und sehr häufig zu kritisieren. Wir dürfen also nicht in den Fehler verfallen, daß wir gerade da, wo die Bürokratie anfängt, den Leuten das Leben erschweren.

(Abg. Zietzsch: Und sie schon jetzt vergrämen!)

Ich bin mit den Anträgen, die vorgelesen worden sind, gänzlich einverstanden. Ich möchte nur auf einen Punkt aufmerksam machen. Die Ziffer 2 des Dringlichkeitsantrags Dr. Hoegner „Auswahl nach Bedürftigkeit und Würdigkeit“ hat bei mir ein gewisses Bedenken ausgelöst, nämlich, daß man dadurch eine doppelte Kategorie von Referendaren schafft: solche, die Unterstützung

bekommen, und solche, die sie nicht bekommen. Ich möchte zu erwägen geben, ob es nicht gangbar wäre, daß jeder Referendar eine bestimmte Grundquote an Unterstützung bekommt und daß man denjenigen, bei denen die Bedürftigkeit besonders groß ist, eine Extraquote bewilligt. Das ist nur eine Möglichkeit, die ich zur Diskussion stellen möchte, die aber gewisse Ungerechtigkeiten beseitigen könnte. Man könnte vielleicht die Ziffer 2 des Antrags anders formulieren, indem man statt „Auswahl“ „Berücksichtigung“ setzt und dem Justizministerium diese Berücksichtigung anheimgibt.

Vizepräsident Hagen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Es liegen zwei Anträge vor. Der erste Antrag ist enthalten auf Beilage 4127. Wer für diesen Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben.

(Abg. Zietzsch: Mit der Abänderung in Ziffer 2: „Berücksichtigung“ statt „Auswahl“? — Abg. Dr. von Brittwitz und Gaffron: Das Wort „Auswahl“ soll durch „Berücksichtigung“ ersetzt werden!)

— Wer ist mit dieser Abänderung einverstanden? — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung zum Antrag auf Beilage 4127 fest mit der Maßgabe, daß in Ziffer 2 das Wort „Auswahl“ durch „Berücksichtigung“ ersetzt wird.

Wir kommen zum zweiten Antrag auf Beilage 4200.

Wer für den Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle auch hierzu die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe noch auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag des Abgeordneten Dr. Hoegner betreffend vorgriffsweise Genehmigung von Mitteln für die Erstaussstattung des neuen Justizgebäudes in München sowie zur Erneuerung der Kesselanlage der Strafanstalt Amberg (Beilage 4188).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Die Berichterstattung kann in diesem Fall sehr kurz sein. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt am 21. August 1950 behandelt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter Herr Kollege Bezold Otto.

Der Berichterstatter gab bekannt, daß das Justizministerium für die Ausstattung des letzten Stockwerks des neuen Justizgebäudes in München einen Betrag von 60 000 DM benötige. Außerdem sei für die Kesselanlage der Strafanstalt Amberg ein Betrag von 40 000 DM erforderlich. Er stelle deshalb den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Im Staatshaushalt des Staatsministeriums der Justiz für 1950/51 werden im Vorgriff bewilligt

1. bei den einmaligen Ausgaben ein Betrag von 60 000 DM für die Möbel- und Geräteausstattung des neuen Justizgebäudes in München,

(Dr. Hoegner [SPD])

2. im außerordentlichen Haushalt ein Betrag von 40 000 DM für die Erneuerung der Kesselanlage der Strafanstalt Amberg.

Der Mitberichterstatter schloß sich diesem Antrag an.

Abgeordneter D. Strathmann machte darauf aufmerksam, der Haushaltsausschuß habe es bisher unterlassen, vorgriffsweise Mittel zu bewilligen. Er bitte, keinen Präzedenzfall zu schaffen.

Der Berichterstatter entgegnete, daß inzwischen der Haushalt vorgelegt worden sei, der einen Betrag von 200 000 DM für diese Zwecke vorsehe. Außerdem enthalte der außerordentliche Haushalt einen Betrag für die Erneuerung der Kesselanlage der Strafanstalt. Aus diesem Betrag würden 40 000 DM vorgriffsweise benötigt.

Der Antrag wurde vom Ausschuß in der vom Berichterstatter angegebenen Fassung angenommen.

Ich ersuche das hohe Haus, diesem Beschluß des Haushaltsausschusses beizutreten.

Vizepräsident Hagen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag auf Beilage 4188 ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle auch hierzu die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Da um 18 Uhr bereits eine Sitzung des Ältestenrats stattfindet, möchte ich dem Haus vorschlagen, jetzt die Sitzung zu schließen und mit der morgigen Sitzung um 9 Uhr pünktlich zu beginnen. — Es ist so beschlossen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 51 Minuten.)